

Hintergrundbericht 1. Welle der "SRG Trendumfragen"
zur Volksabstimmung vom 27. September 2020



Zu Beginn der Hauptkampagnenphase:

Begrenzungsinitiative – Mehrheit dagegen
Jagdgesetz – Mehrheit dafür
Steuerabzüge Kinder – Mehrheit dafür
Vaterschaftsurlaub – Mehrheit dafür
Kampfflugzeuge - Mehrheit dafür

Projektteam

Lukas Golder: Co-Leiter

Martina Mousson: Projektleiterin

Aaron Venetz: Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Thomas Burgunder: Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Daniel Bohn: Projektmitarbeiter

Roland Rey: Projektmitarbeiter/Administration

Bern, 19. August 2020

Inhaltsverzeichnis

1	WICHTIGES IN KÜRZE	4
1.1	Generelles.....	4
1.2	Hauptergebnisse der 1. SRG-Trendumfragen	5
1.3	Begrenzungsinitiative	6
1.4	Jagdgesetz.....	10
1.5	Steuerabzüge für Kinder	13
1.6	Vaterschaftsurlaub	16
1.7	Beschaffung Kampfflugzeuge	20
1.8	Vorläufige Teilnahmeabsicht.....	23
1.9	Datengrundlage.....	24
2	ERGEBNISSE	25
2.1	Vorläufige Teilnahmeabsichten	25
2.2	Begrenzungs-Initiative	28
2.3	Jagdgesetz.....	38
2.4	Steuerabzüge für Kinder	44
2.5	Vaterschaftsurlaub	52
2.6	Kampfflugzeuge.....	62
3	ANHANG	72
3.1	gfs.bern-Team.....	72

1 Wichtiges in Kürze

1.1 Generelles

Wie üblich handelt es sich bei der ersten Befragung um eine Momentaufnahme, ohne direkte prognostische Absicht, denn der Abstimmungskampf und damit die Meinungsbildung setzen zu diesem Zeitpunkt normalerweise erst ein. Sie können bei Volksabstimmungen nachweislich das Ja/Nein-Verhältnis beeinflussen. Hinzu kommen Effekte aus der noch unbekannten Mobilisierung durch die Kampagnen.

MOMENTAUFNAHME:	Einmalige Messung von Stimmabsichten, wie hier vorliegend
TREND:	Mindestens zweimalige Messung, um Entwicklungen mit verschiedenen Momentaufnahmen zu erkennen
PROJEKTIONEN:	Momentaufnahmen, bei denen die Unentschiedenen verteilt werden
PROGNOSEN:	Projektionen, welche die kommende Meinungsbildung bis zum Abstimmungstag mitberücksichtigen und die erwarteten Ja/Nein-Anteile bestimmen
FESTNETZ, MOBILFUNK UND NEU ONLINE	<p>Der telefonische Teil der vorliegenden Befragung wurde vom gfs-Befragungsdienst realisiert, die Auswertung und Analyse der Daten nahm das Forschungsinstitut gfs.bern vor. Befragt wurde via eines RDD-Dualframe-Verfahrens per Festnetz und Handy. Seit dem Herbst 2018 wird im Rahmen des SRG-Trend-Mandats die telefonische Umfrage durch eine Online-Befragung ergänzt, mit dem Ziel die Stichprobengrösse in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz zu erhöhen. Der Online-Teil wurde als opt-in-Befragung (Mitmachbefragung) über die Webportale der SRG SSR Medien realisiert.</p> <p>Der mittlere Befragungstag war der 9. August 2020, Entscheidungen können jedoch bis am 27. September 2020 noch gefällt werden. Das sind sieben Wochen, während derer ein wesentlicher Teil des Abstimmungskampfes und damit die Formierung des Volkswillens erst noch stattfinden wird.</p> <p>Keine Aussagen können wir über das Ständemehr machen, denn die Fallzahl lässt gesicherte Rückschlüsse auf die Kantone nicht zu.</p>
SPERRFRIST:	Die Sperrfrist für den aktuellen Bericht ist Freitag, der 21. August 2020, um 17 Uhr. Danach sind die Ergebnisse und der Bericht unter Quellenangaben frei.

ZITIERWEISE

1. Welle der SRG-SSR-Trendbefragung zu den Volksabstimmungen vom 27. September 2020 vom Forschungsinstitut gfs.bern. Realisiert zwischen dem 3. und dem 17. August 2020 bei 29'540 Stimberechtigten. Der statistische Fehlerbereich beträgt +/- 2.9 Prozentpunkte.

1.2 Hauptergebnisse der 1. SRG-Trendumfragen

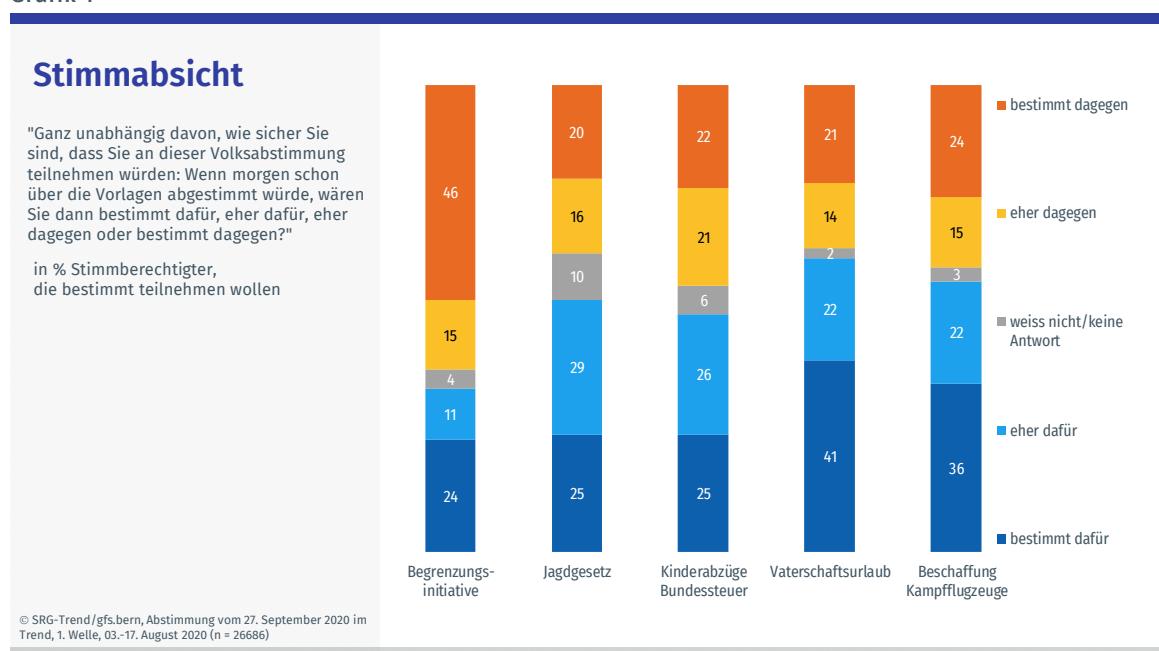
Wäre bereits am 9. August 2020 über die eidgenössischen Volksabstimmungen vom 27. September 2020 entschieden worden, wären die Mehrheitspositionen von Parlament und Bundesrat fünfmal erfolgreich gewesen. Am deutlichsten wären die Erfolge beim Nein zur Begrenzungsinitiative und beim Ja zum Vaterschaftsurlaub ausgefallen. Das Jagdgesetz, die höheren Kinderabzüge bei der Bundessteuer und die Beschaffung der Kampfflugzeuge hätten zwar mehr Widerstand erfahren, wären aber auch angenommen worden.

Die Stimmbeteiligung hätte bei durchschnittlichen 45 Prozent gelegen.

Hier liegt eine Bestandsaufnahme rund sieben Wochen vor dem Abstimmungstag vor. Es ist keine Prognose, sondern eine Ausgangslage zu Beginn der Hauptkampagnen im Abstimmungskampf.

Für die Begrenzungsinitiative, das Jagdgesetz und die Kinderabzüge verfügen wir bereits über Ergebnisse einer ersten SRG-Trendumfrage im Vorfeld der ursprünglich geplanten Abstimmung vom 17. Mai 2020.

Grafik 1



Alle Angaben gelten bei einer 95-prozentigen Wahrscheinlichkeit mit einem Unsicherheitsbereich von ± 2.9 Prozentpunkten. Ein Wert von 50 Prozent kann demnach zwischen 47.1 und 52.9 Prozent variieren, wobei kleinere Abweichungen wahrscheinlicher sind. Größere Abweichungen, ausserhalb dieser Spannweite, kommen nur mit 5-prozentiger Wahrscheinlichkeit vor. Die Wahrscheinlichkeiten beziehen sich auf die Werte der aktuellen Befragung, nicht auf den Abstimmungsausgang am 27. September 2020.

1.3 Begrenzungsinitiative

Gegenwärtige Stimmabsichten

Anfang August 2020 hätten 61 Prozent der teilnahmewilligen Stimmberechtigten "bestimmt" oder "eher" gegen die Begrenzungsinitiative gestimmt. 35 Prozent wären dafür gewesen. Die Gegnerschaft startet so mit einem Vorsprung von 26 Prozentpunkten in den Hauptabstimmungskampf.

Eine Mehrheit der Teilnahmewilligen geht von der Ablehnung der Initiative am 27. September 2020 aus. Im Mittel schätzen sie den Ja-Anteil auf 45 Prozent.

Berücksichtigt man die Resultate der SRG-Trendumfrage vom März 2020, zeigt sich eine bemerkenswerte weil für eine Initiative atypische Entwicklung: Der Anteil der dezidierter Zustimmung hat sich über den Hauptkampagnenverlauf verfestigt und der Nein-An teil ist nicht merklich gestiegen.

Stand der Meinungsbildung

Die Begrenzungsinitiative ist bei einem fortgeschrittenen Stand der Meinungsbildung negativ prädisponiert. Hohe 70 Prozent haben bereits eine feste Stimmabsicht: sie sind entweder bestimmt für oder bestimmt gegen die Begrenzungsinitiative. Eher entschieden sind 36 Prozent. Von den 4 Prozent Unschlüssigen neigen 27 Prozent eher ins Ja, 16 Prozent ins Nein und 58 Prozent sind noch ganz unentschieden.

Konfliktmuster

Am stärksten werden die Stimmabsichten zur Begrenzungsinitiative von politischen Grössen bestimmt, doch auch die Sprachregion und sozioökonomische Faktoren sind relevant.

Die bereits im März hohe Zustimmung im SVP-Umfeld hat sich weiter verfestigt. Ansonsten ist der Ja-Anteil nur bei einer weiteren Wählergruppe angestiegen: bei den Parteungebundenen. Nichts desto trotz bleibt es in dieser Wählergruppe bei einer klar ablehnenden Mehrheit.

In allen anderen Wählergruppen fiel der Trend der Meinungsbildung jedoch zugunsten des Nein aus, womit es bei mehrheitlich ablehnenden Voten aus den Reihen der Grünen, der SP, der CVP und der FDP bleibt.

Alle Wählergruppen sind damit im Einklang mit den Parolen ihrer jeweiligen Parteispitzen und es zeichnen sich keine Elite-Basis-Konflikte ab.

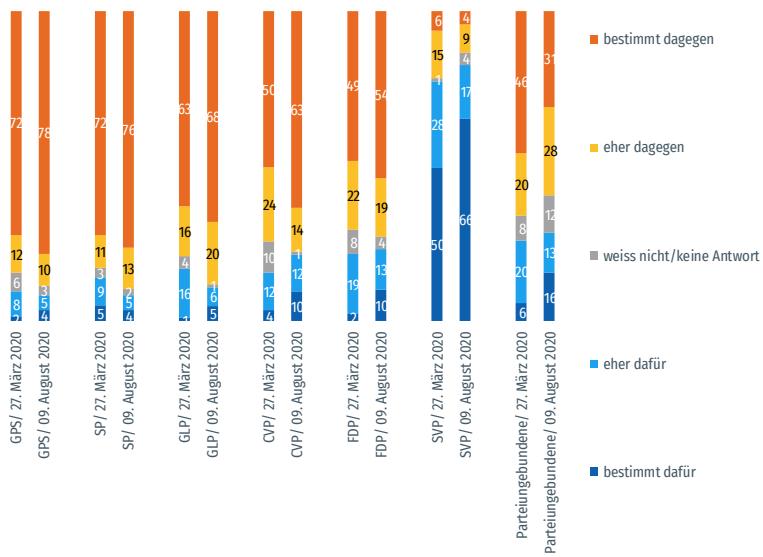
Neben der SVP-nahen Wählerschaft sind Regierungsmisstrauische Bürger*innen als einzige weitere Untergruppe klar für die Initiative (69% eher/bestimmt dafür).

Grafik 2

Trend Persönliche Stimmabsicht nach Parteibindung: Begrenzungsinitiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die 'Begrenzungsinitiative' abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 1. Welle, 03. – 17. August 2020 (n = 26686)

Neben den genannten Gruppen sind keine weiteren gesicherten Mehrheiten im Ja zu finden. Weitreichende Sympathien für die Selbstbestimmungsinitiative finden sich aber bei tieferen sozialen Schichten (z.B. Bildung tief: 45% eher/bestimmt dafür).

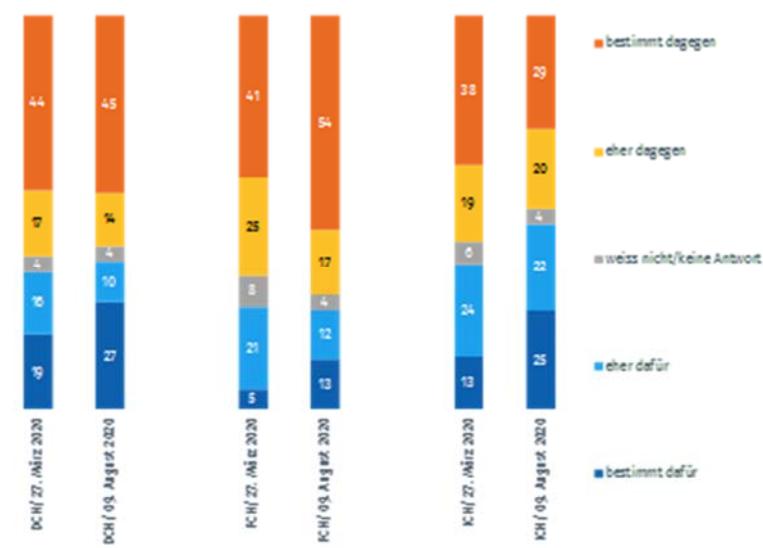
Das Vorhaben wird auch in den Sprachregionen der Schweiz unterschiedlich beurteilt. Das «Non» aus der französischsprachigen Schweiz ist deutlich und wird im Trend noch akzentuiert. Auch die Deutschschweizer*innen lehnen die Begrenzungsinitiative mehrheitlich ab. In der italienischsprachigen Schweiz ist die Situation offener, denn die Mehrheitsverhältnisse sind annähernd ausgeglichen und der Trend verläuft Richtung Ja.

Grafik 3

Trend Persönliche Stimmabsicht nach Sprachregion: Begrenzungsinitiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die 'Begrenzungsinitiative' abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 1. Welle, 03. – 17. August 2020 (n = 26686)

Signifikant sind weiter die Unterschiede in den Stimmabsichten der Siedlungsräume der Schweiz. Der Ja-Anteil ist auf dem Land zwar am höchsten (38% eher/bestimmt dafür) aber selbst dort ist die Begrenzungsinitiative nicht mehrheitsfähig und der Trend verläuft Richtung Nein.

Soziodemographische Faktoren spielen eine untergeordnete Rolle. Frauen wie Männer und junge wie ältere Stimmberechtigte wollen die Begrenzungsinitiative mehrheitlich ablehnen.

Argumente

Der derzeitige Vorsprung der Initiativ-Gegnerschaft widerspiegelt sich auch im Zuspruch zu den Argumenten: Keines der drei getesteten Pro-Argumente ist wirklich mehrheitsfähig. Die Grundidee der Initianten, dass die Schweiz die Zuwanderung wieder selber regeln soll, polarisiert (51% einverstanden vs. 45% nicht einverstanden). Gleiches gilt für das Argument, dass die ungebremste Zuwanderung eine extreme Belastung für unsere Umwelt, die Arbeitnehmenden und die Sozialwerke der Schweiz sei (49%:49%). Dass die EU die übrigen bilateralen Verträge nicht kündigen werde, weil sie mehr davon profitiere als die Schweiz, verwerfen 52 Prozent der Stimmberechtigten.

Hingegen ist die Stimmbürgerschaft mit allen drei getesteten Contra-Argumenten mehrheitlich einverstanden. Die Kündigung der Bilateralen verschärfe den Fachkräftemangel (63%) und gefährde den Wohlstand und Arbeitsplätze in der Schweiz (59%). Zudem unterstützen 60 Prozent die Aussage, der bilaterale Weg werde zerstört ohne eine Alternative zu bieten.

Trend in der Meinungsbildung

Das Regelfallszenario für eine Initiative lautet: Mit dem Abstimmungskampf steigt die Ablehnungsbereitschaft einer Volksinitiative. Gleichzeitig sinkt die Zustimmungstendenz. Dieser Normalfall tritt dann nicht ein, wenn es zu einer eigentlichen Protestabstimmung kommt, weil der Problemdruck hoch ist.

Anders als viele Initiativen der jüngeren Vergangenheit startet die Begrenzungsinitiative nicht mit einem Ja-Vorteil. Entsprechend zeigt sich der übliche Nein-Trend nicht so deutlich, wie wir es gewohnt sind. Das hängt mehr mit der starken Prädisponierung der Entscheidung zusammen, als dass sich eine Ausnahmesituation der Meinungsbildung abzeichnen würde. Stimmberechtigte in der Schweiz haben bereits über verschiedene Anliegen zum gleichen Thema und derselben Urheberschaft abgestimmt. Die Meinungen sind also weitgehend bereits gemacht.

Die Festigkeit des vorgefundenen Meinungsbildes schränkt den Spielraum für einen Wechsel der Mehrheitsverhältnisse ein. Offengelassen werden muss, wie die Stimmenverhältnisse im Detail ausfallen werden.

Aktuell spricht nichts dafür, dass wir es mit einem Ausnahmefall der Meinungsbildung zu einer Initiative zu tun hätten. Nicht ausgeschlossen werden kann jedoch ein Ereignis, dass die Kraft hat, die Stimmungslage zu kippen und diese erwähnte Proteststimmung noch herbeizuführen. Die Zusammensetzung der Teilnahmewilligen ändert sich dann

zugunsten der Initiative oder es entsteht ein kurzfristiger Meinungswandel im Sinne des Zeichensetzens.

STICHWORTE FÜR DIE BERICHTERSTATTUNG

- negativ vorbestimmte Initiative welche von früh lancierten und intensiven Kampagnen auf beiden Seiten begleitet wurde
- Meinungsbildung bei einer Nein-Mehrheit und einem Nein-Trend fortgeschritten. Unterstützung des Vorhabens stammt aus den Reihen der SVP und von Regierungs-misstrauischen. Darüber hinaus hat das Anliegen jedoch kaum Strahlkraft.
- Tiefe soziale Schichten und italienischsprachige Schweiz haben bei Nein-Mehrheiten erhöhte Zustimmungswerte
- Nur eines der drei getesteten Pro-Argumente knapp mehrheitsfähig: Schweiz soll Zuwanderung wieder selber regeln. Alle Contra-Argumente mehrheitsfähig.
- Hauptkonflikt: Schweiz soll Zuwanderung wieder selber regeln vs. Schäden für die Wirtschaft
- Tritt der Normalfall der Meinungsbildung zu Initiativen ein (sinkende Zustimmung, steigende Ablehnung) scheitert die Begrenzungsinitiative an der Urne.
- Für den Moment keine Hinweise auf einen Spezialfall der Meinungsbildung (Protestabstimmung)

1.4 Jagdgesetz

Gegenwärtige Stimmabsichten

Die Stimmabsichten Anfang August zur Revision des Jagdgesetzes zeigen eine knappe Mehrheit von 54 Prozent der Stimmbürger*innen, die teilnehmen und bestimmt oder eher Ja legen wollen. 26 Prozent des Stimmvolkes stellen sich auf die Nein-Seite, womit in der Ausgangslage die Ja-Seite klar im Vorteil ist. Zehn Prozent der Stimmbürger*innen mit fester Teilnahmeabsicht sind noch unschlüssig. Vergleicht man den Stand mit der Situation während des Lockdowns im März 2020, so hat die Ja-Seite innerhalb des Stichprobenfehlers minim zugelegt. Die Mehrheit der Stimmenden geht von einer Annahme der Vorlage aus.

Stand der Meinungsbildung

Die Pro-Seite hat zwar rund neun Wochen vor dem Abstimmungsstermin einen gewissen Vorsprung. 45 Prozent wollen entweder bestimmt für oder bestimmt gegen das Jagdgesetz stimmen. Trotz medialen Debatten zum Jagdgesetz bereits im Vorfeld der verschiedenen Abstimmung vom 17. Mai 2020, ist der Stand der Meinungsbildung wie schon in der Befragung vom März 2020 erst tief bis mittel.

Konfliktmuster

Die Konfliktlinien sind erst leicht ausgeprägt. Die Parteiparolen wirken sich noch wenig auf die geäusserten Stimmabsichten aus. Erwartungsgemäss unterstützen Anhänger*innen von SP und Grünen die Position des Referendums-Komitees aus Umweltschutzkreisen gegen das Jagdgesetz. Über ein Drittel der Anhängerschaften von Grünen und Sozialdemokraten sind jedoch zurzeit für die Revision.

Umgekehrt gilt für die SVP, FDP und CVP, dass ihre Anhängerschaften zwar mehrheitlich für die Vorlage stimmen wollen, jedoch jeweils ungefähr ein Drittel gegen das Jagdgesetz stimmen will. Auch an der Basis gibt es also Konflikte.

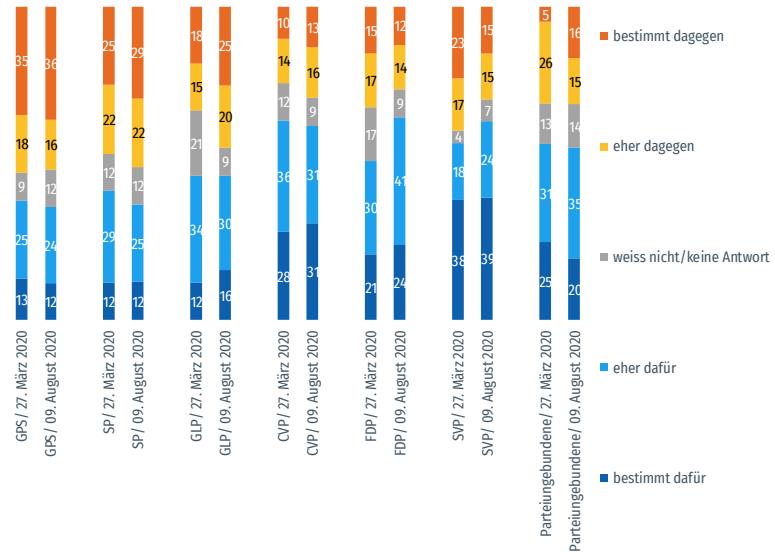
Im Unterschied zur GLP-Anhängerschaft und zu Parteiungebundenen, wo sich tendenziell das Nein aufbaut, schliessen sich zurzeit die Reihen hinter den Ja-Parolen der bürgerlichen Regierungsparteien.

Grafik 4

Trend Stimmabsicht nach Parteibindung: Jagdgesetz

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Änderung des Jagdgesetzes abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter,
die bestimmt teilnehmen wollen



Sozioökonomischen Faktoren spielen bei dieser Vorlage eine untergeordnete Rolle. Sämtliche Bevölkerungsgruppen sind derzeit mehrheitlich im Ja-Lager. Das Gleiche gilt für die drei grössten Sprachregionen der Schweiz.

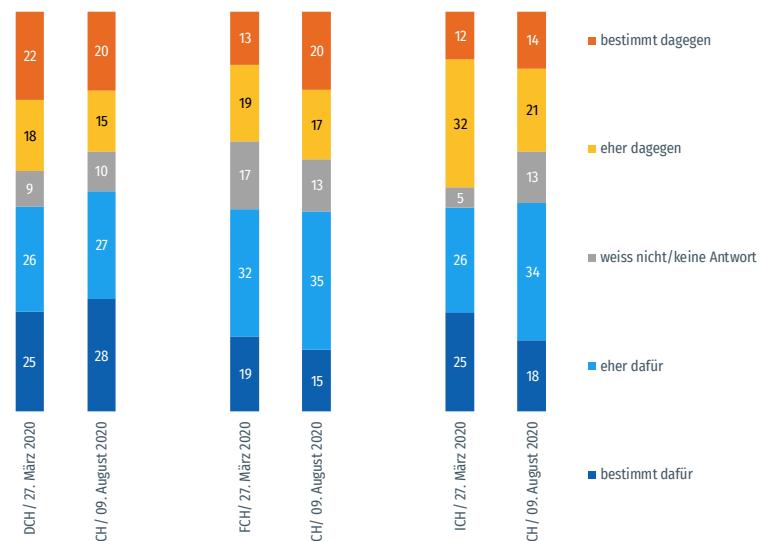
In der lateinschweizerischen Schweiz ist die Meinungsbildung etwas weniger weit fortgeschritten, die Werte in der Ausgangslage sieben Wochen vor der Abstimmung sind jedoch vergleichbar: Einer knappen Mehrheit, die zum Ja neigt, steht eine formierte Gegnerschaft entgegen, die über ein Drittel ausmacht.

Grafik 5

Trend Stimmabsicht nach Sprachregion: Jagdgesetz

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Änderung des Jagdgesetzes abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter,
die bestimmt teilnehmen wollen



Ein Stadt-Land-Graben ist in Ansätzen erkennbar: vor allem im ländlichen Raum startet die Ja-Seite mit einem komfortablen Vorsprung. Im städtischen Raum besteht lediglich

eine knappe Ja-Mehrheit. Das gleiche gilt für die Stimmabsichten der Frauen, die zu 51 Prozent bestimmt oder eher Ja stimmen wollen. Die Männer neigen mit 58 Prozent deutlicher der Ja-Seite zu.

Trend in der Meinungsbildung

Die Vorlage ist schwach positiv prädisponiert und startet mit einem labilen Vorsprung in die Phase der Hauptkampagne. Somit bestehen Unsicherheiten, welche Informationen und Argumente beim Stimmentscheid massgebend sein werden.

Bei fünf Abstimmungsvorlagen könnte das Jagdgesetz im Vergleich zu anderen Debatten etwas in den Hintergrund gedrängt werden, was die Vorteile der Ja-Seite verstärkt. Dafür spricht neben dem Trend der Meinungsbildung auch die Erwartung einer Annahme der Stimmenden selbst. Da die Vorlage aber nur schwach vorbestimmt ist, können Emotionen kurzfristig den Ausgang mitbestimmen. Hier sind vor allem Städter*innen und Bewohner*innen der Agglomerationen interessant, die sich politisch nicht links verorten, aber den Tierschutz hoch gewichten. Zwar ist der Widerstand gegen die Vorlage breit vorhanden, er weitet sich aber bisher noch wenig aus, obwohl die Gegnerschaft im Sommer aktiv war.

STICHWORTE FÜR DIE BERICHTERSTATTUNG

- Vorsprung der Ja-Seite in der Ausgangslage bei tiefem bis mittlerem Stand der Meinungsbildung.
- Links-Rechts-Polarität vorhanden, aber auch andere Faktoren wichtig: SP und Grüne neigen der Nein-Seite zu, FDP, CVP und SVP dem Ja. Jeweils im Bereich von einem Drittel, welche der Parole der eigenen Partei (noch) nicht Folge leisten will.
- Vorteile der Ja-Seite in allen Sprachregionen, wobei in der lateinischsprachigen Schweiz die Meinungsbildung noch weniger fortgeschritten ist.
- Vorteile der Vorlage auf dem Land und bei Männern, nur knappe Mehrheiten dagegen bei Frauen und Städter*innen.
- Bisher wenig erkennbarer Erfolg der gut organisierten Nein-Seite auf die Meinungsbildung erkennbar. Ohne steigende Emotionalität und im Kontext der vier anderen Vorlagen bestehen Vorteile für die Ja-Seite.

1.5 Steuerabzüge für Kinder

Gegenwärtige Stimmabsichten

Die Steuerabzüge für Kinder hätten am 8. August 2020 eine knappe Zustimmungsmehrheit gefunden: 51 Prozent der befragten Stimmberechtigten mit fester Teilnahmeeabsicht hätten ein ja in die Urne gelegt, 43 Prozent ein Nein.

Der Vorsprung der Ja-Seite ist knapp (8%) und es finden sich viele lediglich tendenziell Entschiedene (47%) oder Unentschiedene (6%) unter den Teilnahmewilligen.

In dieses Bild passt die knappe Einschätzung des Abstimmungsausgangs: Der Ja-Anteil für den 27. September wird im Mittel auf 51 Prozent geschätzt. Die Stimmberechtigten gehen also von einer knappen Annahme aus.

Stand der Meinungsbildung

Das Meinungsbild ist noch wenig gefestigt (47% fest Entschiedene), wovon die 6 Prozent Unentschiedenen zusammen mit den 47 Prozent tendenziell Entschiedenen zeugen. In Kombination mit dem lediglich knappen Vorsprung der Ja-Seite wird deutlich, dass die Hauptkampagnenphase für den Abstimmungsausgang entscheidend sein wird.

Konfliktmuster

Das Konfliktmuster zu den Steuerabzügen für Kinder ist von Betroffenheit respektive erwartbarem Nutzen der Vorlage und von politischen Grössen geprägt.

Das parteipolitische Konfliktmuster war im März noch entlang der Links-Rechts-Achse aufgespannt: Linke und Mitte-Wählerschaften sprachen sich zusammen mit Parteiungebundenen Teilnahmewilligen deutlich für die Vorlage aus, SVP-nahe Wähler*innen dagegen. Damit standen die Wählerschaften der Grünen, der SP und der GLP mehrheitlich nicht auf der Seite ihrer jeweiligen Parteispitzen. Allerdings zeigt der Trend, dass ein Angleich der Parteibasis an die Position der Parteieliten im Gang ist. Im Links-grünen Lager sinken die Zustimmungsmehrheiten und sind nun nur noch knapp im Ja. Ebenso bei Parteiungebundenen. Die Stimmabsichten der Mitte-Wählerschaften erweisen sich als stabil im Ja.

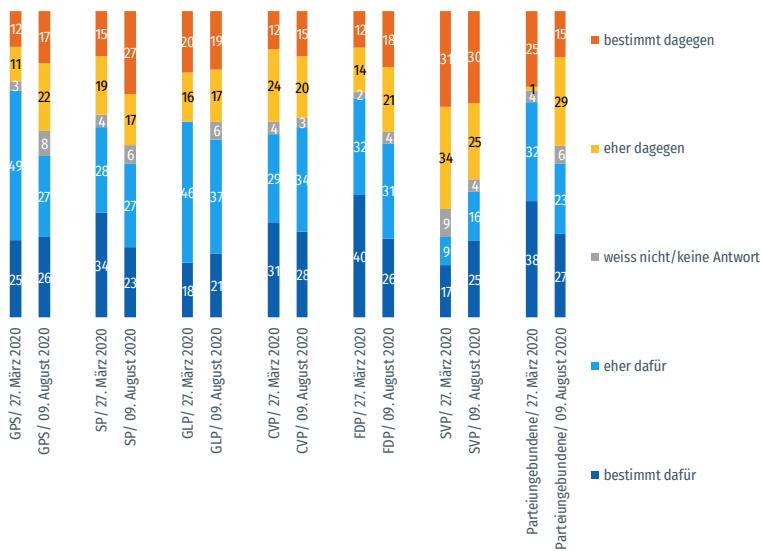
Die Trends zeigen, dass die Meinungsbildung noch bei weitem nicht abgeschlossen ist und die existierenden Differenzen zwischen den Parteibasen und –eliten sprechen dafür, dass sich noch grössere Verschiebungen in den Stimmabsichten einstellen könnten.

Grafik 6

Trend Stimmabsicht nach Parteibindung: Kinderabzüge Bundessteuer

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Steuerabzüge für Kinder abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter,
die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 1. Welle, 03. – 17. August 2020 (n = 26686)

Auch das Regierungsvertrauen erweist sich als relevant. Wer der Regierung vertraut ist grundsätzlich für Steuerabzüge für Kinder (56% eher/bestimmt dafür), wer ihr Misstraut dagegen (53% eher/bestimmt dagegen).

Zustimmen wollen ausserdem Teilnahmewillige unter 65 Jahren (18–39: 58%, 40–64: 53%, 65+: 44% eher/bestimmt dafür) sowie hohe Bildungs- und Einkommensgruppen (Bildung tief: 43%, mittel: 47%, hoch: 54% eher/bestimmt dafür).

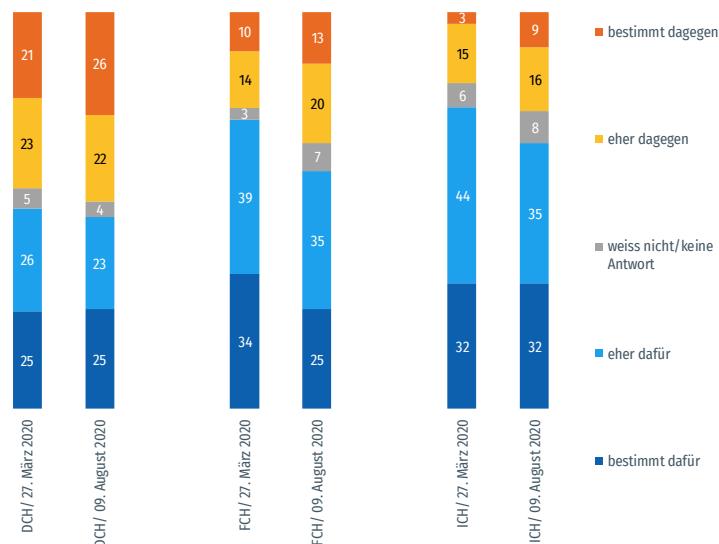
Knapp mehr als die Hälfte der Deutschschweizer*innen haben eine feste Meinung zur Vorlage. Gegner*innen und Befürworter*innen halten sich die Waage. Anders in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz, wo sich deutliche Mehrheiten für das Vorhaben aussprechen, die Meinungsbildung jedoch zurückbleibt. Die Trends verlaufen flächendeckend zu Ungunsten der Vorlage; in der lateinischsprachigen Schweiz jedoch deutlicher als in der Deutschschweiz.

Grafik 7

Trend Stimmabsicht nach Sprachregion: Kinderabzüge Bundessteuer

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Steuerabzüge für Kinder abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 1. Welle, 03. – 17. August 2020 (n = 26686)

Trend in der Meinungsbildung

Die Entscheidung über Steuerabzüge für Kinder ist nur schwach bis nicht prädisponiert, was sich am tiefen Anteil Festentschiedener und dem knappen Mehrheitsverhältnis zeigt. Der Abstimmungskampf wird bei dieser Entscheidung wegweisend sein, weshalb es schwierig ist, die Entwicklung der Meinungsbildung bis zum 27. September vorweg-zunehmen.

Für den weiteren Meinungsverlauf zur Vorlage sind grundsätzlich drei Szenarien denkbar. Erstens: Die Meinungsbildung passt sich einseitig der Behördenposition an. Der Ja-Anteil steigt, während der Nein-Anteil sich bestenfalls halten kann. Aufgrund der schwach positiven Prädisposition würde die Vorlage entsprechend angenommen.

Zweitens könnte die Vorlage stärker polarisieren, womit der Ja-, wie auch der Nein-Anteil im Verlauf des Abstimmungskampfes steigen würden. Aufgrund der positiven Prädisposition würde die Vorlage auch in diesem Fall angenommen.

Drittens könnte eine einseitige Polarisierung Richtung Nein einsetzen, wenn die Gegnerschaft argumentativ die Oberhand gewinnt. Aufgrund des knappen Vorsprungs der Ja-Seite wäre eine Umkehr der Mehrheitsverhältnisse durchaus denkbar.

Der vorgefundene Trend entspricht am ehesten dem dritten Szenario. Allerdings existieren aufgrund der speziellen Umstände aufgrund der Corona-Krise und dem grossen Abstand zwischen den beiden Befragungen erhebliche Unsicherheiten in der Interpretation dieses Trends. Erst mit der zweiten (regulären) SRG-Trendumfrage unter Kenntnis der Dynamik der Meinungsbildung während der Kampagnenphase werden genauere Einschätzungen zum Abstimmungsausgang möglich. Vorerst muss die Entscheidung als offen eingestuft werden.

STICHWORTE FÜR DIE BERICHTERSTATTUNG

- knapper Vorsprung der Ja-Seite in der Ausgangslage bei tiefem bis mittlerem Stand der Meinungsbildung
- SVP im Nein, alle anderen Wählergruppen (noch) im Ja. Elite-Basis-Konflikte bei SVP, GPS, SP und GLP, Trend verweist allerdings auf Angleich an Parteiparolen
- Regierungsmisstrauische, Pensionierte, Tiefgebildete, Haushaltseinkommen 5-7'000 CHF im nein, Patt bei tieferen Einkommen und in der Deutschschweiz
- Insgesamt verhaltener Start, Hauptkampagnenphase wird das Rennen entscheiden. Im Normalfall ist eine Zunahme oder Stagnation des Ja-Anteils im Verlauf des Abstimmungskampfes zu erwarten. Im Ausnahmefall gewinnt die Gegnerschaft die Deutungshoheit und der Nein-Anteil steigt. Ausgang vorerst offen.

1.6 Vaterschaftsurlaub

Gegenwärtige Stimmabsichten

Eine klare Mehrheit von 63 Prozent der Teilnahmewilligen will "bestimmt" oder "eher" für die Einführung eines zweiwöchigen Vaterschaftsurlaubes stimmen. 35 Prozent äussern sich eher oder klar dagegen. Nur 2 Prozent sind noch unentschieden. Der Vorsprung der Ja-Seite beträgt in der Ausgangslage 28 Prozentpunkte.

Die Erwartung der Stimmenden ist relativ deutlich, dass der Vaterschaftsurlaub angenommen wird.

Stand der Meinungsbildung

Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt des Abstimmungskampfes ist der Stand der Meinungsbildung fortgeschritten. 62 Prozent der Stimmbürger haben sich bereits eine feste Meinung zur Vorlage gebildet und auch hier führt die Ja-Seite mit 41 zu 21 Prozent deutlich.

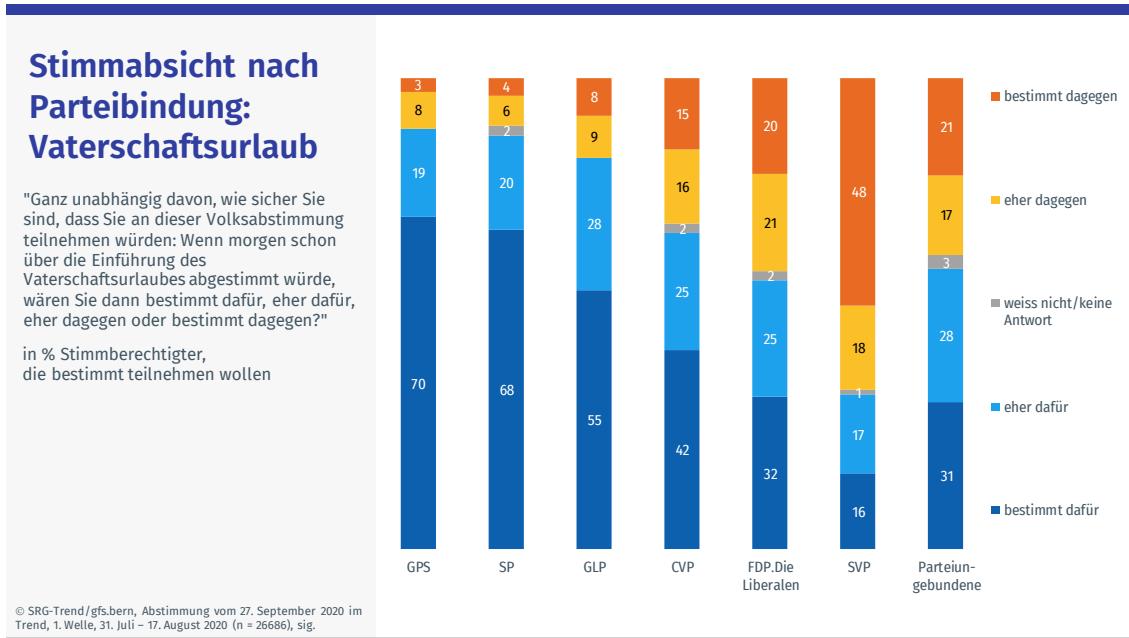
Auch wenn die Hauptkampagnenphase erst gerade beginnt, reduziert das eindeutig positive und bereits gefestigte Meinungsbild die Wahrscheinlichkeit von grösseren Verschiebungen in den Stimmabsichten.

Konfliktmuster

Das Konfliktmuster zum Vaterschaftsurlaub ist primär politisch und sozioökonomisch geprägt, denn die (bisher) einzigen mehrheitlich ablehnenden Gesellschaftsgruppen sind SVP-Wähler*innen, regierungsmisstrauische Kreise und tief Gebildete. Ansonsten herrscht – zumindest in der Ausgangslage – breiter gesellschaftlicher Konsens in der Frage des Vaterschaftsurlaubs.

Bei keiner Partei gibt es derzeit einen Elite-Basis Konflikt. Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass grosse Verschiebungen in den Mehrheitsverhältnissen eher nicht zu erwarten sind.

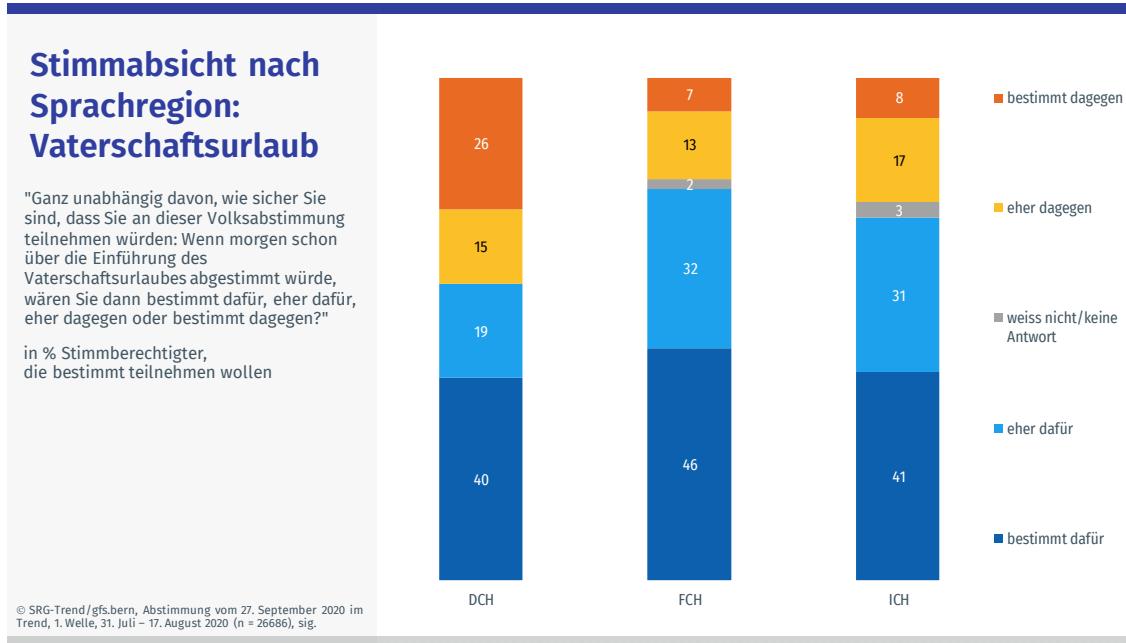
Grafik 8



Bürger*innen, welche der Regierung grundsätzlich vertrauen, unterstützen die Vorlage deutlich (71% eher/bestimmt dafür). Bürger*innen die jedoch der Regierung misstrauen, sind gegen die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs (56% eher/bestimmt dagegen).

Das Meinungsbild erweist sich über die Sprachgrenzen hinweg als gefestigt und fällt überall zugunsten des Vaterschaftsurlaubs aus. Am höchsten ist die Zustimmung in der französischsprachigen, gefolgt von der italienischsprachigen Schweiz. Mehrheitlich ist die Zustimmung auch in der Deutschschweiz, allerdings zeigt sich dort am ehesten Widerstand gegen die Vorlage.

Grafik 9



Signifikant sind zudem die Unterschiede nach Geschlecht und Alter. Dabei gilt, dass Männer wie Frauen den Vaterschaftsurlaub mehrheitlich annehmen wollen, Frauen jedoch deutlicher als Männer (67% vs. 60% eher/bestimmt dafür). Außerdem gibt es einen Zusammenhang zur Generationen- respektive zur Betroffenheitsfrage. Die Zustimmung der jüngsten Altersgruppe ist der Vorlage sicher, dann nimmt sie mit zunehmendem Alter ab (18–39: 77%, 40–64: 63%, 65+: 54% eher/bestimmt dafür).

Und letztlich spielen auch sozioökonomische Faktoren eine Rolle, wobei der Bildungsstand wichtiger ist als das Einkommen. Tief Gebildete hätten den Vaterschaftsurlaub nämlich mehrheitlich abgelehnt (tief: 46%, mittel: 55%, hoch: 67% eher/bestimmt dafür).

Argumente

Die Idee des Vaterschaftsurlaubs überzeugt vor allem, weil man findet es sei höchste Zeit für eine gleichberechtigte und fortschrittliche Familienpolitik (65% eher/voll einverstanden). Auch das Argument, dass Väter durch den Vaterschaftsurlaub eine engere Bindung zu ihren Kindern aufbauen und das prägend sei für die künftige Beziehung, wird mehrheitlich geteilt (63%), ist aber weniger relevant für einen Stimmentscheid.

Die Contra-Seite überzeugt weniger. Wenn sie argumentiert, dass ein Vaterschaftsurlaub zu teuer sei und die Wirtschaft durch höhere Sozialabgaben belaste, widerspricht ihr eine Mehrheit der Stimmberchtigten (54% eher/überhaupt nicht einverstanden). Gleichermaßen gilt für das Argument, dass es keinen staatlichen Vaterschaftsurlaub brauche, weil ja jeder einfach Ferien nehmen könne (59% eher/überhaupt nicht einverstanden).

Alle Argumente erweisen sich als relevant für einen Stimmentscheid zum Vaterschaftsurlaub und gemeinsam erklären sie gemäss Wirkungsanalyse 81 Prozent eines individuellen Stimmentscheides. Damit sind die hier festgehaltenen Stimmabsichten argumentativ untermauert und weitaus mehr als Bauchentschiede.

Trend in der Meinungsbildung

Der Zustimmungswert zum Vaterschaftsurlaub dürfte sich nicht mehr dramatisch verändern. Erstens ist der Vorsprung der Ja-Seite mit 28 Prozentpunkten hoch. Zweitens sind die geäusserten Stimmabsichten bereits in diesem frühen Stadium des Abstimmungskampfes gefestigt. Drittens herrscht mit nur drei ablehnenden Bevölkerungsgruppen (SVP-Wählerschaft, Regierungskritische und Tiefgebildete) relativ breiter gesellschaftlicher Konsens in der Frage des Vaterschaftsurlaubes. Und viertens stimmen die Stimmabsichten mit den Haltungen zu den Pro- und Contra-Argumenten weitestgehend überein.

Ein Ja zum Vaterschaftsurlaub ist bei der vorgefundenen Ausgangslage das wahrscheinliche Szenario für den 27. September 2020. Einschätzungen zur Höhe des Ja-Anteils werden aber frühestens mit der zweiten SRG-Trendumfrage unter Kenntnis der Dynamik der Meinungsbildung möglich.

Einzig wenn die Gegnerschaft im Verlauf der Hauptkampagne noch die Oberhand gewinnen sollte, könnte eine einseitige Polarisierung Richtung Nein einsetzen. Aufgrund des grossen Vorsprungs der Ja-Seite und der Erstbeurteilung der Argumente wäre eine Umkehr der Mehrheitsverhältnisse aber selbst in diesem Fall eine grosse Überraschung.

STICHWORTE FÜR DIE BERICHTERSTATTUNG

- Vorsprung der Ja-Seite in der Ausgangslage bei fortgeschrittenem Stand der Meinungsbildung
- Parteipolitisches Konfliktmuster SVP vs. Rest. Hohe Zustimmung von GPS, SP und GLP, mehrheitliche von CVP, FDP und Parteiungebundenen
- Regierungsmisstrauische und Tiefgebildete im Nein, erhöhte Nein-Anteile bei Ja-Mehrheit in der Deutschschweiz, bei Pensionierten, mittlerer Bildung, Haushalteinkommen 5-7000 CHF
- Beide getesteten Pro-Argumente sind mehrheitsfähig, Contra-Argumente werden mehrheitlich abgelehnt. Zentraler Konflikt: Fortschrittliche, gleichberechtigte Familienpolitik vs. wirtschaftliche Tragbarkeit
- Komfortable Ausgangslage für den Vaterschaftsurlaub, wobei im Normalfall An-gleich der Stimmabsichten an die Behördenposition zu erwarten ist (also ans Ja). Eine Annahme des Vaterschaftsurlaubes ist das realistischere Szenario für den 27. September, denn selbst wenn die Gegnerschaft in der Hauptkampagnenphase noch zu überzeugen vermag, könnte die den Ja-Vorsprung kaum noch einholen

1.7 Beschaffung Kampfflugzeuge

Gegenwärtige Stimmabsichten

Rund zwei Monate vor der Abstimmung wollen die Stimmbürger*innen mit einer Mehrheit von 58 Prozent der Teilnahmewilligen "bestimmt" oder "eher" für den Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge stimmen. Mit dem Vorhaben bestimmt oder eher nicht einverstanden sind 39 Prozent.

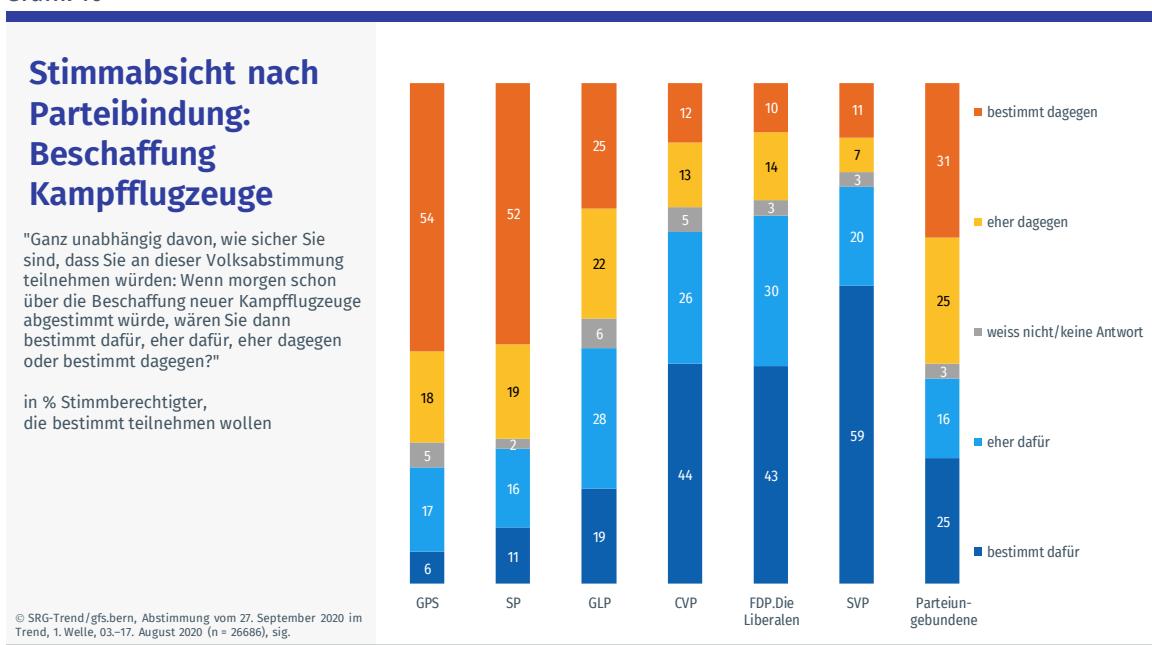
Stand der Meinungsbildung

Sechs von zehn Stimmberechtigten sind entschieden, teilzunehmen und wollen bestimmt dafür oder bestimmt dagegen stimmen. Nur drei Prozent wollen teilnehmen, wissen aber nicht, was sie stimmen werden. Das spricht für eine mittel bis hoch fortgeschrittene Meinungsbildung.

Konfliktmuster

Die Anhängerschaften der bürgerlichen Regierungsparteien sind überwiegend für die Erneuerung der Flotte der Luftwaffe, während Anhänger*innen von Grünen und SP im Verhältnis von etwa 1:3 dagegen sind. Hier zeichnet sich eine scharfe Links-Rechts-Polarität ab. Die GLP-Anhängerschaft positioniert sich sprichwörtlich zwischen den Polen: 47 Prozent wollen der Ja-Parole der GLP-Delegierten folgen, 47 Prozent neigen allerdings dem Nein zu. Eine kritische Gruppe sind ausserdem die Parteiungebundenen: Sie wollen zurzeit mehrheitlich gegen die Beschaffung stimmen.

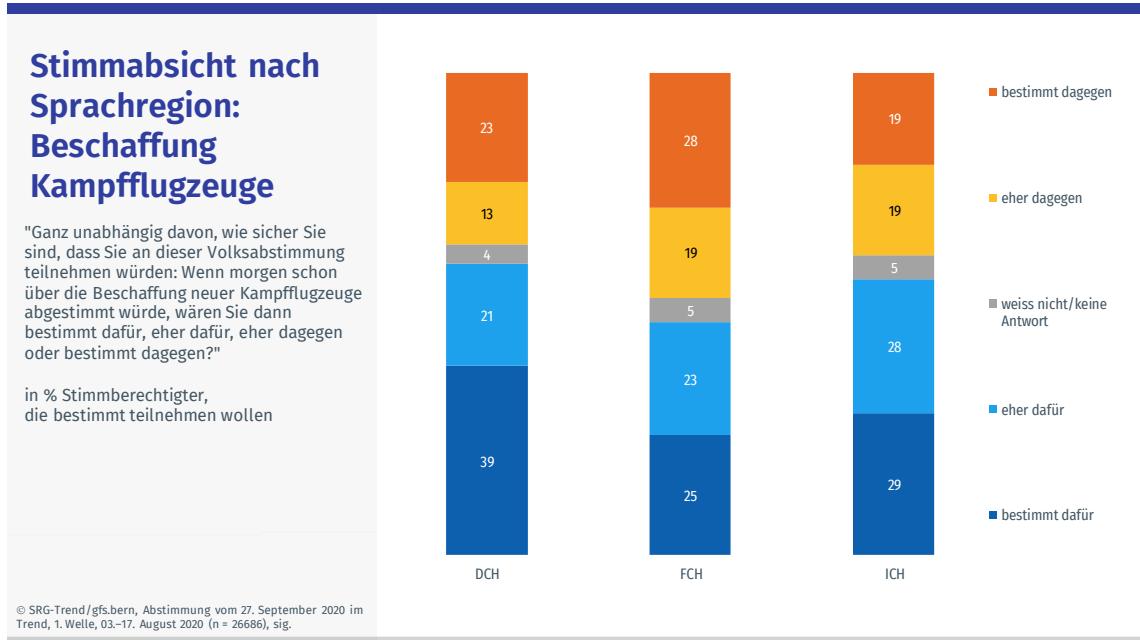
Grafik 10



In den Sprachregionen wird die Vorlage unterschiedlich beurteilt. Offensichtlich kontrovers ist die Ausgangslage in der französischsprachigen Schweiz, wobei keine Seite zurzeit eine Mehrheit hat. Deutlich ist der Vorteil für den Bundesbeschluss in der deutschsprachigen Schweiz. In der italienischsprachigen Schweiz ist die Situation etwas offener

als in der deutschsprachigen Schweiz, die Ja-Seite startet aber mit einem ansehnlichen Vorsprung in die Schlussphase der Kampagne.

Grafik 11



Während die Vorlage in den Städten kontrovers beurteilt wird, und die Ja-Seite nur einen geringen Vorsprung hat, reduziert sich die Nein-Seite auf dem Land und in den Agglomerationen auf ein gutes Drittel der bisher mobilisierten Stimmberechtigten. Ein für militärpolitische Anliegen nicht untypischer Graben zwischen den Geschlechtern zeichnet sich ab: Frauen sind zurzeit zu 50 Prozent für die Beschaffung, Männer zu 64 Prozent. Zum typischen Geschlechter-Graben kommt aber auch ein Generationenkonflikt hinzu. 18–39jährige sind bisher erst zu 48 Prozent für die Kampfjetbeschaffung, während über 65jährige zu 64 Prozent Ja stimmen wollen.

Ein Hinweis auf eine finanzpolitische Beurteilung der Vorlage, gerade angesichts der Corona-Herausforderungen, liefert schliesslich die differenzierte Betrachtung nach den beiden Schicht-Indikatoren: Während sich entlang der Schulbildung kein deutlicher Graben ergibt, wollen vor allem Haushalte mit tieferen Einkommen verstärkt gegen die Vorlage stimmen.

Insgesamt bestehen bei der Kampfjetbeschaffung deutliche Konfliktlinien, die sich soziologisch, sozioökonomisch, regional und politisch äussern. Diese Ausgangslage ermöglicht intensive Debatten.

Argumente

Bei der Beurteilung der Pro-Argumente bestätigt sich die Feststellung, dass zwei Drittel der mobilisierbaren Stimmberechtigten mehr oder weniger deutlich hinter dem Prinzip einer modernen Luftwaffe stehen. 64 Prozent der aktuell Teilnahmewilligen unterstützen das Argument, dass eine schlagkräftige Luftwaffe zur Armee gehört. 67 Prozent se-

hen diese Notwendigkeit einer autonomen Luftverteidigung auch angesichts der Neutralität der Schweiz. 65 Prozent sind schliesslich mit dem Argument einverstanden, dass ohne Flottenersatz der Luftraum ab 2030 ungeschützt sei.

Die Nein-Seite hat zurzeit kein mehrheitsfähiges Argument unter den Teilnahmewilligen. Sie kann dennoch weit über das klassisch linke Lager hinaus mit Inhalten punkten. Damit besteht auch inhaltlich Raum für eine Ausweitung der Kontroverse. Das am meisten unterstützte Nein-Argument betrifft die Krisensituation. 47 Prozent wünschen sich in dieser Situation, dass das Geld für andere Zwecke verwendet wird. 46 Prozent stimmen dem Argument zu, dass das Stimmvolk die Katze im Sack kauft. Einen leichten Kampfjet mit Vorteilen im Bereich Umwelt und Finanzen, sehen 45 Prozent als interessante Alternative.

In der Wirkungsanalyse polarisiert vor allem das Corona-Argument: Die verbreitete Kritik an der Vorlag - gerade von Parteiungebundenen - ist finanzpolitisch motiviert und mit der Situation erklärbar. Der grosse Unterschied zur Gripen-Abstimmung ist jedoch das breit wirksame Ja-Argument, dass bei einem Nein der Schweizer Luftraum ungeschätzt ist und nun eine Beschaffung nötig ist.

Trend in der Meinungsbildung

Die Vorlage ist deutlicher positiv vorbestimmt als dies angesichts der letzten Beschaffungsvorlage zu erwarten wäre. Inhaltlich wissen die Stimberechtigten recht genau, was zur Debatte steht, was nicht nur am vergleichsweise erhöhten Stand der Meinungsbildung erkennbar ist, sondern auch am hohen Grad der Polarisierung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Gruppen.

2014 war die Notwendigkeit eines Teilersatzes genauso umstritten wie die Typenwahl zugunsten des Gripen. Die Umstände haben sich nun gedreht. Die etwa zwei Drittel der Stimberechtigten, die prinzipiell für eine moderne und autonome Luftwaffe der Schweiz sind, sehen nun zu ähnlichen Anteilen, dass ohne Flottenerneuerung in zehn Jahren der Luftraum der Schweiz ungeschützt ist. Das erklärt die gute Ausgangslage für das Beschaffungsvorhaben.

Zwar ist eine weitere Polarisierung wahrscheinlich, der Raum für Verschiebungen in Richtung Nein ist allerdings eher gering. Unsicherheiten bestehen wegen der Krisensituation. Zurzeit polarisiert dieses Argument, wodurch sich einige gerade wegen der Krise auch für die Beschaffung aussprechen könnten. Überwiegen jedoch mehr und mehr finanzielle Motive, so kann die Nein-Seite wegen der Corona-Krise allenfalls noch deutlicher über das linke Lager hinaus punkten.

STICHWORTE FÜR DIE BERICHTERSTATTUNG

- Vorsprung der Ja-Seite bei bereits mittel fortgeschrittenem Stand der Meinungsbildung.
- Hohe Polarisierung zwischen politischen und gesellschaftlichen Lagern, aber nur SP- und Grünen-Anhängerschaften neigen klar dem Nein zu. Neben den linken Parteianhängerschaften sind ausserdem Parteiungebundene knapp mehrheitlich im Nein. Die GLP-Anhängerschaft ist gespalten.
- Ein Ja in der französischsprachigen Schweiz ist alles andere als sicher.
- Argumentativ bestehen deutliche Vorteile für die Ja-Seite: Die allgemeine Unterstützung für eine eigene Luftwaffe ist verbunden mit der breit anerkannten Notwendigkeit die Flotte bis 2030 zu erneuern. Auf der Nein-Seite ist kein Argument mehrheitsfähig. Das in Krisenzeiten andere Prioritäten gesetzt werden sollten polarisiert und wirkt breit, beispielsweise auf Parteiungebundene oder in der französischsprachigen Schweiz.
- Gewisse Polarisierung denkbar, die Ja-Seite erscheint aber recht gefestigt und der Raum für eine Meinungsentwicklung in Richtung Nein ist trotz Unsicherheiten wegen Corona gering.

1.8 Vorläufige Teilnahmeabsicht

Gegenwärtige Teilnahmeabsichten

Der Hauptabstimmungskampf zu den fünf Vorlagen vom 27. September 2020 steht noch bevor, allerdings fällt die Teilnahmeabsicht bereits leicht überdurchschnittlich aus. 45 Prozent geben an, bestimmt an der Abstimmung teilnehmen zu wollen. Für die zur Debatte stehenden Inhalte und die Verknüpfung von unterschiedlichen Themen ist dies ein noch tiefer Wert. Denkbar ist, dass sich im aktuellen Corona-Kontext eine eigentliche Emotionalisierung kaum realisieren lässt, womit die Wahrscheinlichkeit einer Mobilisierung deutlich über 50 Prozent gering bleibt. Somit zeichnet sich eine leicht überdurchschnittliche Beteiligung am Urnengang vom September 2020 ab (2011-2019: 45.6% durchschnittliche Teilnahme).

Profil

In der Ausgangslage zeigt sich der linke Pol (GPS: 55%, SP: 54%) stärker mobilisiert als die politische Mitte (GLP: 41%, CVP: 47%, FDP: 47%) und der rechte Pol (SVP: 49%). Es finden sich keine Anzeichen einer regierungskritischen Aufladung der Teilnahmeabsichten. Regierungskritische Stimberechtigte wollen sich in ähnlichem Masse beteiligen wie solche, die der Regierung grundsätzlich vertrauen (42% vs. 49%).

Sprachregional betrachtet zeigen sich nur geringe Differenzen in Bezug auf die Teilnahmeabsicht (DCH: 45%, FCH: 46%, ICH: 43%).

1.9 Datengrundlage

Um sprachregionale Aussagen machen zu können, haben wir die Sprachminderheiten in der CATI-Befragung überproportional berücksichtigt. Diese wurden, um nationale Aussagen machen zu können, wieder ins richtige Verhältnis gebracht.

Tabelle 1: Technischer Kurzbericht SRG-Trend – Volksabstimmung vom 27. September 2020

Auftraggeber	CR-Konferenz der SRG SSR
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	CATI: Stichprobenplan Gabler/Häder für RDD/Dual-Frame; Verwendung Swiss-Interview-Liste Online: Opt-in-Befragung über die Webportale der SRG SSR
Datenerhebung	telefonisch, computergestützt (CATI) Online
Art der Stichprobeneziehung geschichtet nach	CATI: at random/Geburtstagsmethode im Haushalt Sprachregionen Online: offene Mitmachumfrage
Befragungszeitraum	03. – 17. August 2020 mittlerer Befragungstag: 9. August 2020
Stichprobengrösse	minimal 1200, effektiv 29540 (Cati: 1205, Online: 28335) n DCH: 23595, n FCH: 4973, n ICH: 972 (CATI: n DCH: 704, n FCH: 301, n ICH: 200) (Online: n DCH: 22891, n FCH: 4672, n ICH: 772)
Stichprobenfehler	± 2.9 Prozentpunkte bei einem Wert von 50% (und 95%iger Wahrscheinlichkeit)
Quotenmerkmale	CATI: Geschlecht/Alter interlocked Online: -
Gewichtet nach	Dual-Frame-Gewichtung, Sprache, Siedlungsart, Parteiaffinität, Recall, Teilnahme
Befragungsdauer CATI	
Mittel	15.6 Minuten
Standardabweichung	4.5 Minuten
Publikation	21. August 2020, 17h00

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 1. Welle, 03.–17. August 2020

2 Ergebnisse

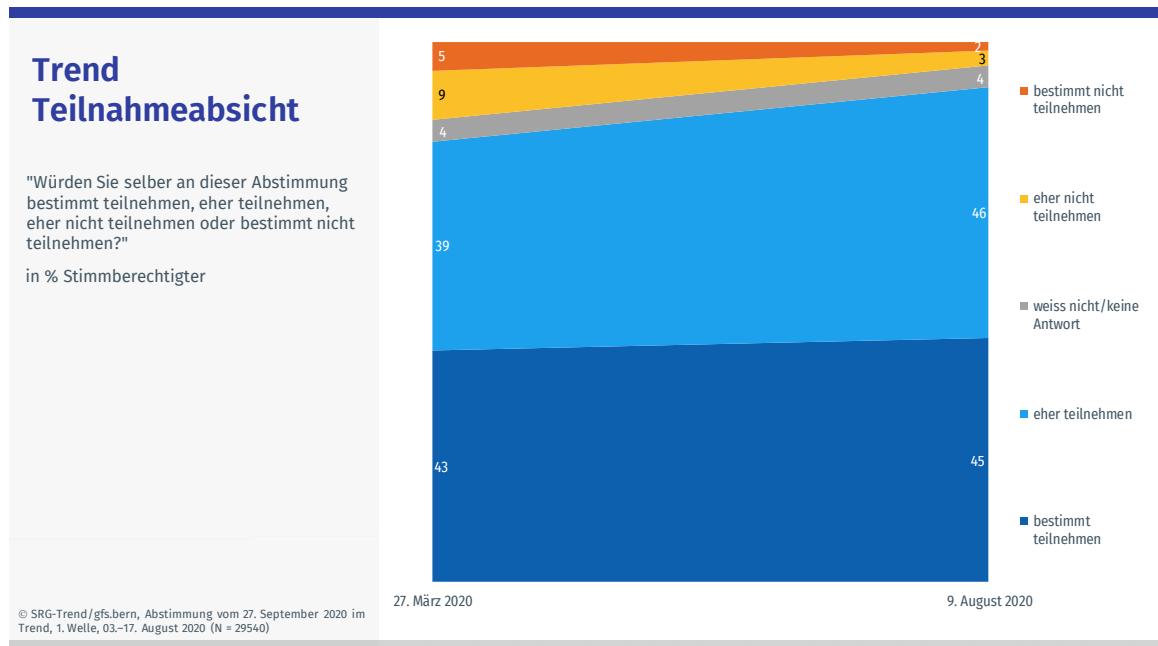
2.1 Vorläufige Teilnahmeabsichten

Die Mobilisierung ist in den letzten Jahren volatiler geworden: Von Minimalwerten bei technischen Vorlagen (Tierseuchengesetz 2012 28%) zu Höchstwerten bei emotionalen Themen (Durchsetzungs-Initiative 2016 64%). Inhaltlich reiht sich die Begrenzungsinitiative in eine Reihe von Initiativen mit Migrationsbezug, die hohe Mobilisierungs-Kraft haben. Die Corona-Debatte beeinflusst die Abstimmung vom 27. September 2020 jedoch, wobei der Effekt eher mässigend auf die Teilnahme sein wird: Corona verunmöglicht Massenveranstaltungen und bindet die Aufmerksamkeit der Medien und ihrer Konsument*innen.

Auf der anderen Seite stehen neben der Begrenzungsinitiative weitere Themen an, die emotionalisieren und spezifische Kreise mobilisieren können. Das spricht für eine überdurchschnittliche Mobilisierung.

Noch liegen keine systematischen Mediendaten oder Daten zum Eingang von brieflichen Stimmen vor. In diesen Tagen und im Umfeld der Zustellung der Stimmunterlagen wird sich nach der Sommerpause eine medial intensivere Debatte ergeben. Für den frühen Zeitpunkt ist die Mobilisierung mit 45 Prozent, die bestimmt an den Abstimmungen teilnehmen würden, bereits leicht überdurchschnittlich.

Grafik 12

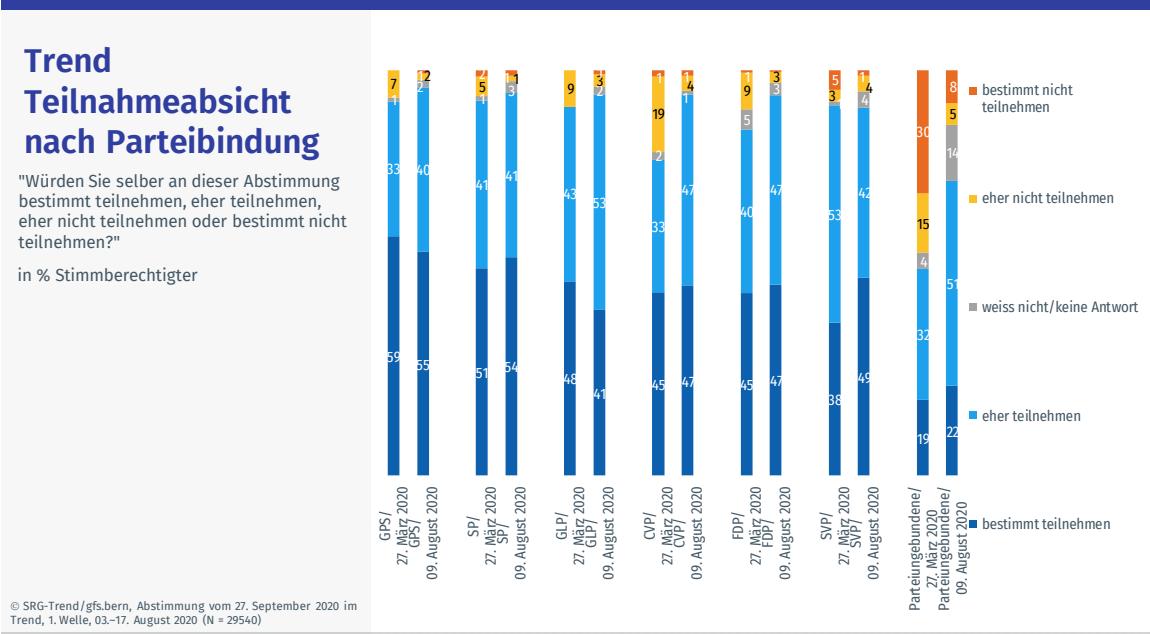


Erfahrungsgemäss steigen die Beteiligungsabsichten im Abstimmungskampf noch. Das stellt eine überdurchschnittliche Beteiligung am Urnengang vom September 2020 in Aussicht (2011–2020: 46.4% durchschnittliche Teilnahme).

2.1.1 Profil der Beteiligungswilligen

Der Themenmix bewegt politisch gebundene Bürger*innen bereits: Weitgehend unabhängig von der politischen Position hat sich bereits die Hälfte von ihnen fest vorgenommen, an den Abstimmungen teilzunehmen. Ihnen ist es bewusst, dass es inhaltlich und thematisch um viel geht. In der frühen Phase ist diese erhöhte Mobilisierung der SVP-Anhängerschaft eher untypisch. Erst schwach mobilisiert sind Personen ohne feste Parteibindung, denn nur etwas mehr als jede fünfte Person hat schon eine feste Teilnahmeabsicht. Emotionen, die auch an Veranstaltungen oder über Online-Kampagnen sehr gut geschürt werden können, können bei weniger Interessierten noch einen Schub auslösen.

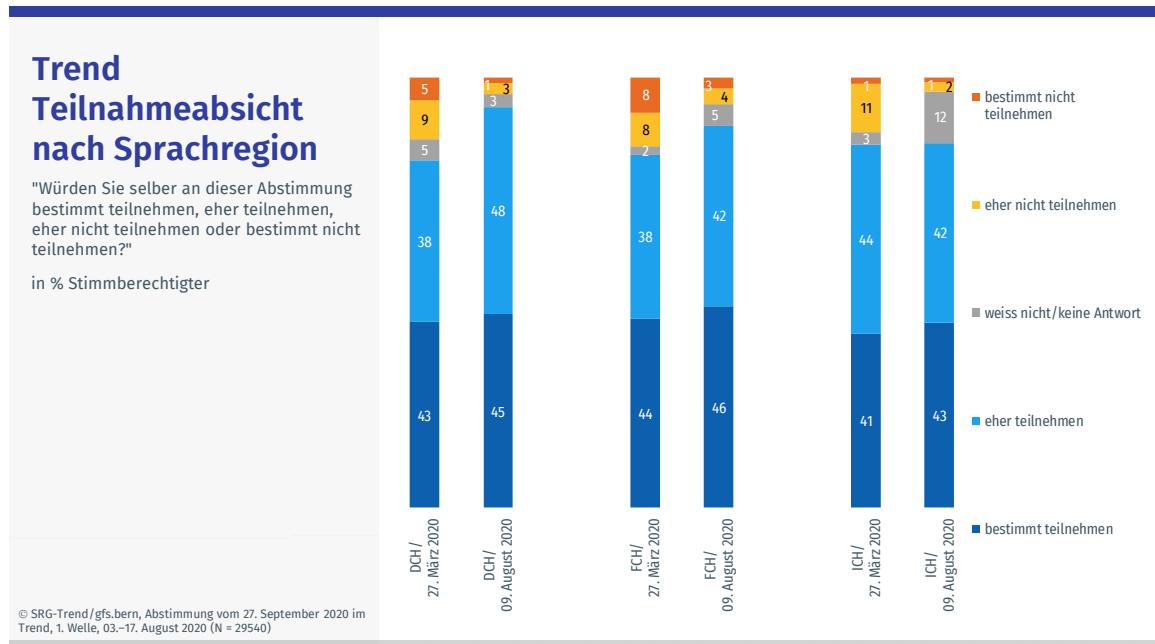
Grafik 13



Derzeit finden sich keinerlei Anzeichen einer regierungskritischen Aufladung der Teilnahmeabsichten. Regierungskritische Stimmberrechtigte wollen sich noch etwas mehr beteiligen als solche, die der Regierung grundsätzlich vertrauen (49% vs. 41% bestimmt teilnehmen). Trotz medial teilweise klar formulierter Kritik an den Behörden im Umgang mit der Corona-Krise, zeigen die thematisch auf Corona ausgerichteten Umfrageserien hohe Vertrauenswerte und eher eine Sammlungsbewegung in Richtung Regierungsvertrauen. Die hier vorliegende Studie geht von zwei Dritteln der Stimmberrechtigten aus, welche der Regierung vertrauen.

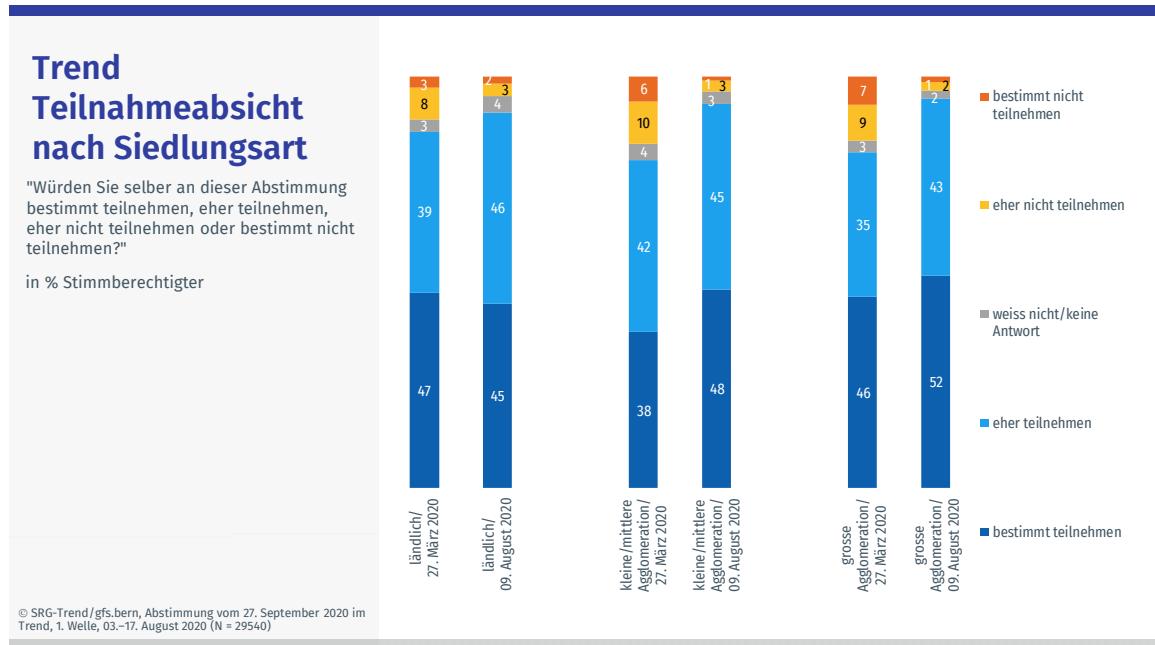
Es gibt ausserdem keine nennenswerten Differenzen bei der Mobilisierung in den drei Sprachregionen. Auch nach Geschlechtern sind die Unterschiede minim. Für den Zeitpunkt der Befragung gegen zwei Monate vor der Abstimmung ist die vergleichsweise hohe Mobilisierung von Frauen und der lateinischsprachigen Schweiz eher aussergewöhnlich.

Grafik 14



Nach Siedlungsart betrachtet zeigt sich, dass die Themen der aktuellen Abstimmung bisher eher in den Städten und Agglomerationen mobilisierende Wirkung gezeigt haben als auf dem Land.

Grafik 15



Der feste Teilnahmewille steigt wie üblich mit dem Alter an (18-39-Jährige: 35%, 40-64-Jährige: 47%, 65+-Jährige: 60% bestimmt teilnehmen). Auch bei der Schichtzugehörigkeit zeigt sich das übliche Muster (bspw. verfügbares Haushaltseinkommen 3-5'000 CHF: 41%, über 11'000 CHF: 51%).

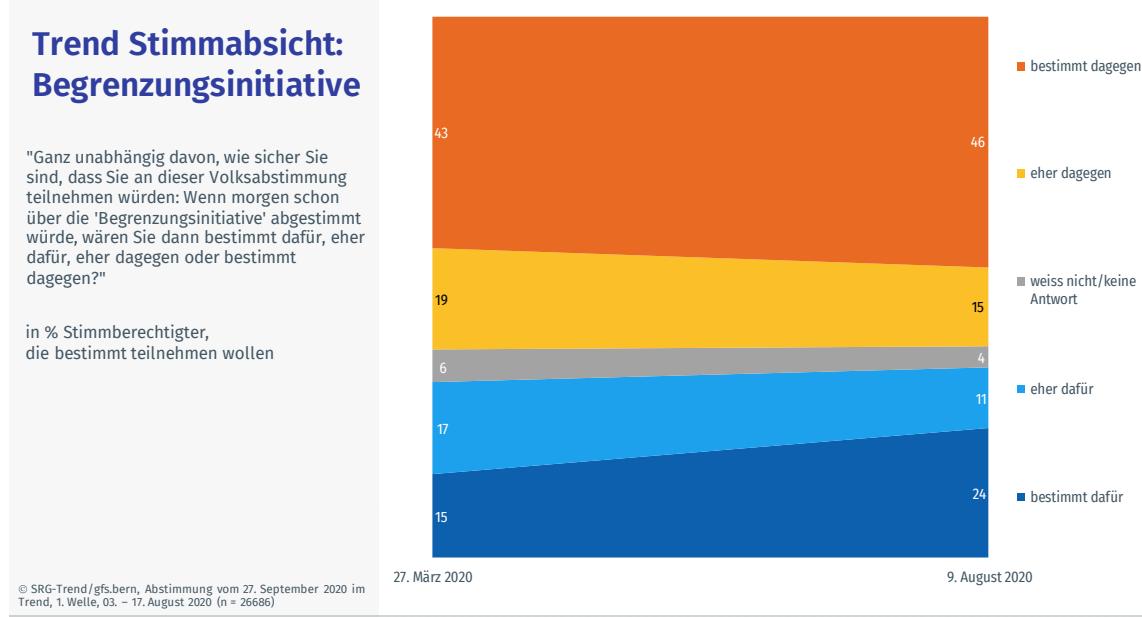
2.2 Begrenzungs-Initiative

2.2.1 Vorläufige Stimmabsichten

61 Prozent der Stimmberechtigten mit fester Teilnahmeabsicht hätten am 9. August gegen die Begrenzungsinitiative gestimmt, 35 Prozent dafür. Gegenüber dem Frühjahr haben sich die Stimmabsichten verfestigt, ohne die Mehrheitsverhältnisse zu verändern. Hohe 70 Prozent der Stimmberechtigten mit Teilnahmeabsicht äussern bereits eine feste Stimmabsicht, wobei auch hier die Nein-Seite klar führt. Der Stand der Meinungsbildung ist fortgeschritten und die Entscheidung über die Begrenzungsinitiative in hohem Masse prädisponiert.

Bemerkenswert und für eine Initiative atypisch ist jedoch, dass das Ja-Lager insgesamt bisher keine Einbussen zu verbuchen hat.

Grafik 16



Fragt man die teilnahmewilligen Stimmberechtigten direkt nach dem Abstimmungsausgang, gehen sie von einer Ablehnung der Initiative an der Urne aus. Der Nein-Anteil wird im Mittel auf 55 Prozent geschätzt.

2.2.2 Vorläufiges Konfliktmuster

Die Stimmabsichten zur Begrenzungsinitiative werden stark von politischen Größen bestimmt, doch auch die Sprachregion und sozioökonomische Faktoren sind relevant.

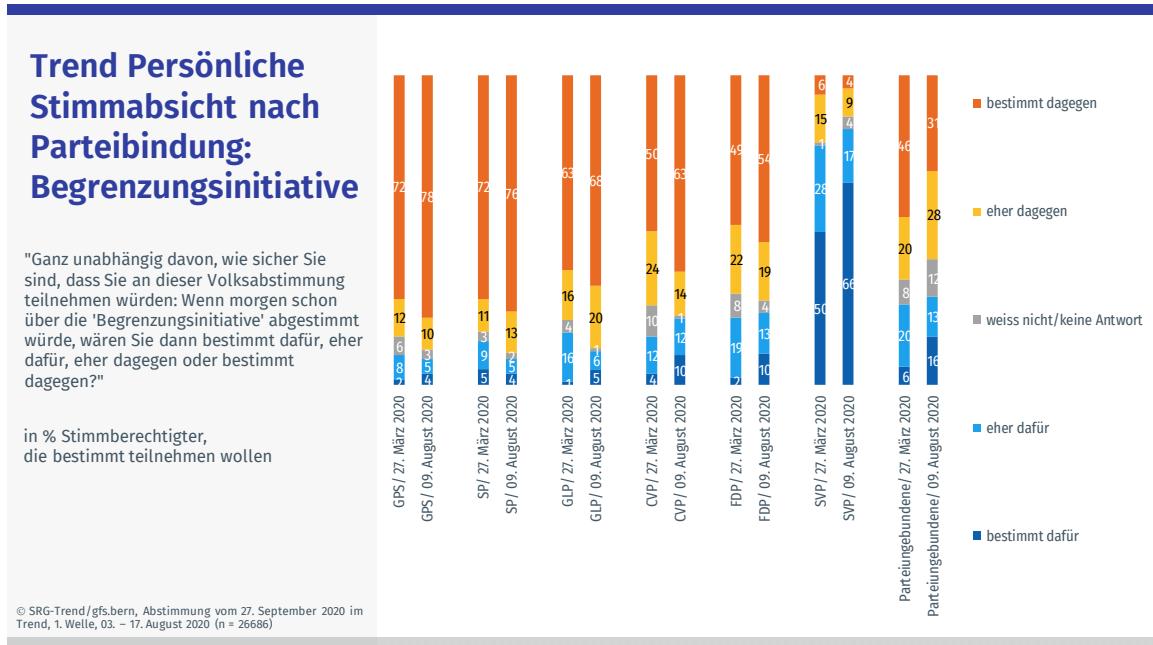
Die deutlichsten Unterschiede zeigen sich entlang der Parteibindung und des Regierungsvertrauens, denn einzig bei Untergruppen dieser Variablen finden sich Ja-Mehrheiten.

Die bereits im März hohe Zustimmung im SVP-Umfeld hat sich weiter verfestigt: 83 Prozent der SVP-Wählerschaft hätte im August für die parteieigene Initiative gestimmt. Die SVP-Wählerschaft ist damit weitestgehend auf Parteikurs.

Ansonsten ist der Ja-Anteil nur bei einer weiteren Wählergruppe angestiegen: bei den Parteiungebundenen. Nichts desto trotz bleibt es in dieser Wählergruppe bei einer ablehnenden Mehrheit. In allen anderen Wählergruppen resultierte der Trend der Meinungsbildung jedoch zugunsten des Nein, womit es bei klar mehrheitlich ablehnenden Voten aus den Reihen der Grünen, der SP, der CVP und der FDP bleibt.

Alle Wählergruppen sind damit im Einklang mit den Parolen ihrer jeweiligen Parteispitzen, und es zeichnen sich keine Elite-Basis-Konflikte ab.

Grafik 17



Mehr als deutlich bestätigen sich unterschiedliche Auffassungen zur Begrenzungsinitiative entlang des Regierungsvertrauens/-misstrauens. Regierungsmisstrauische Bürger*innen sind klar für die Initiative, Vertrauende ebenso klar dagegen. Über die Zeit wurden beide Gruppen in ihrer jeweiligen Ansicht bestätigt.

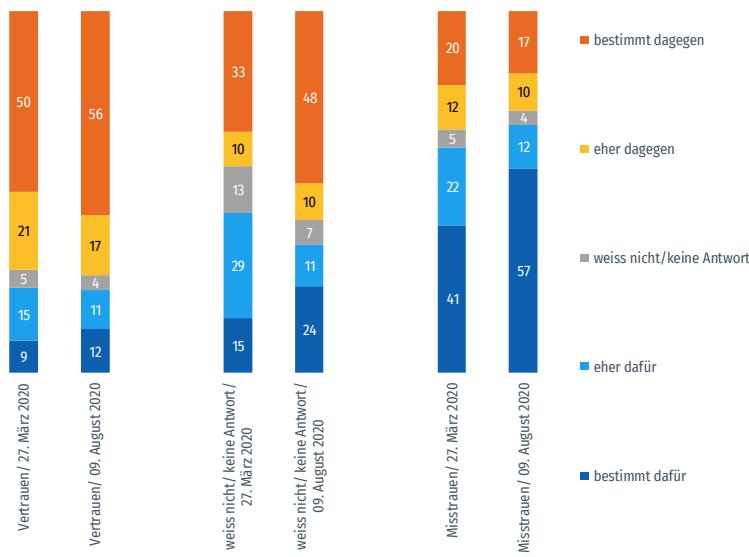
Teilnahmewillige, die sich punkto Regierungsvertrauen nicht festlegen können oder wollen, wurden vom allgemeinen Nein-Trend erfasst und stehen nun mehrheitlich auf der ablehnenden Seite.

Grafik 18

Trend Persönliche Stimmabsicht nach Regierungsvertrauen: Begrenzungsinitiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die 'Begrenzungsinitiative' abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 1. Welle, 03. – 17. August 2020 (n = 26686)

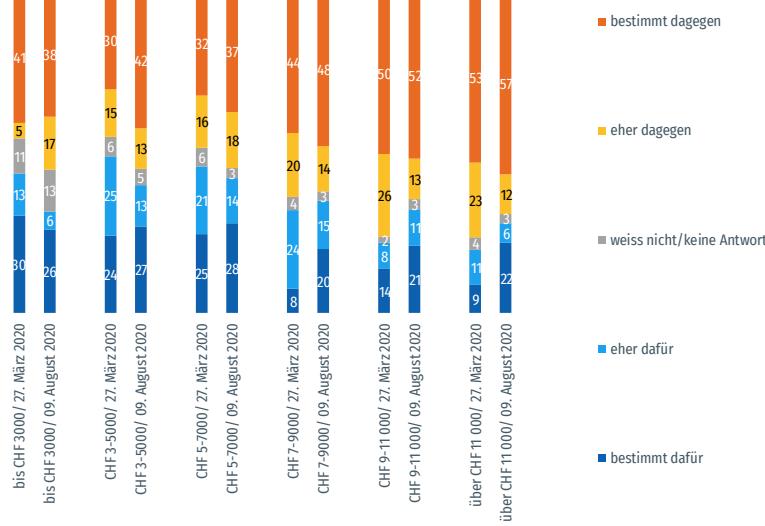
Neben den genannten Gruppen sind keine weiteren gesicherten Mehrheiten im Ja-Lager zu finden. Weitreichende Sympathien für die Begrenzungsinitiative finden sich aber bei Schichten mit tieferer Schulbildung. Bei den Einkommensgruppen zeigt sich das für Initiativen typische Bild: Je kleiner das Haushaltseinkommen, desto offener ist eine Person gegenüber der Initiative. Bemerkenswert sind jedoch die Trends. Während bis zu einem Einkommen von 7000 CHF der für Initiativen übliche Nein-Trend seinen Lauf nimmt, sind die Ja-Anteile in den höheren Einkommensgruppen auf tiefem Niveau gestiegen.

Grafik 19

Trend Persönliche Stimmabsicht nach Haushaltseinkommen: Begrenzungsinitiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die 'Begrenzungsinitiative' abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

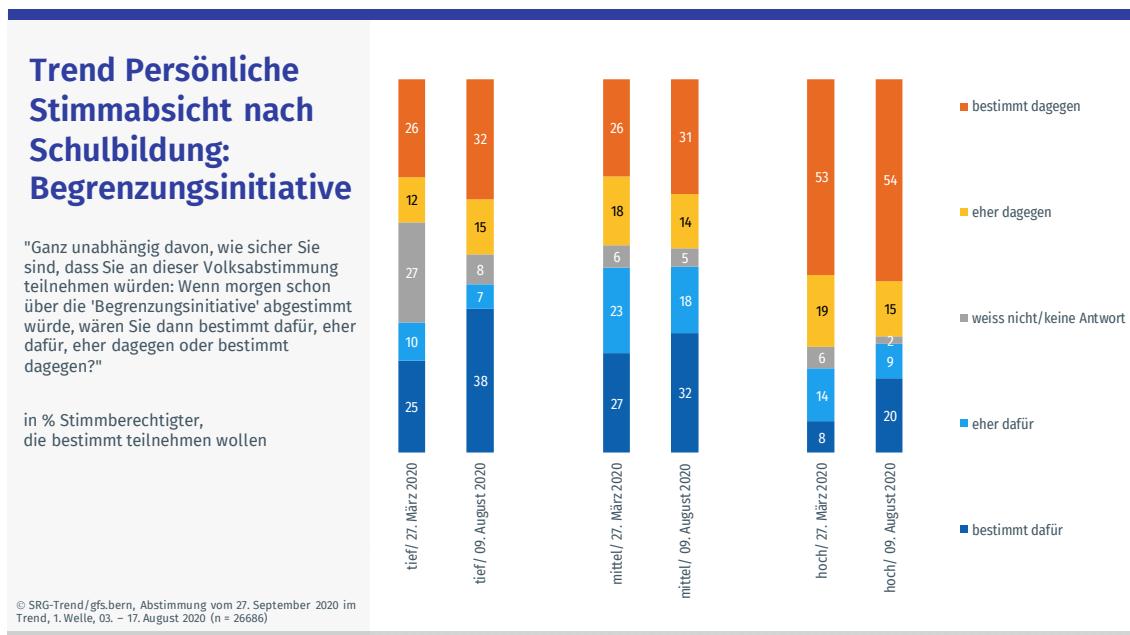
in % Stimberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 1. Welle, 03. – 17. August 2020 (n = 26686)

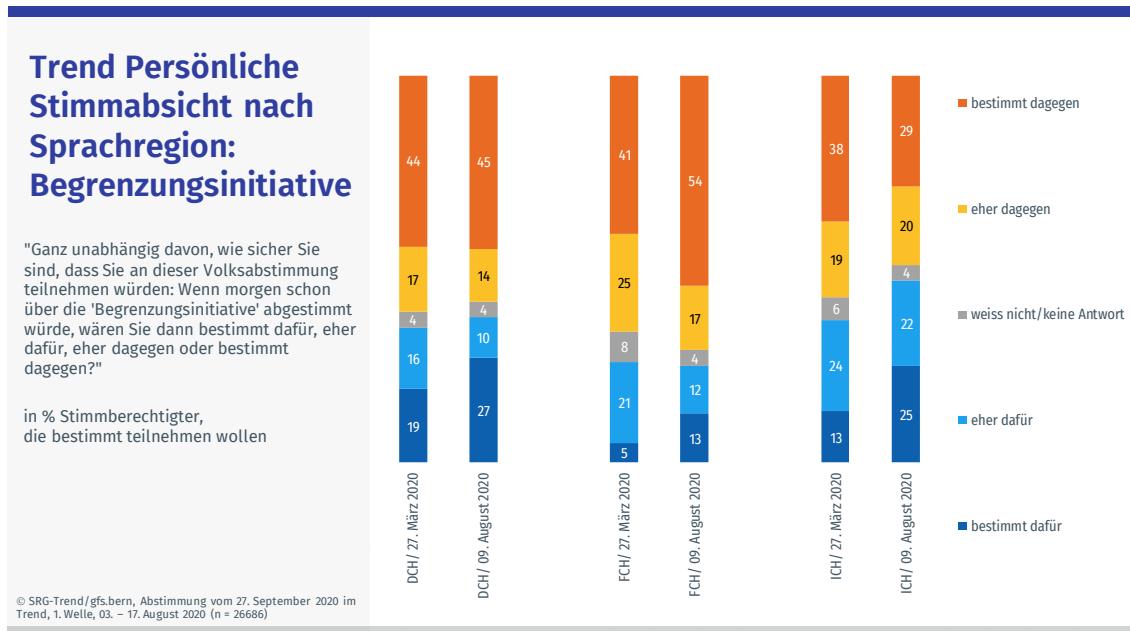
Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der mit dem Einkommen korrelierten Variable Schulbildung: Personen mit hoher Schulbildung sind signifikant skeptischer gegenüber der Vorlage als der Rest des Stimmvolkes.

Grafik 20



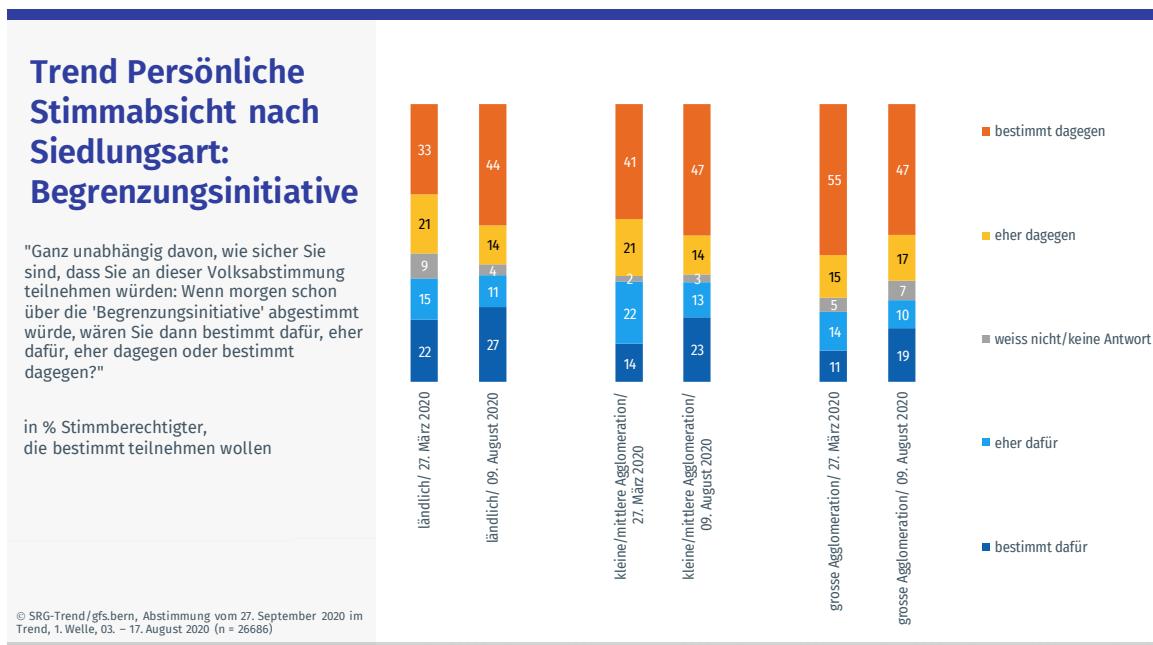
Das Vorhaben wird in den Sprachregionen der Schweiz unterschiedlich beurteilt. Das «Non» aus der französischsprachigen Schweiz ist deutlich und auch der Trend verläuft dort Richtung Nein. Auch die Deutschschweizer*innen hätten die Begrenzungsinitiative Anfang August mehrheitlich abgelehnt, ein wirklicher Trend ist aber nicht zu erkennen. In der italienischsprachigen Schweiz ist die Situation offener, denn die Mehrheitsverhältnisse sind annähernd ausgeglichen und der Trend verläuft Richtung Ja.

Grafik 21



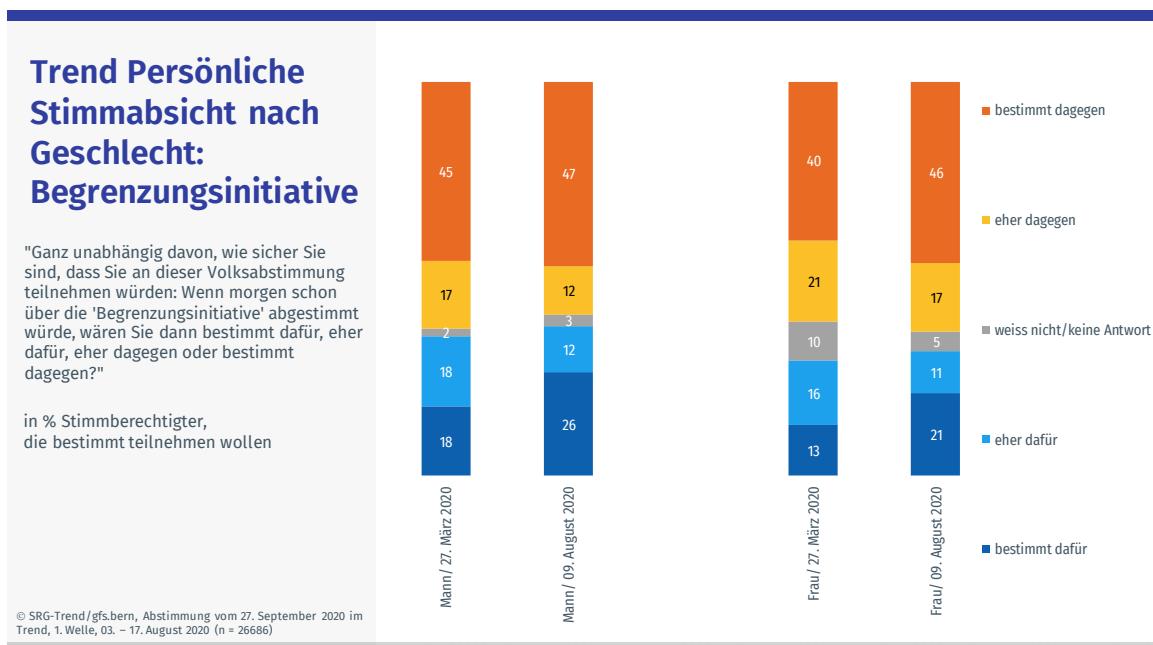
Signifikant sind auch die Unterschiede in den Stimmabsichten der Siedlungsräume der Schweiz. Der Ja-Anteil ist auf dem Land am höchsten, aber selbst dort ist die Begrenzungsinitiative nicht mehrheitsfähig und der Trend verläuft Richtung Nein. Die höchste Ablehnung kommt aus den urbanen Gebieten, doch dort geht der Trend schwach Richtung Ja.

Grafik 22



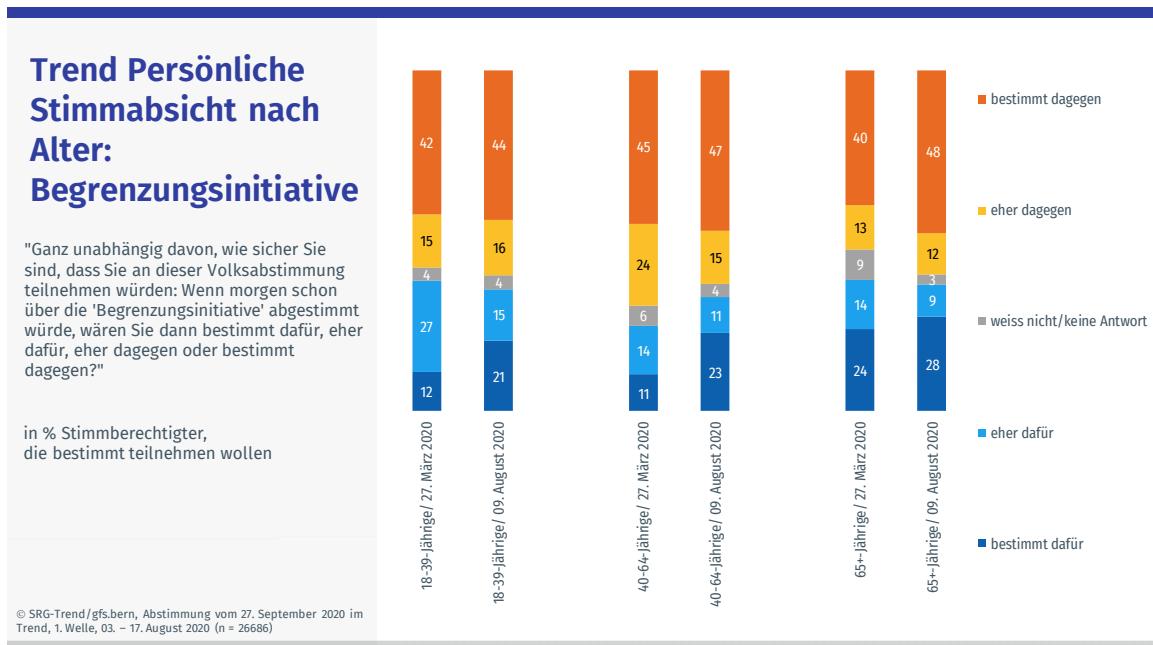
Die Unterschiede in den Stimmabsichten nach Geschlecht sind gering. Frauen wie Männer hätten die Begrenzungsinitiative mehrheitlich abgelehnt.

Grafik 23



Und auch in Bezug auf die Altersgruppen zeigen sich die Stimmabsichten wenig polarisiert; die Mehrheiten liegen überall im Nein-Lager. Allerdings verlaufen die Trends unterschiedlich, denn in der mittleren Altersgruppe konnte die Begrenzungsinitiative Boden gut machen; in den anderen Altersgruppen geht es aber eher Richtung Nein.

Grafik 24



2.2.3 Argumententest

Der Vorsprung der Initiativ-Gegnerschaft zeigt sich auch bei den argumentativen Haltungen. Keines der drei getesteten Ja-Argumente ist wirklich mehrheitsfähig.

Die Grundidee der Initianten, dass die Schweiz die Zuwanderung wieder selber regeln soll, findet bei 51 Prozent der Stimmberchtigten Anklang. Das Argument, dass die ungebremste Zuwanderung eine extreme Belastung für unsere Umwelt, die ArbeitnehmerInnen und die Sozialwerke der Schweiz sei, polarisiert (49%:49%).

Dass die EU die übrigen bilateralen Verträge nicht kündigen werde, weil sie mehr davon profitiere als die Schweiz, verwerfen 52 Prozent der Stimmberchtigten.

Grafik 25

Pro-Argumente Begrenzungsinitiative

"Ich lese Ihnen jetzt einige Argumente vor, die man im Zusammenhang mit der 'Begrenzungsinitiative' immer wieder hören und lesen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



ungebremste Zuwanderung ist Belastung für die Umwelt/Arbeitnehmenden/Sozialwerke der Schweiz



EU wird die Bilateralen nicht kündigen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 1. Welle, 03.-17. August 2020 (n = 26686)

Das Stimmvolk ist hingegen mit allen drei getesteten Contra-Argumenten mehrheitlich einverstanden: Die Kündigung der Bilateralen verschärft den Fachkräftemangel und gefährde Wohlstand und Arbeitsplätze in der Schweiz. Zudem unterstützen 60 Prozent die Aussage, der bilaterale Weg werde zerstört ohne eine Alternative zu bieten.

Grafik 26

Contra-Argumente Begrenzungsinitiative

"Ich lese Ihnen jetzt einige Argumente vor, die man im Zusammenhang mit der 'Begrenzungsinitiative' immer wieder hören und lesen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



Kündigung der Bilateralen gefährdet Wohlstand und Arbeitsplätze



bilateraler Weg wird zerstört ohne Alternative zu bieten



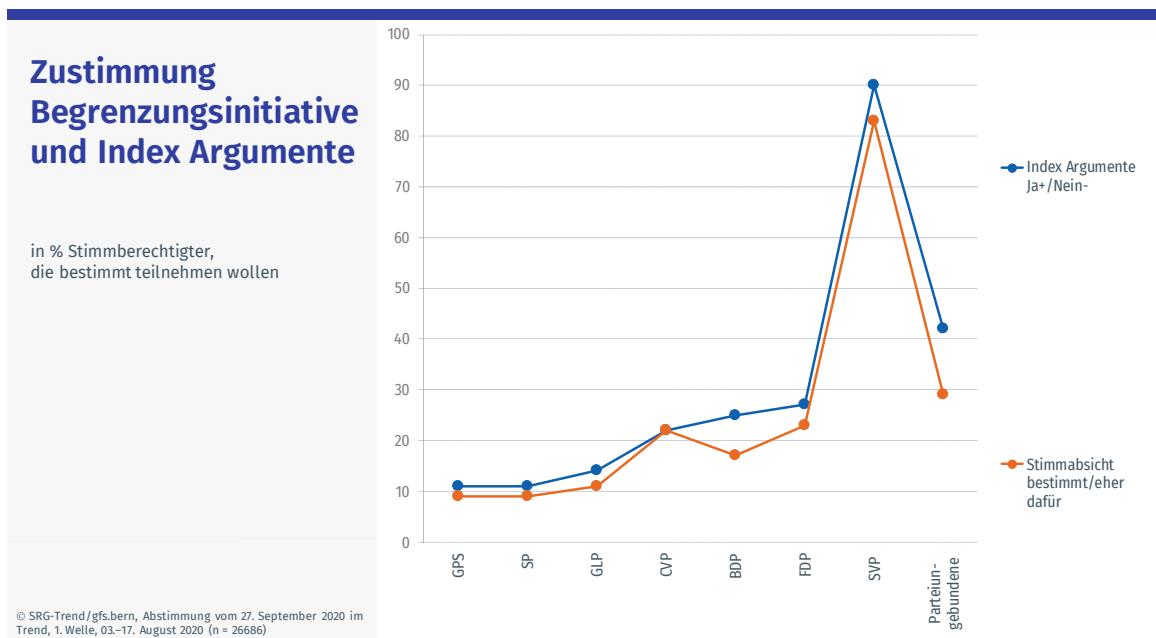
© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 1. Welle, 03.-17. August 2020 (n = 26686)

Indexiert man die Bewertung der Argumente, stehen 56 Prozent den Argumenten der Gegnerschaft näher, 40 Prozent jenen der Initiant*innen und 4 Prozent sind indifferent. Damit liegt der Anteil der Personen, welche auf der argumentativen Ebene für die Begrenzungsinitiative sind, etwas über den geäussernten Stimmabsichten.

Wie die nachfolgende Grafik zeigt, könnte dies im BDP- und FDP-Umfeld sowie bei Parteiungebundenen dazu führen, dass die Ja-Anteile in der Hauptkampagnenphase noch

leicht steigen, wenn sich die Stimmabsichten an die argumentativen Haltungen angelichen. Die Mehrheitsverhältnisse dürften davon jedoch unbeeinflusst bleiben, denn ebenso wie die SVP-Wählerschaft argumentativ und gemäss geäußerten Stimmabsichten für die Vorlage ist, sind Parteiungebundene und FDP-nahe Wähler*innen gemäss beiden Indikatoren dagegen.

Grafik 27

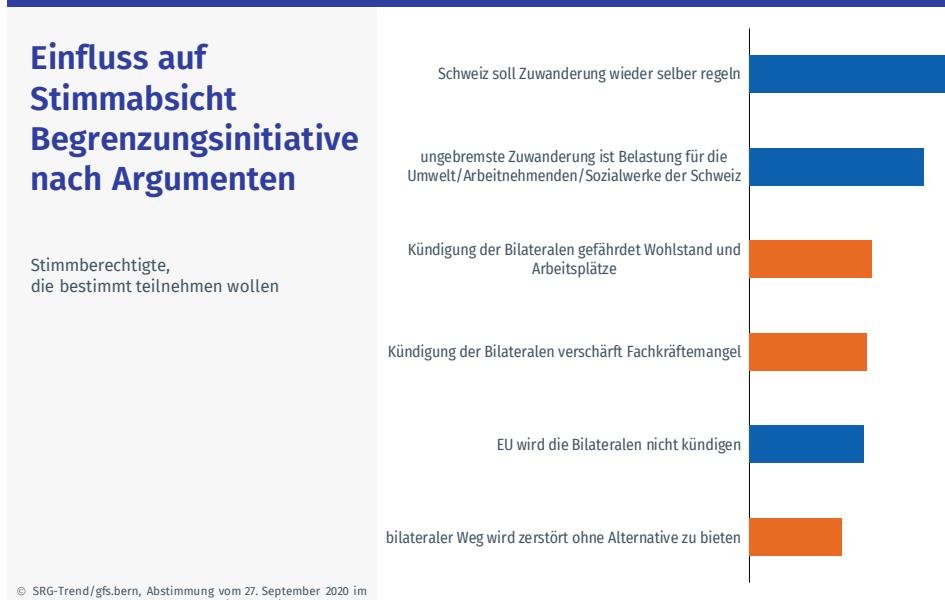


Erläuterung: Beim Argumentenindex werden die Argumente aufgrund ihrer Bedeutung für die Stimmabsicht recodiert. Die Zustimmung (sehr/eher einverstanden) zu den Pro-Argumenten und die Ablehnung zu den Contra-Argumenten (sehr/eher nicht einverstanden) wird als positiv definiert, die Ablehnung zu den Pro-Argumenten und die Zustimmung zu den Contra-Argumenten als negativ definiert. Keine inhaltliche Nennung (weiss nicht/keine Antwort) bei den Argumenten wird als Null definiert. Dies wird für jedes Argument berechnet und danach summiert. Entsteht eine positive Summe, liegt ein Überhang zur argumentativen Zustimmung vor, liegt eine negative Summe vor, eine argumentative Ablehnung. Eine summierte Null bedeutet neutral. Der ausgewiesene Wert ist der positive Überhang zu den Argumenten.

Nutzt man die Haltungen einer Person zu den sechs hier getesteten Argumenten um einen Stimmentscheid vorauszusagen, liegt man in 73 Prozent der Fälle richtig mit dieser Einschätzung. Dieser Wert ergibt sich aus der multivariaten Regressionsanalyse (R^2). In annähernd drei Viertel aller Fälle kann man also korrekt voraussagen, wie jemand stimmen würde, wenn man einzig die Haltung dieser Person zu den Argumenten kennt. Das entspricht einem hohen Wert und der zeigt, dass Stimmentscheide zur Begrenzungsinitiative keine Bauchentscheide sind.

Ein Ja zur Begrenzungsinitiative kann am besten anhand der Meinung zur Aussage, dass die Schweiz die Zuwanderung wieder selber regeln soll oder der Belastung der Umwelt, der Sozialwerke und Arbeitnehmenden durch die Zuwanderung erklärt werden. Ein Nein am besten anhand der Einstellung zu den beiden Argumenten, eine Kündigung der Bilateralen gefährde Wohlstand und Arbeitsplätze und verschärfe den Fachkräftemangel.

Grafik 28



Erläuterung: Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt das Vorhandensein des Zusammenhangs zwischen unabhängigen Variablen – hier den Pro- und Contra-Argumenten – (in abnehmender Reihenfolge) und einer abhängigen Variable, der Stimmabsicht. Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einer Ja-Stimmabgabe (blau) oder zu einer Nein-Stimmabgabe (orange) führt. Der Erklärungsgrad gibt Auskunft darüber, wie erklärenskräftig ein Modell ist – je näher der Wert bei 1 liegt, desto grösser ist der Anteil der Varianz in der abhängigen Variable, der mit den unabhängigen Variablen erklärt wird. Argumente, welche in der Grafik nicht erscheinen, haben keinen signifikanten Zusammenhang mit der abhängigen Variable.

Die Regressionsanalyse realtiviert den Rückstand der Initianten etwas, denn sie zeigt, dass es durchaus gewichtige Gründe gibt, für die Begrenzungsinitiative zu stimmen. Allerdings sind diese Arguemnte wie gesagt nicht mehrheitsfähig.

2.2.4 Szenarien der weiteren Meinungsbildung

Aktuell würden 61 Prozent der teilnahmewilligen Bürgerinnen und Bürger gegen die Begrenzungsinitiative stimmen. 35 Prozent wären dafür. Die Stimmabsichten haben sich seit dem Frühjahr verfestigt, ohne dass sich an den Mehrheitsverhältnissen etwas verändert hat.

Die Stimmabsichten sind im Einklang mit der Erwartungshaltung zum Abstimmungsausgang: Im Mittel wird der Nein-Anteil für die Abstimmung vom 27. September 2020 auf 55 Prozent geschätzt.

Die argumentative Verankerung der Stimmabsichten ist hoch, ebenso die Prädisposition. Die Meinungsbildung ist damit negativ geprägt und fortgeschritten. Die breiten Kampagnen beider Seiten scheinen ihre Wirkung bereits erreicht zu haben.

Tabelle 2: Indikatoren der Einschätzung der Begrenzungsinitiative

Ausprägung	Parlament	Parolen	Erwartung Stimmende	Index Argumente	Erklärung Argumente R^2	Stimmabsichten	Prädispositionierung
dafür	NR: 27% SR: 12%	SVP	45%	40%	35%		
dagegen	NR: 73% SR: 88%	SP, GPS, GLP, CVP, BDP, FDP		56%	61%		
							73% 70%

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 1. Welle, 03.–17. August 2020 (n = 26686)

Wir können das Ergebnis der Abstimmung zwar nicht vorwegnehmen, die Szenarien der weiteren Meinungsbildung lassen sich bei der vorgefundenen Ausgangslage aber klar eingrenzen.

Zuerst theoretisch aufgrund des Dispositionsansatzes: Dieses Gerüst lehrt uns, dass die Ablehnungsbereitschaft einer Volksinitiative in aller Regel mit dem Abstimmungskampf steigt. Der Normalfall tritt nur dann nicht ein, wenn es zu einer eigentlichen Protestabstimmung kommt. Gleichzeitig sinkt im Regelfall die Zustimmungstendenz. Dieser übliche Nein-Trend zeigt sich nicht so deutlich, wie wir es von den Initiativen der jüngeren Vergangenheit gewohnt sind. Das hängt vielmehr mit der starken Prädisponierung der Entscheidung zusammen, als dass sich eine Ausnahmesituation der Meinungsbildung abzeichnen würde. Stimmberechtigte in der Schweiz haben bereits über verschiedene Anliegen zum gleichen Thema und derselben Urheberschaft abgestimmt. Die Meinungen sind also bis zu einem gewissen Grad bereits gemacht. Die klaren Mehrheitsverhältnisse und der hohe Anteil fest Entschiedener sprechen eindeutig für eine starke und negative Prädisponierung der Entscheidung.

Die Festigkeit des vorgefundenen Meinungsbildes schränkt den Spielraum für einen Wechsel der Mehrheitsverhältnisse ein. Grundsätzlich ist aufgrund der Datenlage und der vorgefundenen Trends die Ablehnung der Begrenzungsinitiative am 27. September 2020 unter gleichbleibenden Bedingungen klar das wahrscheinlichere Szenario. Offen gelassen werden muss, wie die Stimmenverhältnisse im Detail ausfallen werden.

Aktuell spricht wenig dafür, dass wir es mit einem Ausnahmefall der Meinungsbildung zu einer Initiative zu tun hätten. Dabei käme zu einem Tabubruch und eine Proteststimmung mobilisiert zusätzlich Unzufriedene. Die Zusammensetzung der Teilnahmewilligen ändert sich sodann zugunsten der Initiative oder es entsteht ein kurzfristiger Meinungswandel im Sinne des Zeichensetzens. Dafür finden wir aktuell keine Hinweise. Nicht ausgeschlossen werden kann jedoch ein Ereignis, das die Kraft hat, die Meinungslage zu kippen und eine Proteststimmung herbeizuführen.

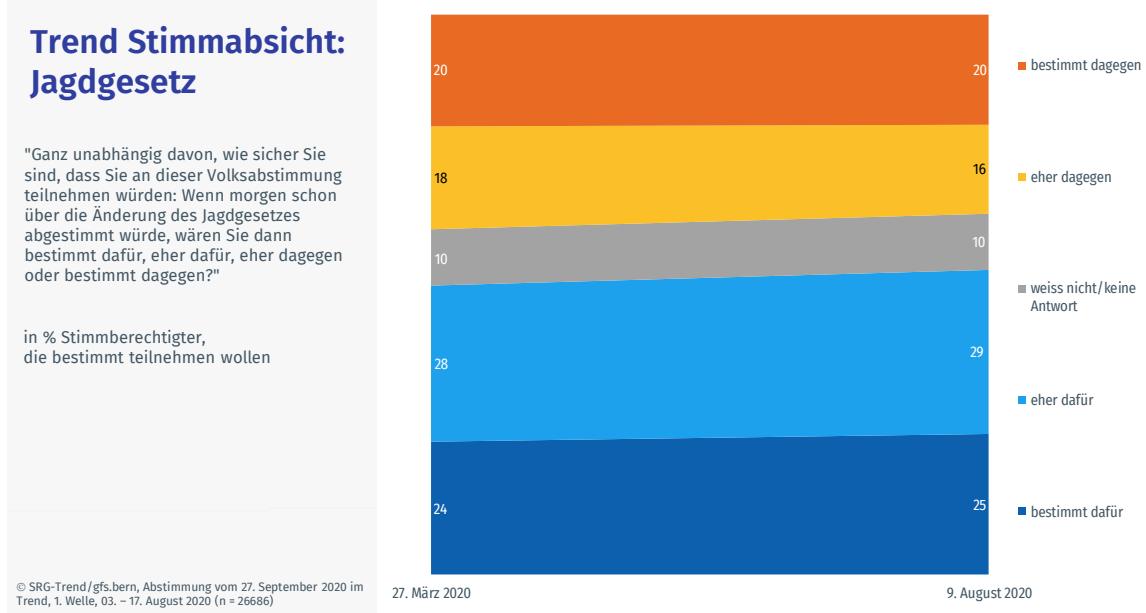
2.3 Jagdgesetz

2.3.1 Vorläufige Stimmabsichten

Rund zwei Monate vor der Abstimmung wollen die Stimmbürger*innen mit einer knappen Mehrheit von 54 Prozent der Teilnahmewilligen "bestimmt" oder "eher" für das Jagdgesetz stimmen. Das Nein-Lager vereinigt 36 Prozent der Stimmbürger*innen und 10 Prozent sind noch unentschlossen.

45 Prozent der Stimmbürger haben sich bereits eine feste Meinung zur Vorlage gebildet. Bei den gefestigten Meinungen reduziert sich der Vorsprung der Ja-Seite auf 5 Prozent.

Grafik 29

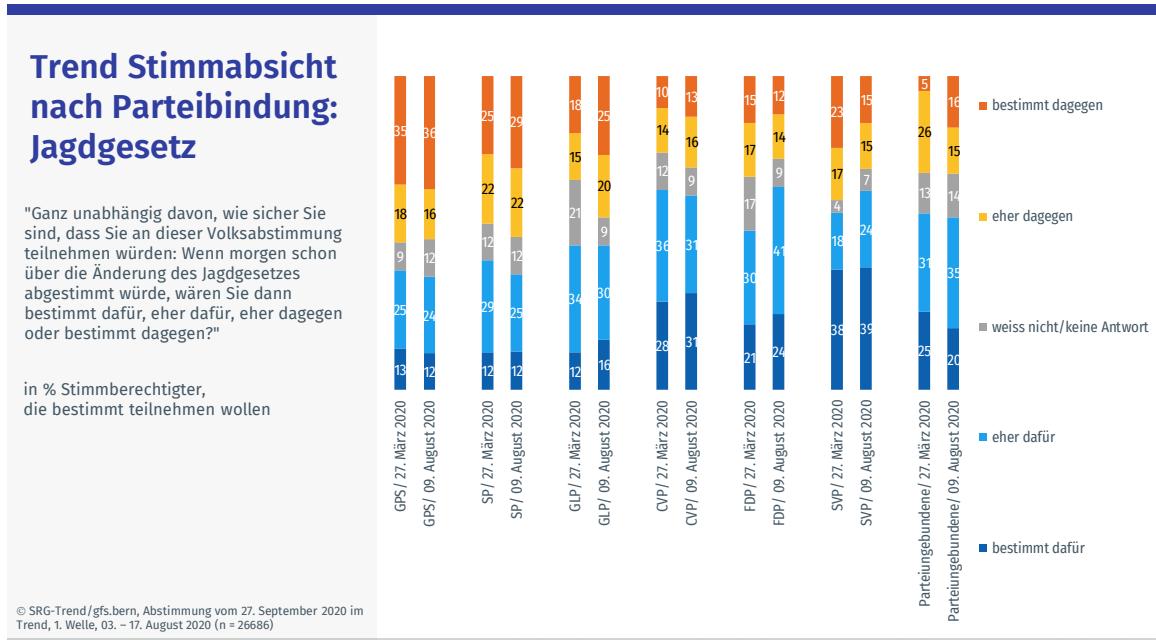


Über das Jagdgesetz hätte während dem Lockdown am 17. Mai 2020 abgestimmt werden sollen. Die in diesem Kontext durchgeführte Befragung hat vergleichbare Werte ergeben. Noch hat kein eindeutiger Meinungstrend eingesetzt, die Ja-Seite startet aber mit Vorsprung in die entscheidende Phase der Meinungsbildung. Die Stimmenden selbst erwarten im Mittel knapp ein Ja als Ausgang der Abstimmung.

2.3.2 Vorläufiges Konfliktmuster

Die Polarisierung zwischen linken und rechten Parteianhängerschaften ist entlang der Parolen erkennbar, aber erst schwach ausgeprägt. Das hat mit der bisher geringen Wirkungen der Parolen zu tun. Über ein Drittel der Anhängerschaften von Grünen und Sozialdemokraten sind zurzeit für die Revision, im Bereich von 30 Prozent aus den Reihen von SVP, FDP und CVP sind zurzeit dagegen. Das ist ein vergleichbarer Wert zu den Parteiungebundenen, allerdings bei noch wenig gefestigten Meinungen.

Grafik 30



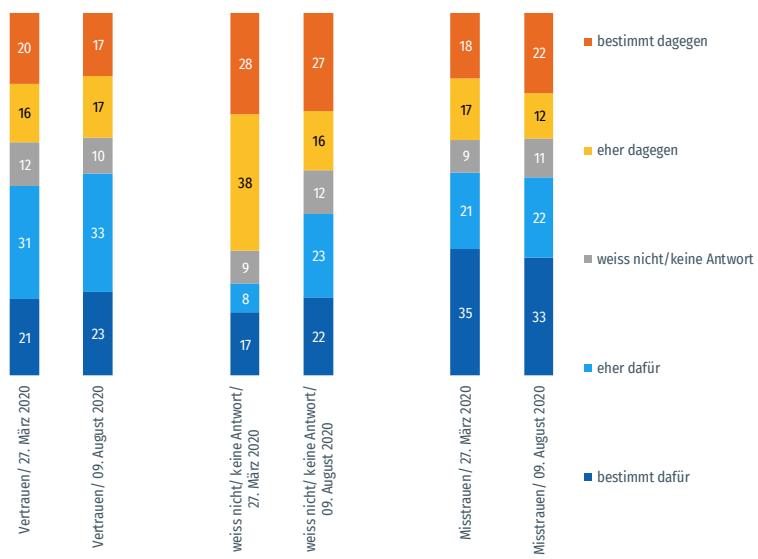
Das Abstimmungsresultat am 27. September 2020 dürfte wenig mit den übrigen Vorlagen und auch wenig mit der Mobilisierung ausserhalb von Umweltschutz- und Jägerkreisen zu tun haben. Bisher polarisiert die Vorlage kaum entlang des Regierungsvertrauens.

Grafik 31

Trend Stimmabsicht nach Regierungsvertrauen: Jagdgesetz

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Änderung des Jagdgesetzes abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



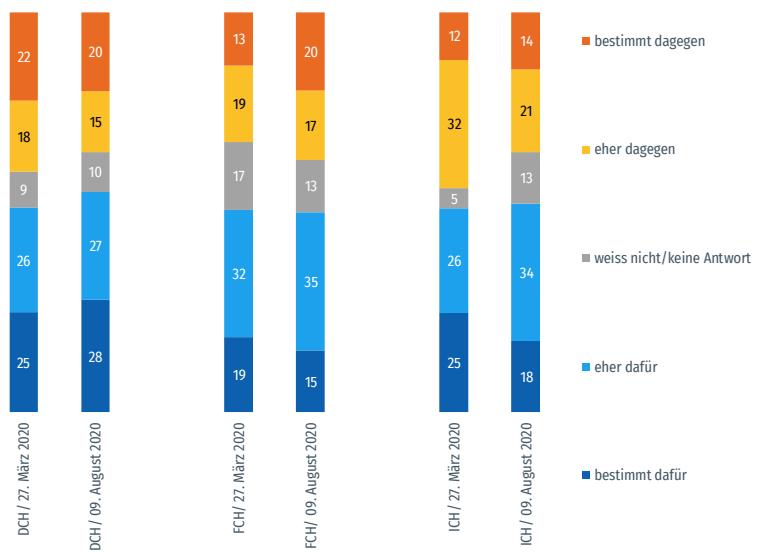
In der lateinischihsprachigen Schweiz ist die Meinungsbildung etwas weniger weit fortgeschritten, die Werte in der Ausgangslage sind jedoch vergleichbar: Einer knappen Mehrheit, die zum Ja neigt, steht eine formierte Gegnerschaft gegenüber, die über einen Drittel ausmacht. In der französischihsprachigen Schweiz wollen mehr Teilnahmewillige als noch im März gegen die Vorlage stimmen.

Grafik 32

Trend Stimmabsicht nach Sprachregion: Jagdgesetz

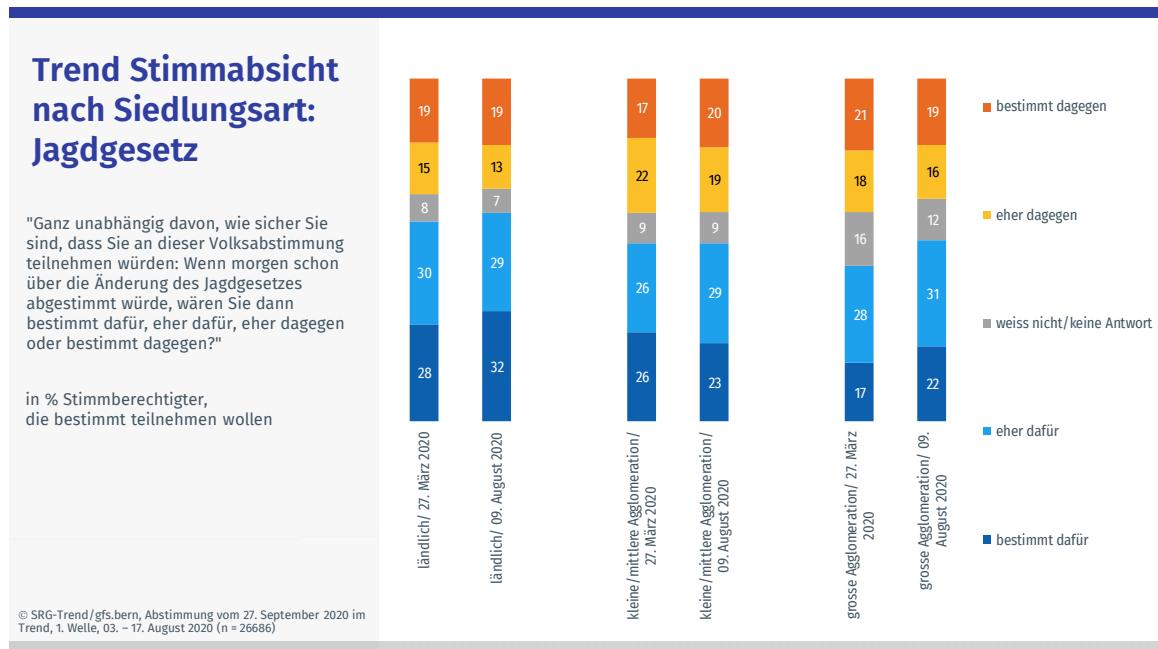
"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Änderung des Jagdgesetzes abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



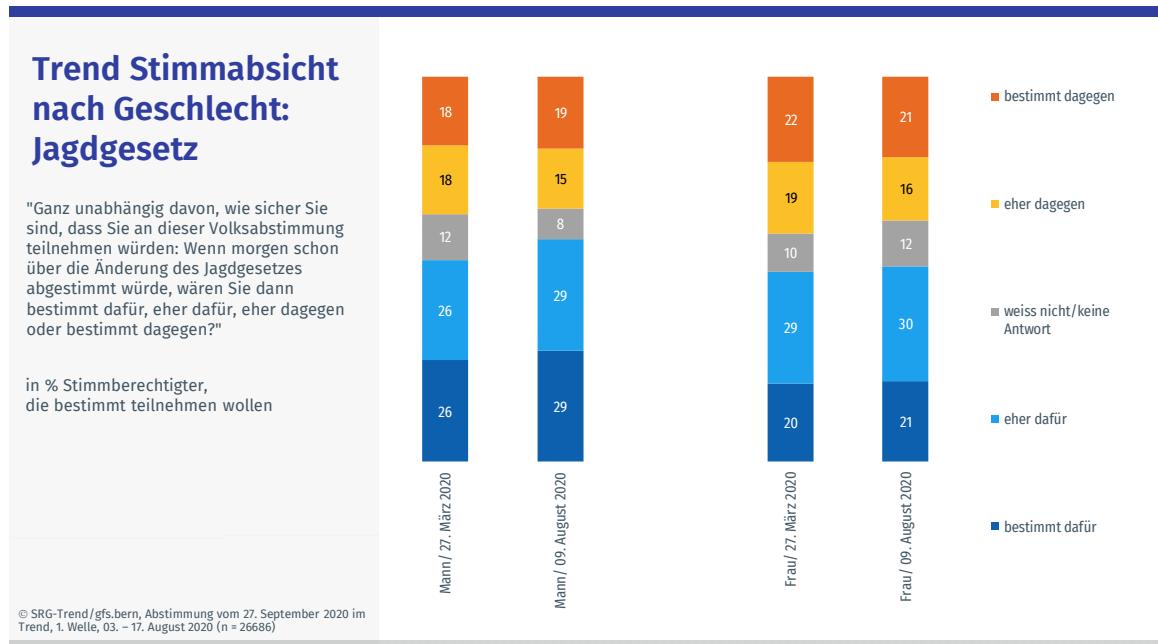
Der Stadt-Land-Graben ist erkennbar: vor allem im ländlichen Raum startet die Ja-Seite mit einem komfortablen Vorsprung. Doch auch im städtischen Raum hält sich eine knappe Ja-Mehrheit.

Grafik 33



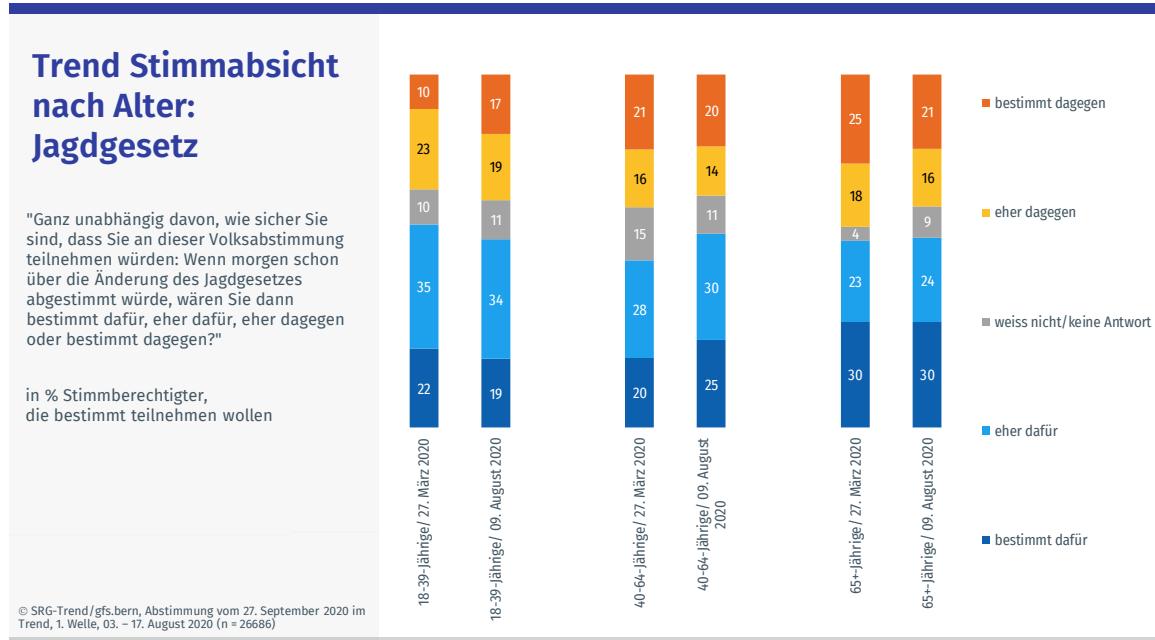
Männer unterstützen die Vorlage deutlich stärker als Frauen, aber auch Frauen sind in der knappen Mehrheit für die Vorlage.

Grafik 34



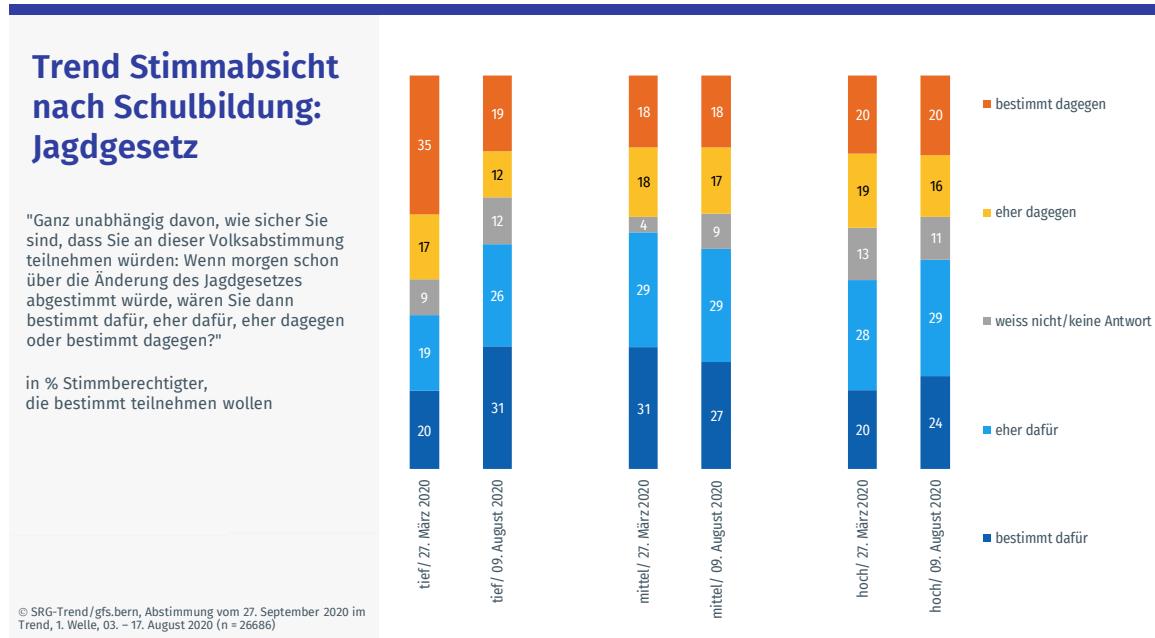
Nach Alter betrachtet, gibt es dagegen bisher kaum nennenswerte Unterschiede bei den Stimmabsichten zum Jagdgesetz.

Grafik 35



Eher noch spielen sozioökonomische Faktoren eine Rolle. Wie das Beispiel der Schulbildung zeigt, jedoch auch nur beschränkt: Tief-, Mittel- und Hochgebildete wollen mehrheitlich zustimmen.

Grafik 36



Unter dem Strich erweist sich das Konfliktmuster am stärksten politisch geprägt, wobei unsicher scheint, wie stark sich die Parolen am Schluss wirklich auswirken. Zurzeit bestehen Unsicherheiten, welche Informationen und Argumente beim Stimmentscheid massgebend sein werden. Bei fünf Abstimmungsvorlagen könnte das Jagdgesetz etwas in

den Hintergrund gedrängt werden, was die Vorteile der Ja-Seite verstärkt. Da die Vorlage aber nur schwach vorbestimmt ist, können Emotionen kurzfristig den Ausgang mitbestimmen. Hier sind vor allem Städter*innen und Bewohner*innen der Agglomerationen interessant, die sich politisch nicht links verorten, aber den Tierschutz hoch gewichten.

2.3.3 Szenarien der weiteren Meinungsbildung

Was bis zum 27. September 2020 geschieht, können wir nicht vorwegnehmen, gerade weil der Meinungsstand trotz langanhaltender Diskussion um das Jagdgesetz noch nicht weit fortgeschritten ist. Fest steht: Die Vorlage ist schwach positiv prädisponiert und startet mit einem labilen Vorsprung in die Phase der Hauptkampagne.

Der Widerstand gegen die Vorlage ist vorhanden, er erfasst aber nicht zusätzliche Stimmberchtigte. Eine neue Dynamik in der Meinungsbildung ist theoretisch denkbar. Die Gegnerschaft war jedoch bereits im Sommer aktiv und konnte dennoch in den letzten Wochen kaum Boden gutmachen. Möglicherweise besteht eine gewisse Meinungsführerschaft der Gegnerschaft im medialen Raum. Andere Abstimmungsvorlagen bewegen die Bevölkerung dagegen stärker. Die Stimmberchtigte selbst gehen eher von einer Annahme aus.

Tabelle 3: Indikatoren der Einschätzung des Jagdgesetzes

Ausprägung	Parlament	Parolen	Erwartung Stimmende	Index Argumente	Erklärung Argumente R^2	Stimmabsichten	Prädisposition
dafür	NR: 62% SR: 64%	CVP, BDP, (FDP), SVP	52%	-		54%	
dagegen	NR: 38% SR: 36%	GPS, SPS, GLP		-		36%	
					-	45%	

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 1. Welle, 03.–17. August 2020 (n = 26686)

Noch sind beide typischen Szenarien denkbar: Ein weiterhin geringer Meinungsaufbau Richtung Ja, aber auch ein Meinungsaufbau Richtung Nein, der eine Ablehnung der Vorlage nahelegen würde. Das zweite Szenario bedarf einer erkennbaren Steigerung der Präsenz und der Emotionalisierung der Nein-Kampagne. Sie müsste die Meinungsführerschaft erringen und das tendenziell auf Kosten der anderen, intensiv diskutierten Vorlagen. Für dieses Szenario gibt es noch keine verwertbaren Mediendaten.

Ein Ja zum Jagdgesetz ist bei der vorgefundenen Ausgangslage etwas wahrscheinlicher als ein Nein. Einschätzungen zur Höhe des Ja-Anteils werden aber frühestens mit der zweiten SRG-Trendumfrage mit besserem Verständnis der Dynamik der Meinungsbildung möglich.

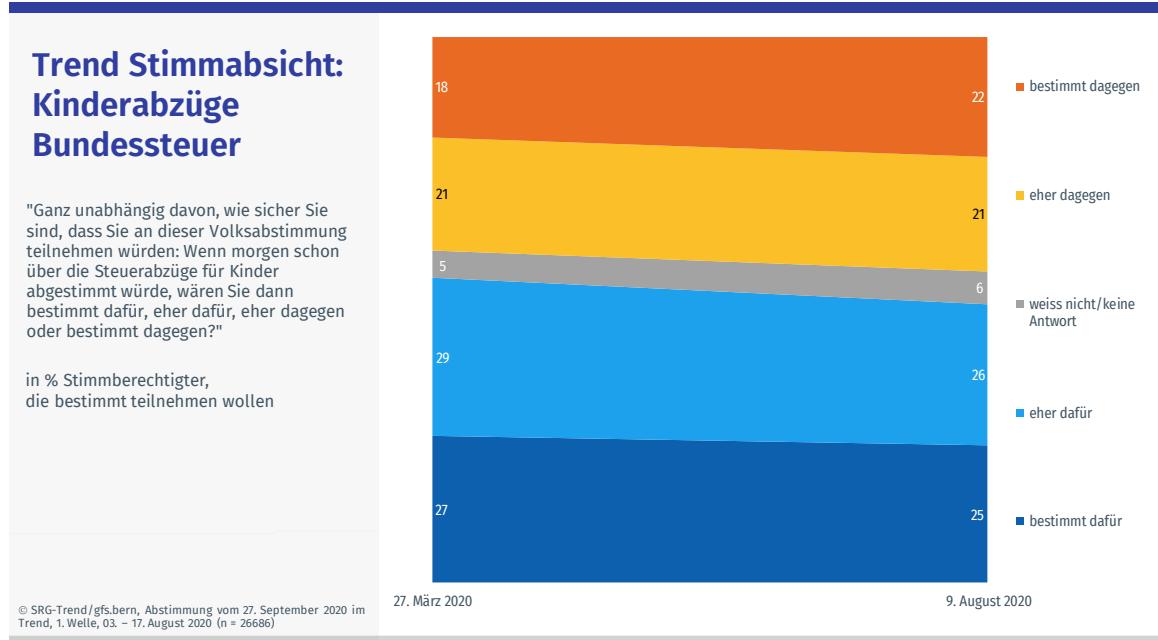
2.4 Steuerabzüge für Kinder

2.4.1 Vorläufige Stimmabsichten

Wäre bereits am 9. August über die Steuerabzüge für Kinder abgestimmt worden, hätte die Vorlage eine knappe Zustimmungsmehrheit gefunden: 51 Prozent der befragten Stimmberechtigten mit fester Teilnahmeabsicht hätten ein Ja in die Urne gelegt, 43 Prozent ein Nein.

Bleiben 6 Prozent Unentschiedene, welche zusammen mit den 47 Prozent tendenziell Entschiedenen darauf hinweisen, dass die Meinungen zu den Steuerabzügen für Kinder noch wenig gefestigt sind. In Kombination mit dem lediglich knappen Vorsprung der Ja-Seite von 8 Prozentpunkten wird deutlich, dass die Hauptkampagnenphase für den Abstimmungsausgang entscheidend sein wird.

Grafik 37



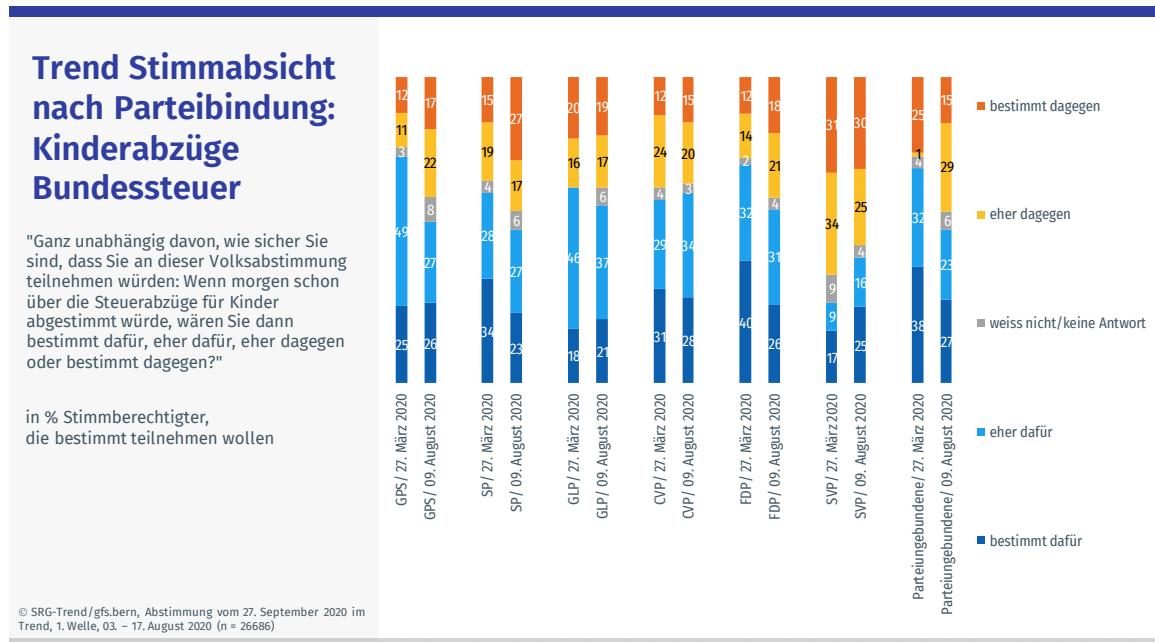
In der dynamischen Perspektive zeigt sich, dass das befürwortende Lager unter Druck geraten ist, denn noch im März 2020 war der Vorsprung der Ja-Seite grösser als aktuell.

2.4.2 Vorläufiges Konfliktmuster

Das parteipolitische Konfliktmuster verlief im März noch entlang der Links-rechts-Achse: Linke und Mitte-Wählerschaften sprachen sich zusammen mit Parteiungebundenen deutlich für die Vorlage aus, SVP-nahe Wähler*innen dagegen. Damit standen die Wählerschaften der Grünen, der SP, der GLP und der SVP mehrheitlich nicht auf der Seite ihrer jeweiligen Parteispitzen. Allerdings zeigt der Trend, dass ein Angleich der Parteibasis an die Position der Parteieliten im Gang ist. Im Links-grünen Lager sinken die Zustimmungsmehrheiten und sind nun nur noch knapp im Ja. Ebenso bei Parteiungebundenen. Die Stimmabsichten der Mitte-Wählerschaften erweisen sich als stabil im Ja. Im Umfeld der SVP dagegen steigt der Ja-Anteil, bleibt aber minderheitlich.

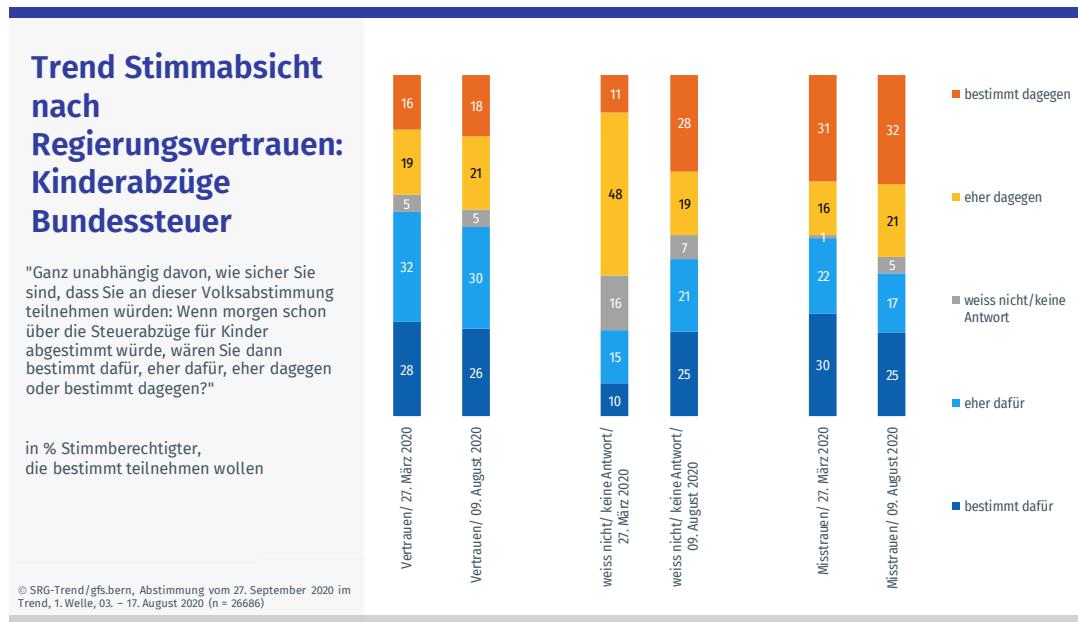
Die Trends zeigen, dass die Meinungsbildung noch bei weitem nicht abgeschlossen ist und die existierenden Differenzen zwischen den Parteibasen und -eliten sprechen dafür, dass sich noch grössere Verschiebungen in den Stimmabsichten einstellen könnten.

Grafik 38



Auch die zweite politische Variable, das Regierungsvertrauen, erweist sich als relevant. Wer der Regierung vertraut ist grundsätzlich für Steuerabzüge für Kinder, wer ihr misstraut dagegen. Dabei ist die Zustimmung seit März in beiden Lagern leicht rückläufig.

Grafik 39



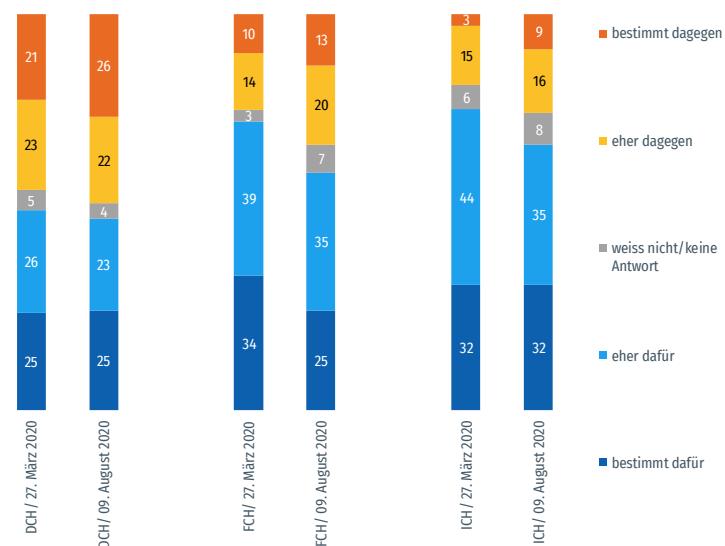
Knapp mehr als die Hälfte der Deutschschweizer*innen haben eine feste Meinung zur Vorlage (bestimmt dafür oder bestimmt dagegen). Gegner*innen und Befürworter*innen halten sich die Waage. Anders ist es in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz, wo sich (noch) deutliche Mehrheiten für das Vorhaben aussprechen, die Meinungsbildung jedoch zurückbleibt. Die Trends verlaufen flächendeckend zu Ungunsten der Vorlage; in der lateinischsprachigen Schweiz jedoch deutlicher als in der Deutschschweiz, auch wenn die Mehrheiten nach wie vor deutlich im Ja bleiben.

Grafik 40

Trend Stimmabsicht nach Sprachregion: Kinderabzüge Bundessteuer

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Steuerabzüge für Kinder abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 1. Welle, 03. – 17. August 2020 (n = 26686)

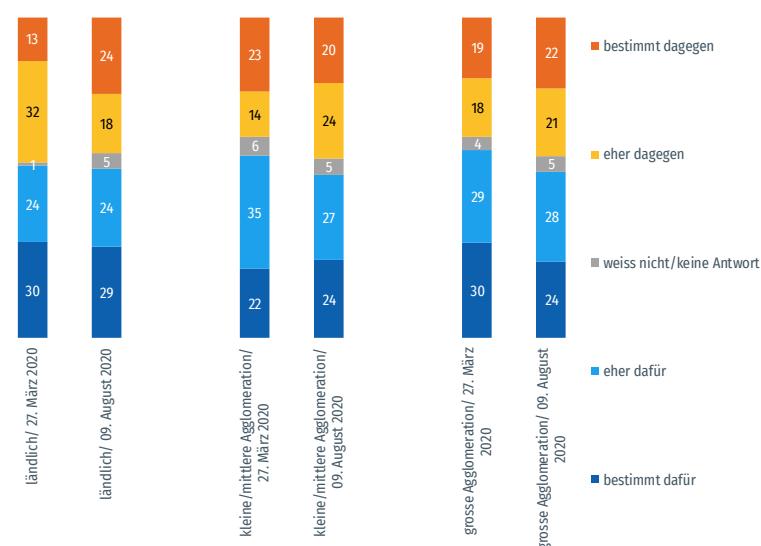
Vom Land über die kleinen und mittleren Agglomerationen bis in die Städte finden die Steuerabzüge für Kinder knappe Zustimmungsmehrheiten. In den Städten und den kleinen und mittleren Agglomerationen ist die anfängliche Zustimmung jedoch stärker unter Druck geraten als auf dem Land.

Grafik 41

Trend Stimmabsicht nach Siedlungsart: Kinderabzüge Bundessteuer

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Steuerabzüge für Kinder abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

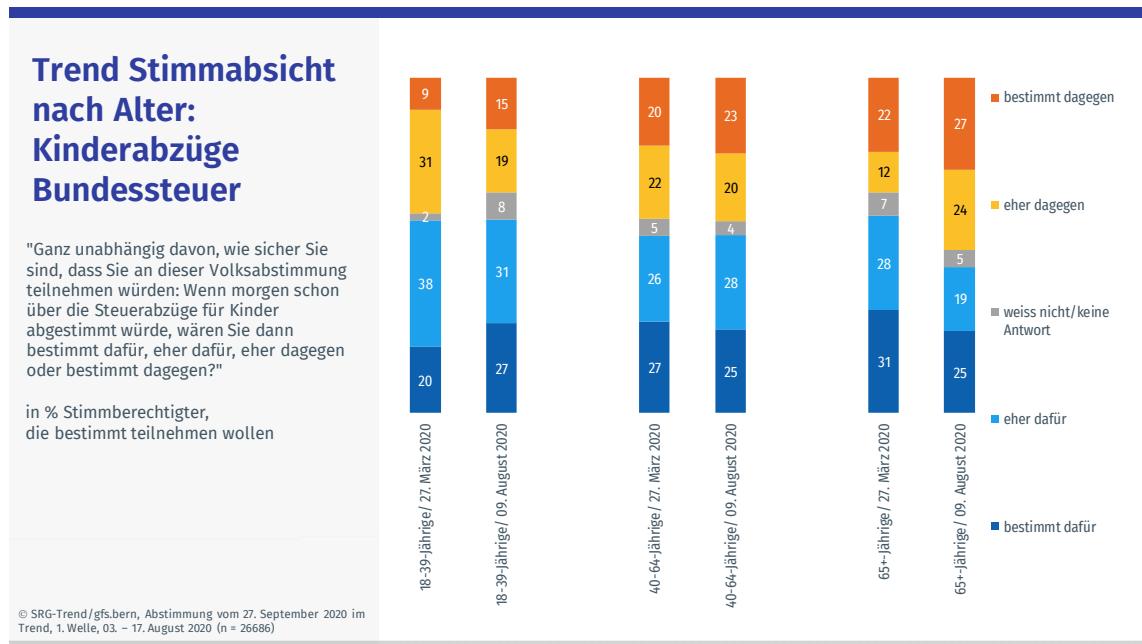
in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 1. Welle, 03. – 17. August 2020 (n = 26686)

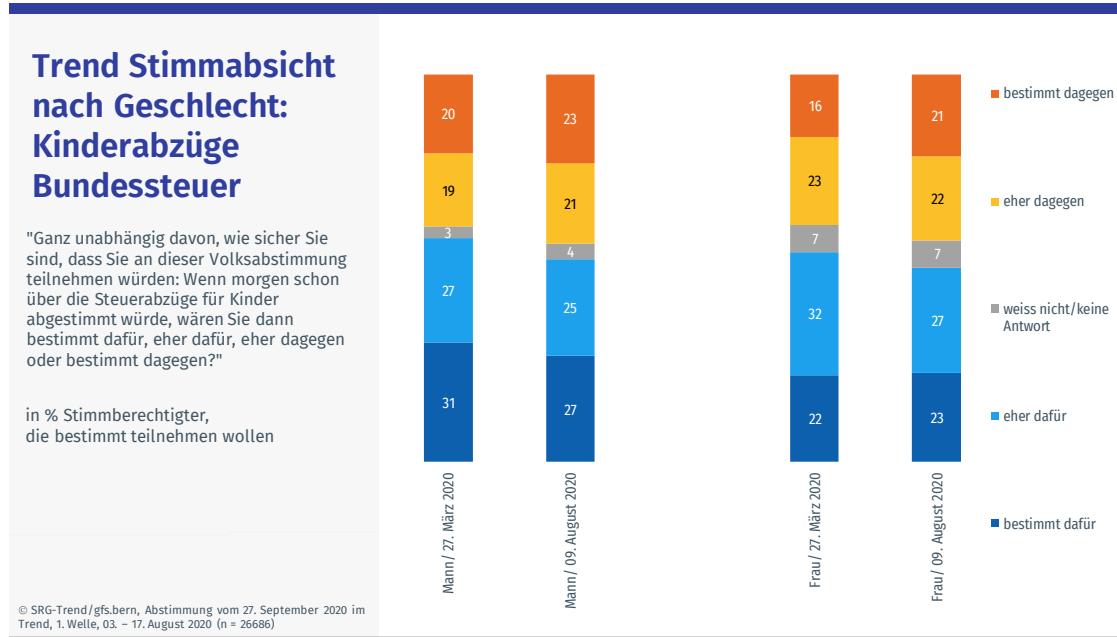
Deutlich zu erkennen ist ein Alterseffekt; Pensionierte äussern sich aktuell, nach Einsetzen eines deutlichen Nein-Trends, knapp gegen Steuerabzüge für Kinder. Jüngere Teilnahmewillige sind – im Falle der mittleren Altersgruppe knapp – für die Vorlage.

Grafik 42



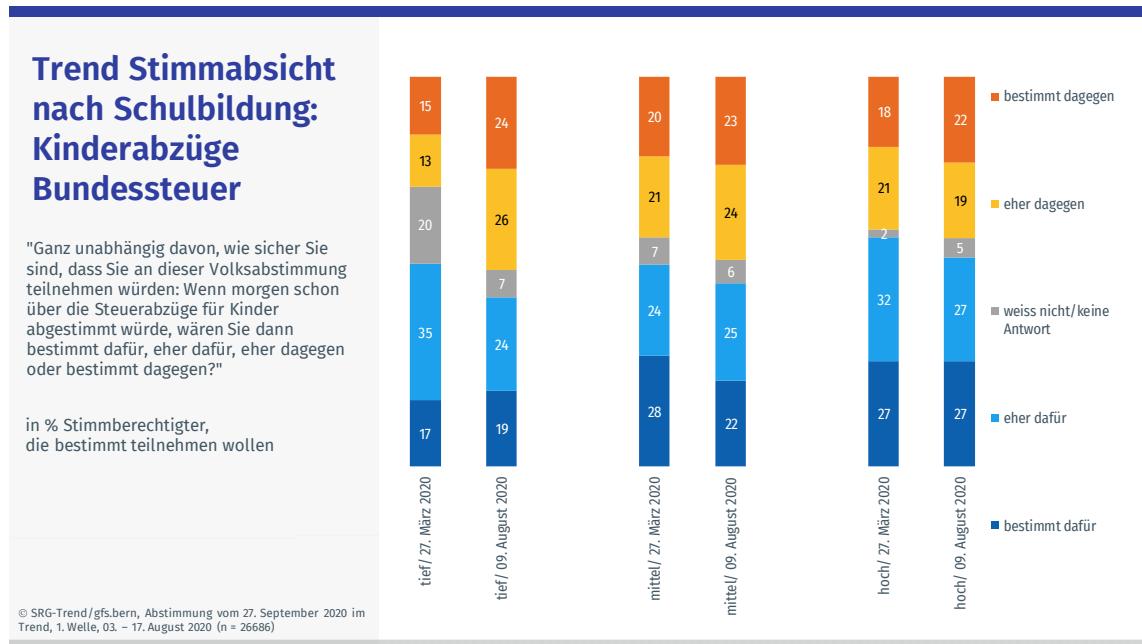
Das Geschlecht spielt bei dieser Entscheidung jedoch eine untergeordnete Rolle. Männer wie Frauen sprechen sich knapp für Steuerabzüge für Kinder aus, der Trend verläuft aber in beiden Gruppen Richtung Ablehnung.

Grafik 43



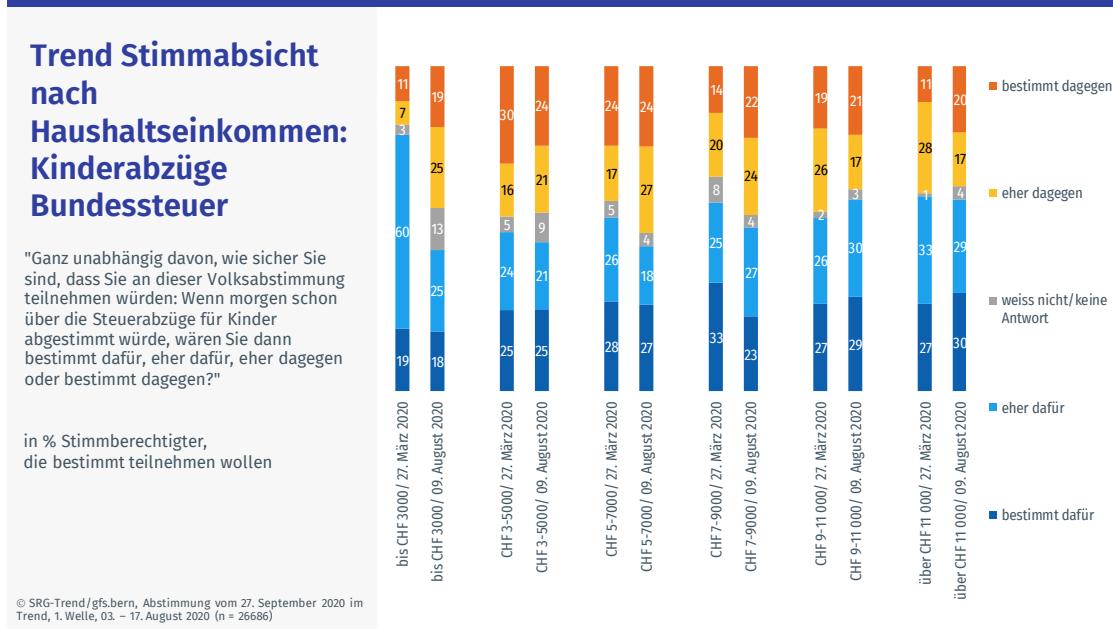
Auch in den verschiedenen Bildungsgruppen sind die Nein-Anteile seit März angestiegen. Am deutlichsten bei Teilnahmewilligen mit tiefer Bildung, welche die Vorlage im August mehrheitlich abgelehnt hätten. Eine Zustimmungsmehrheit finden die Steuerabzüge für Kinder nur noch bei Hochgebildeten, denn in der mittleren Bildungsgruppe hat der Nein-Trend eine Pattsituation herbeigeführt.

Grafik 44



Das übersetzt sich auf die Einkommensgruppen: Je tiefer das Haushaltseinkommen, desto deutlicher der Nein-Trend. Mehrheitliche Zustimmung finden Steuerabzüge für Kinder nur noch bei Teilnahmewilligen aus Haushalten mit Einkommen von über 9'000 Franken.

Grafik 45



Damit ist das Konfliktmuster zu den Steuerabzügen für Kinder einerseits von Betroffenheit respektive erwartbarem Nutzen der Vorlage (hohe Einkommen, hohe Bildung, Junge im Ja) und andererseits von politischen Grössen geprägt.

2.4.3 Szenarien der weiteren Meinungsbildung

Die Entscheidung über Steuerabzüge für Kinder ist nur schwach prädisponiert, was sich am tiefen Anteil Festentschiedener und dem knappen Mehrheitsverhältnis zeigt. Der Abstimmungskampf wird bei dieser Entscheidung wegweisend sein, weshalb es schwierig ist, die Entwicklung der Meinungsbildung bis zum 27. September vorwegzunehmen. Wir können die Möglichkeiten aber eingrenzen.

Aufgrund der Resultate der vorliegenden Umfrage ist zu erwarten, dass die Meinungsbildung zu den Steuerabzügen für Kinder in weitem Masse noch ausstehend ist.

Erstens ist der Vorsprung der Ja-Seite mit 8 Prozentpunkten nur knapp und es finden sich noch viele lediglich tendenziell Entschiedene (47%) oder Unentschiedene (6%). Das Meinungsbild ist also noch wenig gefestigt (47% fest Entschiedene).

Das Konfliktmuster zeigt sich zweitens noch wenig akzentuiert und es finden sich erhebliche Elite-Basis-Konflikte bei den Parteiwählerschaften im links-grünen Spektrum, wenn auch ein Angleich der Stimmabsichten der Parteibasen an die Positionen der Eliten eingesetzt hat.

Drittens folgen die Trends in den verschiedenen Untergruppen keinem eindeutigen Muster.

Diese Faktoren sprechen dafür, dass der Meinungsbildungsprozess für erhebliche Teile des Elektorates noch ausstehend ist. Als logische Folge davon ist auch der Raum für Veränderungen in den Stimmabsichten eher gross und die dünne Ja-Mehrheit entsprechend wenig gesichert.

Komplettiert wird dieses vorgefundene eher offene Meinungsbild durch die Einschätzung der Stimmberechtigten zum Abstimmungsausgang: Die Mehrheit des Stimmvolks (55%) geht zwar aktuell von einer Annahme der Vorlage aus. Es sind aber deutlich weniger als noch im März 2020 (61%). Sie schätzen den Ja-Anteil der Abstimmung über die Steuerabzüge für Kinder im Mittel aber auf knappe auf 51 Prozent.

Tabelle 4: Indikatoren der Einschätzung der Kinderabzüge Bundessteuer

Ausprägung	Parlament	Parolen	Erwartung Stimmende	Index Argumente	Erklärung Argumente R ²	Stimmabsichten	Prädispositionierung
dafür	NR: 68% SR: 60%	CVP, BDP, (FDP), (SVP)	51%	-		51%	
dagegen	NR: 32% SR: 29%	GPS, SPS, GLP		-		43%	
							47%

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 1. Welle, 03.–17. August 2020 (n = 26686)

Für den weiteren Meinungsverlauf zur Vorlage sind grundsätzlich drei Szenarien denkbar. Erstens: Die Meinungsbildung passt sich einseitig der Behördenposition an. Der Ja-Anteil steigt, während der Nein-Anteil sich bestenfalls halten kann. Aufgrund der schwach positiven Prädisposition würde die Vorlage entsprechend angenommen.

Zweitens wäre es ebenso denkbar, dass die Vorlage stärker polarisiert und der Ja-, wie auch der Nein-Anteil im Verlauf des Abstimmungskampfes steigen könnten. Aufgrund der positiven Prädisposition würde die Vorlage auch in diesem Fall angenommen.

Drittens könnte eine einseitige Polarisierung Richtung Nein einsetzen, wenn die Gegnerschaft argumentativ die Oberhand gewinnt. Aufgrund des knappen Vorsprungs der Ja-Seite wäre eine Umkehr der Mehrheitsverhältnisse durchaus denkbar.

Der vorgefundene Trend entspricht am ehesten dem dritten Szenario. Allerdings existieren aufgrund der speziellen Umstände bedingt durch die Corona-Krise und dem grossen Abstand zwischen den beiden Befragungen erhebliche Unsicherheiten in der Interpretation dieses Trends. Erst mit der zweiten (regulären) SRG-Trendumfrage unter Kenntnis der Dynamik der Meinungsbildung während der Kampagnenphase werden genauere Einschätzungen zum Abstimmungsausgang möglich. Vorerst muss die Entscheidung als offen eingestuft werden.

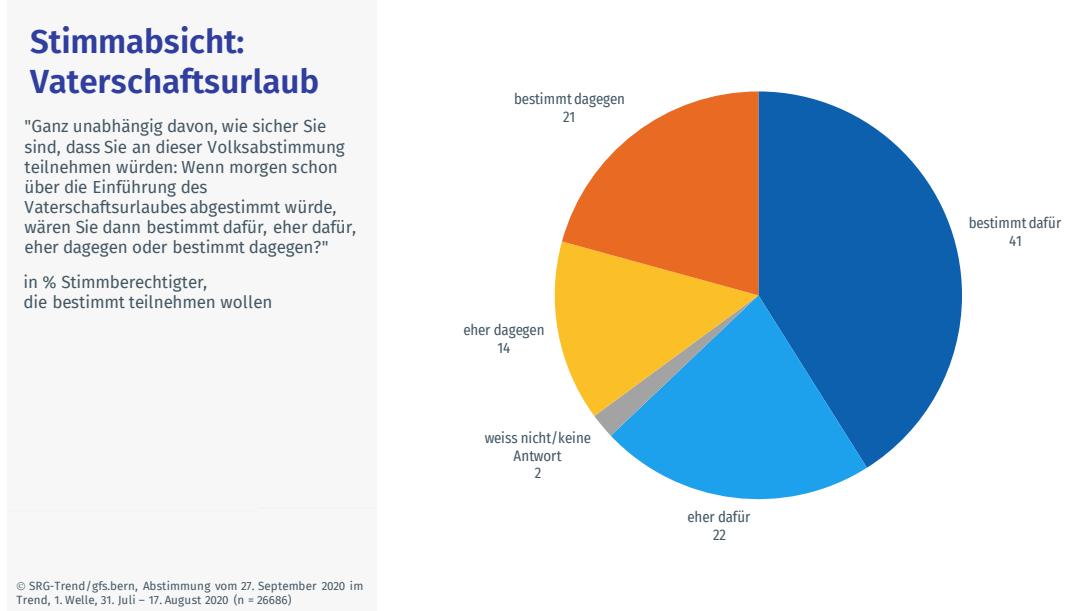
2.5 Vaterschaftsurlaub

2.5.1 Vorläufige Stimmabsichten

Eine klare Mehrheit von 63 Prozent der Teilnahmewilligen will "bestimmt" oder "eher" für die Einführung eines zweiwöchigen Vaterschaftsurlaubes stimmen. 35 Prozent äussern sich eher oder klar dagegen. Nur 2 Prozent sind noch unentschieden. Der Vorsprung der Ja-Seite beträgt in der Ausgangslage 28 Prozentpunkte.

62 Prozent der Stimmbürger haben sich bereits eine feste Meinung zur Vorlage gebildet und auch hier führt die Ja-Seite mit 41 zu 21 Prozent deutlich.

Grafik 46



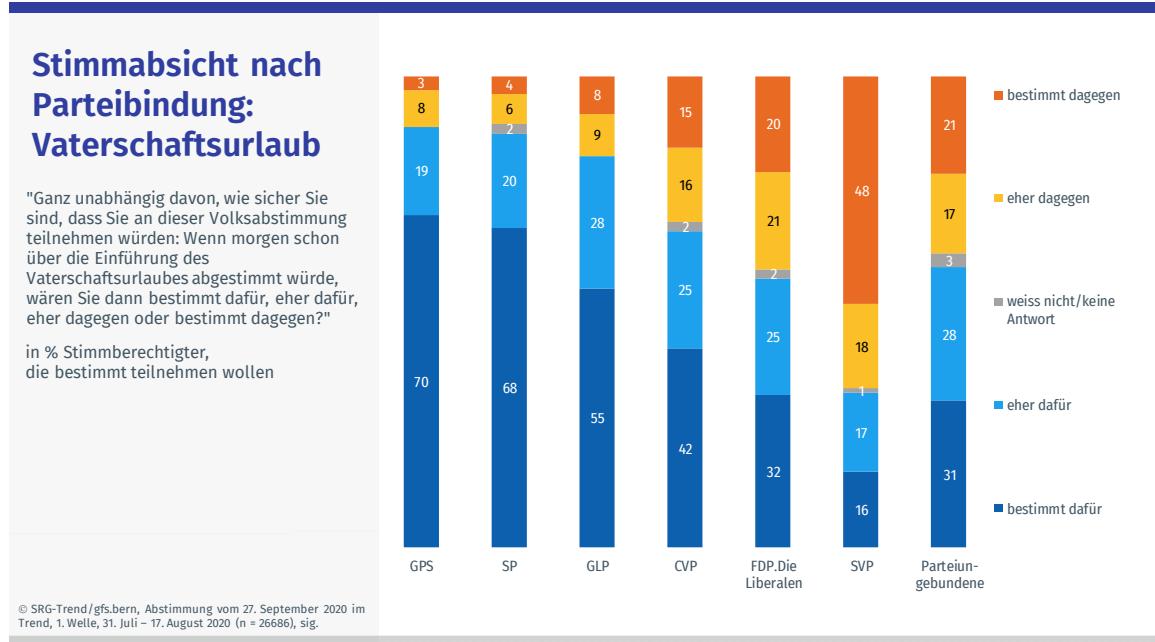
Auch wenn die Hauptkampagnenphase erst gerade beginnt, reduziert das eindeutig positive und bereits gefestigte Meinungsbild die Wahrscheinlichkeit von grösseren Verschiebungen in den Stimmabsichten. Der Ja-Anteil mag sich noch verändern, die Zustimmungsmehrheit scheint jedoch solid.

2.5.2 Vorläufiges Konfliktmuster

Die Anhänger*innen der SVP lehnen die Vorlage mehrheitlich ab. Alle anderen Parteianhängerschaften, wie auch parteiungebundene Wähler*innen, sind im Ja. Bei Sympathisant*innen der Grünen, der SP und der GLP ist dies deutlicher der Fall als bei Anhänger*innen der CVP und FDP oder bei Parteiungebundenen.

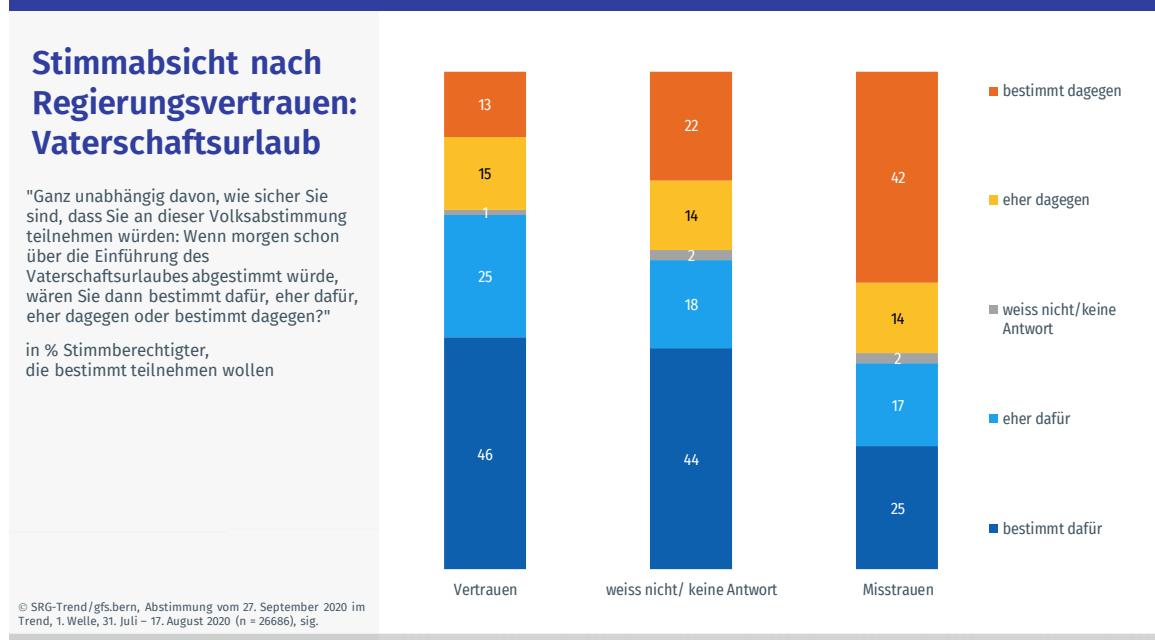
Damit folgen die Wähler*innen der sechs grössten Parteien mehrheitlich der Parole ihrer jeweiligen Partei. Oder anders ausgedrückt: Bei keiner Partei gibt es derzeit einen Elite-Basis Konflikt. Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass sich kaum grosse Verschiebungen in den Mehrheitsverhältnissen einstellen werden.

Grafik 47



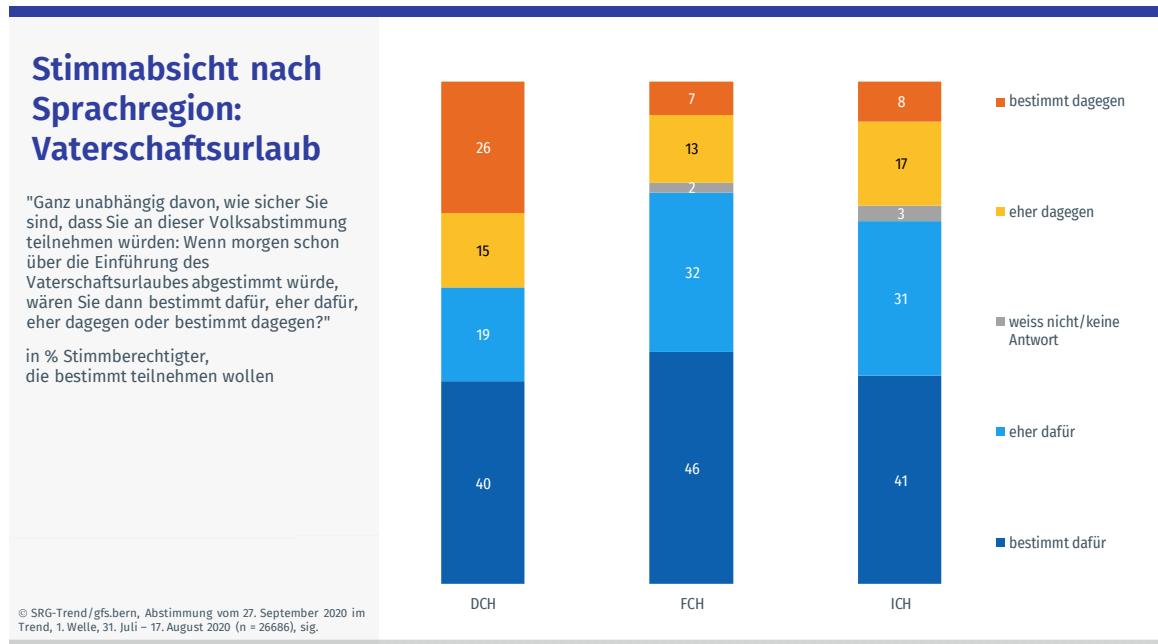
Entlang der zweiten politischen Grösse – dem Regierungsvertrauen – finden sich ebenfalls unterschiedliche Mehrheiten. Bürger*innen, welche der Regierung grundsätzlich vertrauen, unterstützen die Vorlage deutlich. Bürger*innen, die jedoch der Regierung misstrauen, sind gegen die Einführung eines Vaterschaftsurlaubes.

Grafik 48



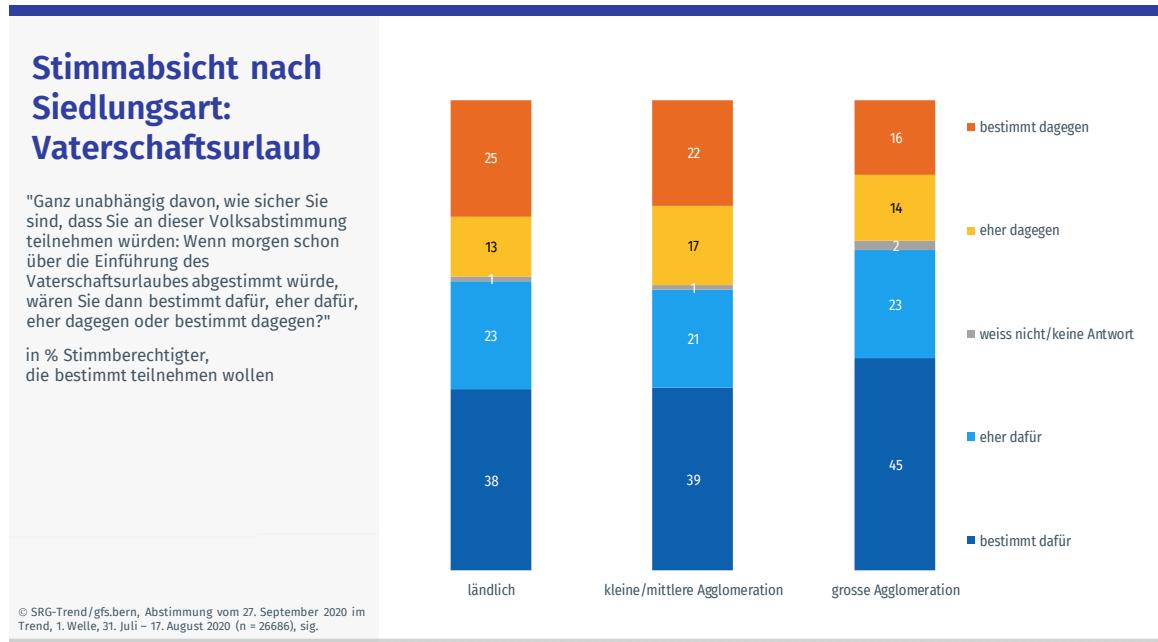
Das Meinungsbild erweist sich über die Sprachgrenzen hinweg als gefestigt und es fällt überall mehrheitlich zugunsten des Vaterschaftsurlaubs aus. Am höchsten ist die Zustimmung in der französischsprachigen gefolgt von der italienischsprachigen Schweiz. Mehrheitlich ist die Zustimmung auch in der Deutschschweiz, allerdings zeigt sich dort am ehesten Widerstand gegen die Vorlage.

Grafik 49



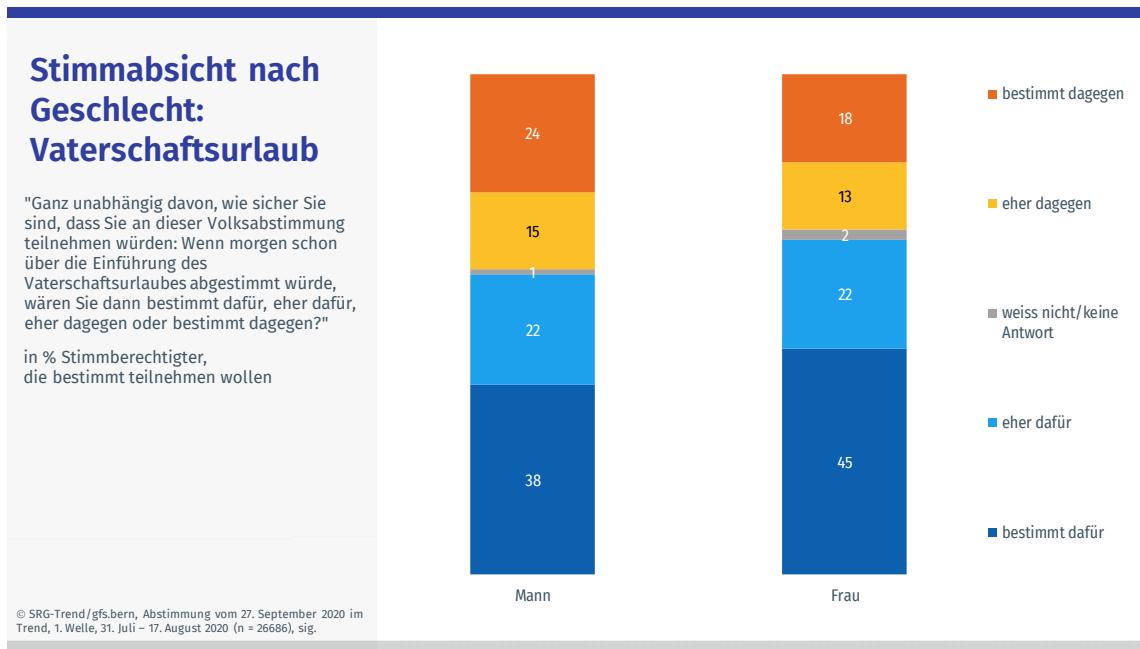
Auch die Analyse der Siedlungsgebiete verweist auf flächendeckende Zustimmung, wo bei diese im urbanen Raum deutlicher ausfällt als in ländlichen Gebieten der Schweiz.

Grafik 50



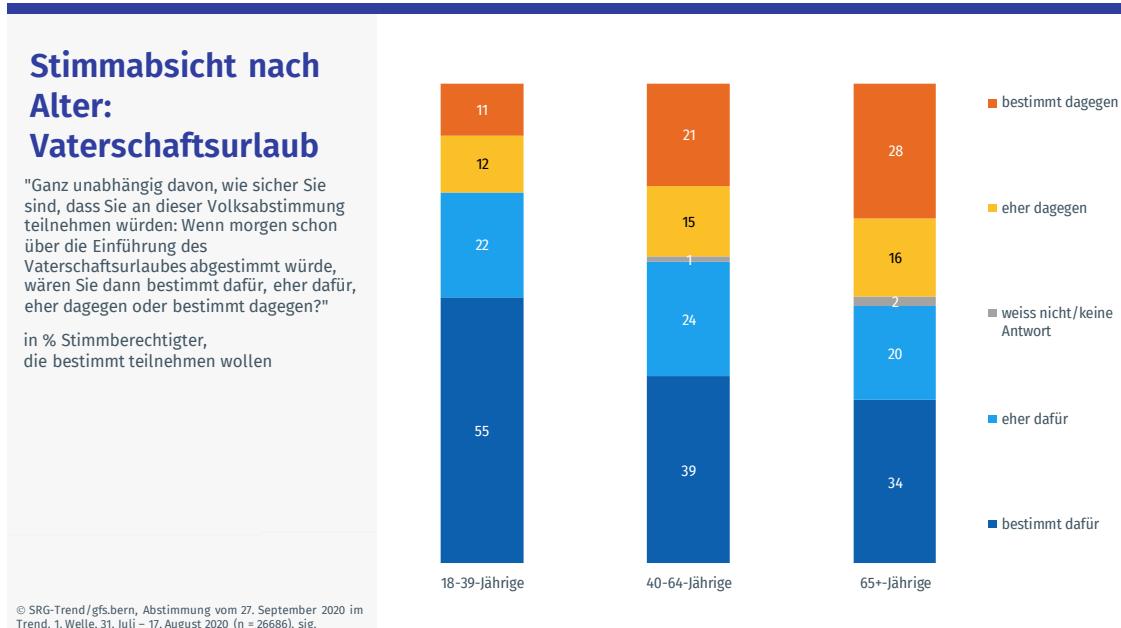
Signifikant sind zudem die Unterschiede nach Geschlecht und Alter. Dabei gilt, dass Männer wie Frauen den Vaterschaftsurlaub mehrheitlich annehmen wollen, Frauen jedoch deutlicher als Männer.

Grafik 51



Ausserdem ist die Frage Vaterschaftsurlaubs eine Generationenfrage oder eine Betroffenheitsfrage ist. Die Zustimmung der jüngsten Altersgruppe ist der Vorlage sicher, dann nimmt sie mit zunehmendem Alter ab.

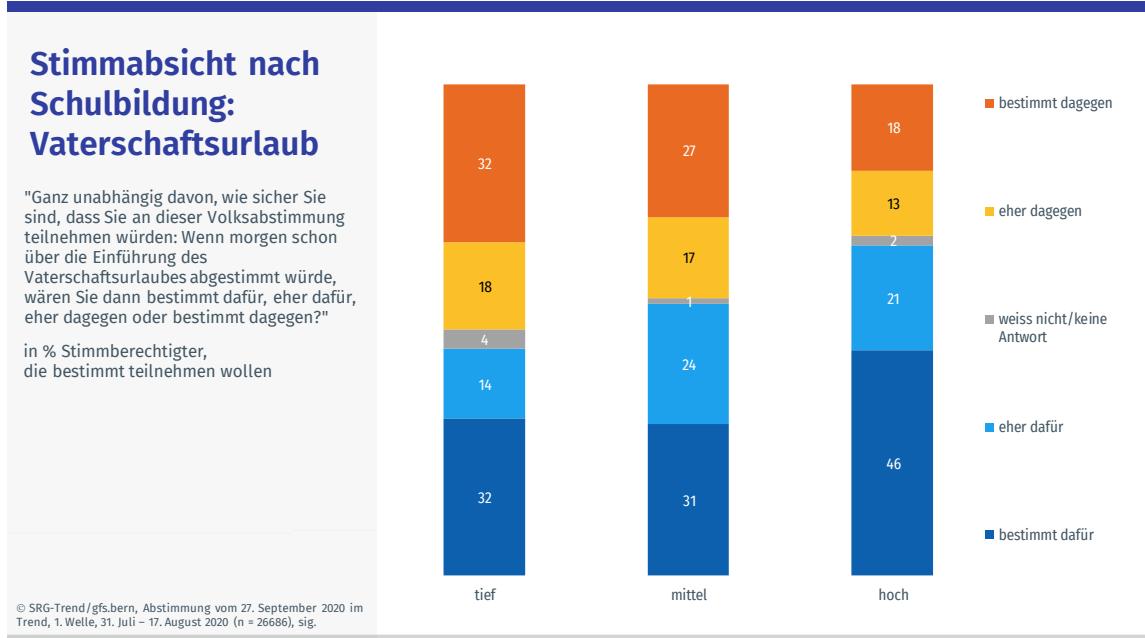
Grafik 52



Signifikante Unterschiede finden sich weiter bei sozioökonomische Faktoren, wobei der Bildungsstand eine wichtigere Rolle spielt als das Einkommen. Tief Gebildete hätten den Vaterschaftsurlaub nämlich als dritte Wähler*innengruppe am 9. August mehrheitlich

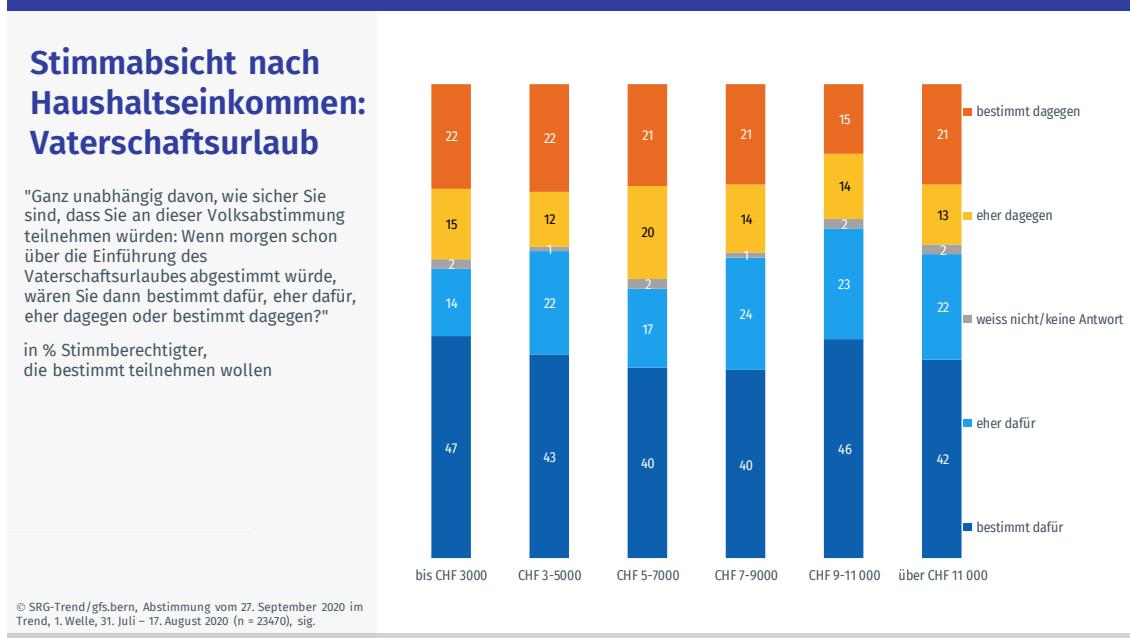
abgelehnt. Mittel- und Hochgebildete hätten der Vorlage in der Ausgangslage mehrheitlich zugestimmt.

Grafik 53



In den Einkommensgruppen findet sich kein solch deutlicher Effekt. Alle hätten den Vaterschaftsurlaub angenommen.

Grafik 54



Das Konfliktmuster erweist sich zusammenfassend als politisch und soziökonomisch geprägt. Die (bisher) einzigen mehrheitlich ablehnenden Gesellschaftsgruppen sind SVP-Wähler*innen, regierungsmisstrauische Kreise und tief Gebildete. Ansonsten herrscht – zumindest in der Ausgangslage – breiter gesellschaftlicher Konsens in der Frage des Vaterschaftsurlaubs.

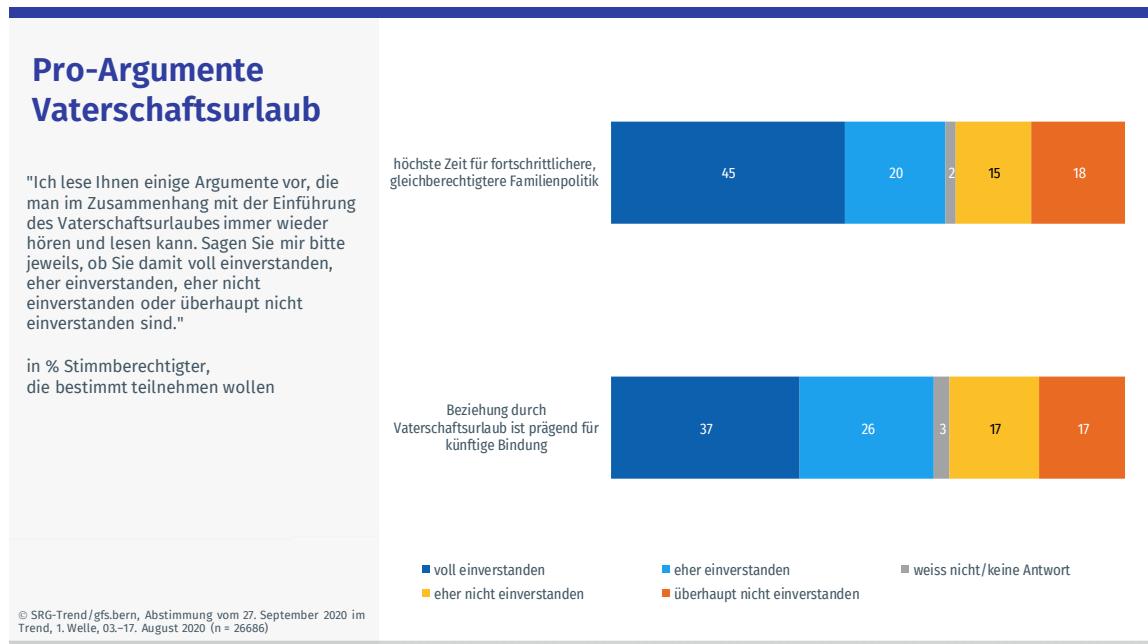
2.5.3 Argumententest

Derzeit will nicht nur eine klare Mehrheit der Befragten für die Behördenvorlage votieren, auch argumentativ ist die Pro-Seite im Vorteil.

Die Idee des Vaterschaftsurlaubs überzeugt vor allem, weil man findet, es sei höchste Zeit für eine gleichberechtigte und fortschrittliche Familienpolitik.

Auch das Argument, dass Väter durch den Vaterschaftsurlauf eine engere Bindung zu ihren Kindern aufbauen und das prägend für die künftige Beziehung sei, wird mehrheitlich geteilt, ist aber weniger relevant für einen Stimmentscheid.

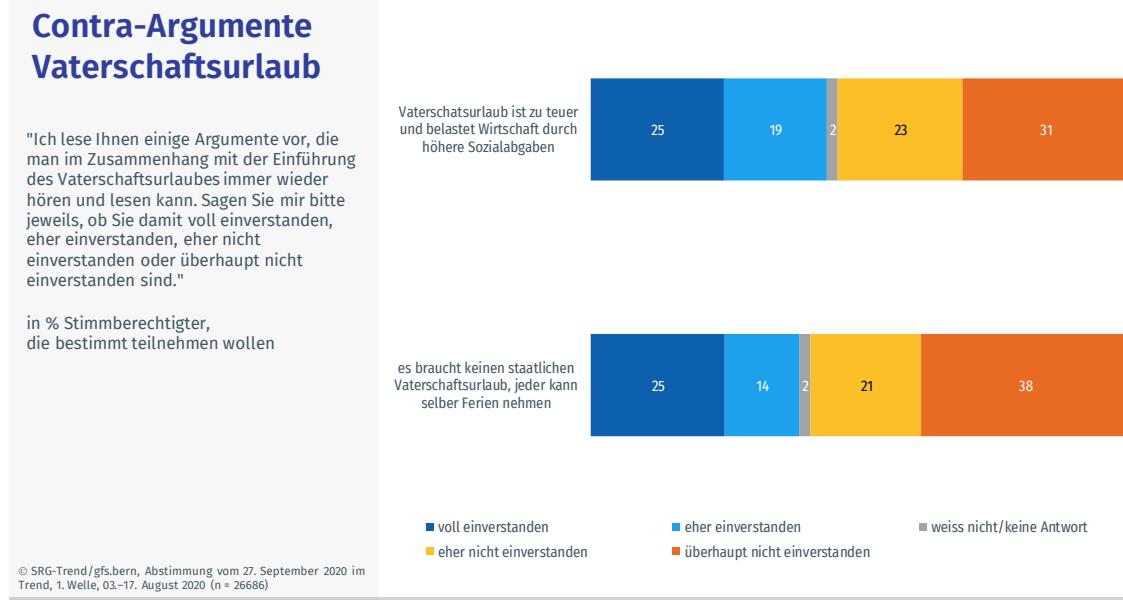
Grafik 55



Die Contra-Seite überzeugt weniger, denn wenn sie argumentiert, dass ein Vaterschaftsurlaub zu teuer sei und die Wirtschaft durch höhere Sozialabgaben belaste, widerspricht ihr eine Mehrheit.

Gleichermaßen gilt für das Argument, dass es keinen staatlichen Vaterschaftsurlaub brauche, weil ja jeder einfach Ferien nehmen könne (59% eher/überhaupt nicht einverstanden).

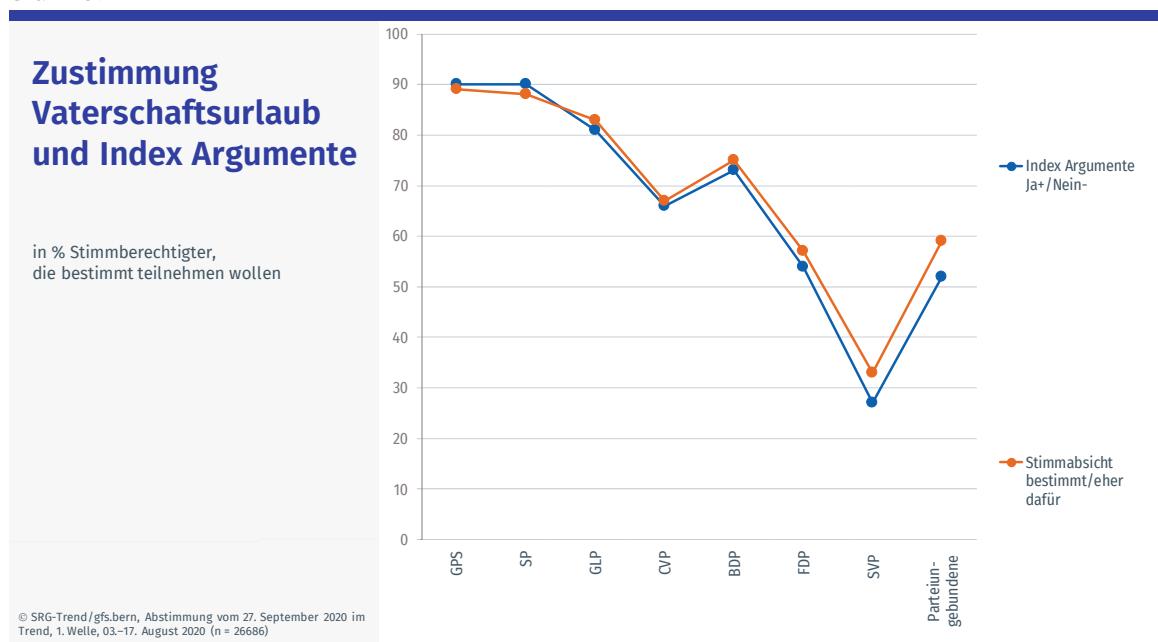
Grafik 56



Addiert man die Bewertungen der einzelnen Argumente, stehen 60 Prozent der teilnahmewilligen Stimmberchtigten den Botschaften der Pro-Seite näher. 35 Prozent stehen argumentativ der Haltung der Nein-Seite näher. Damit liegt der Anteil der Personen, welche auf der argumentativen Ebene eher für die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs sind, leicht unter den geäusserten Stimmabsichten.

Wie die nachfolgende Grafik zeigt, könnte dies im SVP- und FDP-Umfeld sowie bei Parteiungebundenen dazu führen, dass die Ja-Anteile in der Hauptkampagnenphase noch leicht sinken, wenn sich die Stimmabsichten an die argumentativen Haltungen angleichen. Die Mehrheitsverhältnisse dürften davon jedoch unbeeinflusst bleiben, denn die SVP-Wählerschaft ist argumentativ und gemäss geäußerten Stimmabsichten gegen die Vorlage, Parteiungebundene und FDP-nahe Wähler*innen gemäss beiden Indikatoren dafür.

Grafik 57



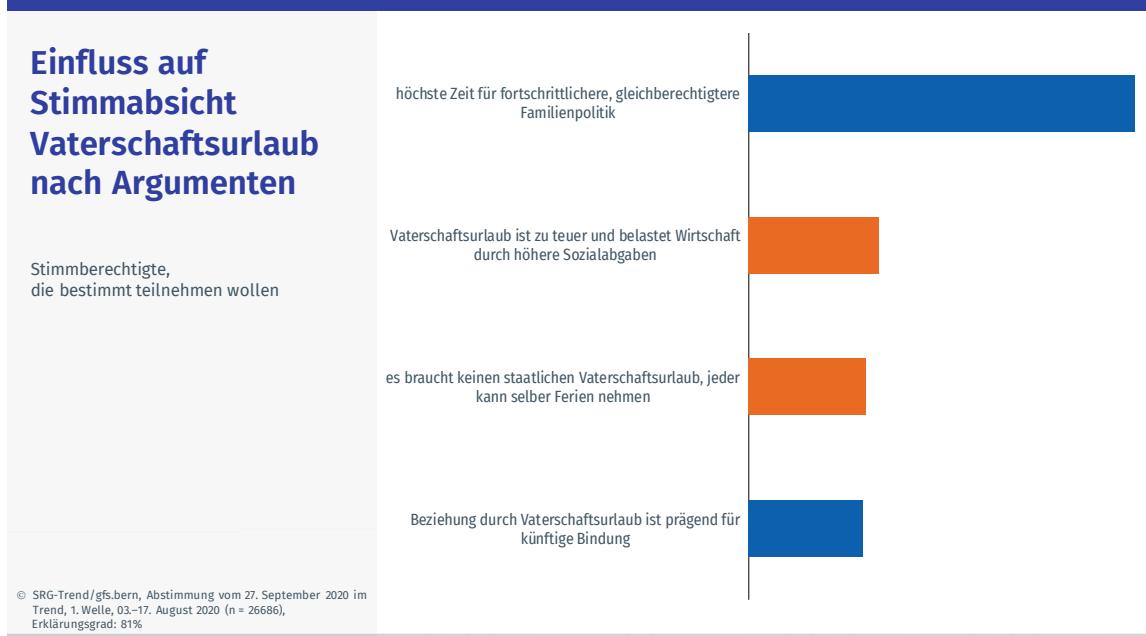
Erläuterung: Beim Argumentenindex werden die Argumente aufgrund ihrer Bedeutung für die Stimmabsicht recodiert. Die Zustimmung (sehr/ehr einverstanden) zu den Pro-Argumenten und die Ablehnung zu den Contra-Argumenten (sehr/ehr nicht einverstanden) wird als positiv definiert, die Ablehnung zu den Pro-Argumenten und die Zustimmung zu den Contra-Argumenten als negativ definiert. Keine inhaltliche Nennung (weiss nicht/keine Antwort) bei den Argumenten wird als Null definiert. Dies wird für jedes Argument berechnet und danach summiert. Entsteht eine positive Summe, liegt ein Überhang zur argumentativen Zustimmung vor, liegt eine negative Summe vor, eine argumentative Ablehnung. Eine summierte Null bedeutet neutral. Der ausgewiesene Wert ist der positive Überhang zu den Argumenten.

Der Zusammenhang zwischen Argumenten und Stimmentscheid ist stark: 81 Prozent der individuellen Stimmabsichten können durch die Haltung zu den Argumenten erklärt werden. Die geäußerten Stimmentscheide sind somit weit mehr als nur ein Bauchgefühl.

Analysiert man die Wirkungen der Botschaften auf die Stimmabsichten, resultiert daraus die nachstehende Grafik auf Basis einer Regressionsanalyse: Alle vier getesteten Argumente korrelieren signifikant mit dem Stimmentscheid. Die Unterstützung der Pro-Argumente führt dabei zu einer höheren Wahrscheinlichkeit, dass der Vaterschaftsurlaub unterstützt wird. Bei den Contra-Argumenten verhält es sich umgekehrt.

Das Argument, es sei höchste Zeit für eine fortschrittlichere, gleichberechtigtere Familienpolitik, ist der mit Abstand stärkste Grund für die Zustimmung zur Vorlage. Die Kosten des Vaterschaftsurlaubs und Belastungen für die Wirtschaft durch höhere Sozialabgaben sind der stärkste Grund gegen den Vaterschaftsurlaub zu stimmen.

Grafik 58



Erläuterung: Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt das Vorhandensein des Einflusses von unabhängigen Variablen – hier der Pro- und Contra-Argumente – (in abnehmender Reihenfolge) auf eine abhängige Variable, den Stimmentscheid. Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einer Ja-Stimmabgabe (blau) oder zu einer Nein-Stimmabgabe (orange) geführt hat. Der Erklärungsgrad/R2 gibt Auskunft darüber, wie erkläruungs kräftig ein Modell ist – je näher der Wert bei 1 liegt, desto grösser ist der Anteil der Varianz in der abhängigen Variable, der mit den unabhängigen Variablen erklärt wird. Argumente, welche in der Grafik nicht erscheinen, haben keinen Einfluss.

Gegner*innen wie auch Befürworter*innen verfügen damit zum jetzigen Zeitpunkt über wirksame Argumente. Der Unterschied zwischen den beiden Lagern liegt aber darin, dass die Argumente der Pro-Seite nicht nur schlagkräftig sind, sondern auch von einer Mehrheit der Stimmbürger*innen geteilt werden. Letzteres ist beim Nein-Lager derzeit bei keinem Argument der Fall.

2.5.4 Szenarien der weiteren Meinungsbildung

Was bis zum 27. September 2020 geschieht, können wir nicht vorwegnehmen, auch wenn der Stand der Meinungsbildung zur Frage des Vaterschaftsurlaubes bereits weit fortgeschritten ist. Aufgrund der Resultate der vorliegenden Umfrage ist zu erwarten, dass sich der Zustimmungswert zur Vorlage nicht mehr dramatisch verändert.

Erstens ist der Vorsprung der Ja-Seite mit 28 Prozentpunkten hoch. Das Nein-Lager müsste entsprechend deutlich an Support im Stimmvolk zulegen, um die Vorlage an der Urne zum Scheitern zu bringen.

Zweitens sind die geäusserten Stimmabsichten bereits in diesem frühen Stadium des Abstimmungskampfes gefestigt. 62 Prozent der Stimmbürger*innen wollen bereits bestimmt für oder gegen die Vorlage votieren. Nur 2 Prozent sind noch gänzlich unentschieden.

Drittens herrscht mit nur drei ablehnenden Bevölkerungsgruppen (SVP-Wählerschaft, Regierungskritische und Tiefgebildete) relativ breiter gesellschaftlicher Konsens in der Frage des Vaterschaftsurlaubes.

Und viertens stimmen die Stimmabsichten mit den Haltungen zu den Pro- und Contra-Argumenten weitestgehend überein. Der Anteil, welcher den Pro-Argumenten stärker zugeneigt ist als den Contra-Argumenten, liegt nur unwesentlich tiefer als der Ja-Anteil zur Vorlage.

Diese vier Faktoren sprechen dafür, dass der Meinungsbildungsprozess bereits weit fortgeschritten ist. Als logische Folge davon ist auch der Raum für Veränderungen in den Stimmabsichten eher klein und die Ja-Mehrheit wird höchstwahrscheinlich nicht mehr kippen.

Tabelle 5: Indikatoren der Einschätzung Vaterschaftsurlaub

Ausprägung	Parlament	Parolen	Erwartung Stimmende	Index Argumente	Erklärung Argumente R ²	Stimmabsichten	Prädispositionierung
dafür	NR: 66% SR: 74%	GPS, SPS, GLP, CVP, BDP, (FDP)	53%	60%	63%		
dagegen	NR: 34% SR: 26%	(SVP)		35%	35%		
				81%	62%		

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 1. Welle, 03.–17. August 2020 (n = 26686)

Für den weiteren Meinungsverlauf zur Vorlage sind grundsätzlich drei Szenarien denkbar. Erstens: Die Meinungsbildung passt sich einseitig der Behördenposition an. Der Ja-Anteil steigt, während der Nein-Anteil sich bestenfalls halten kann. Aufgrund der positiven Prädisposition würde die Vorlage entsprechend deutlich angenommen.

Zweitens wäre es denkbar, dass die Vorlage mit zunehmendem Schwung in den Kampagnen stärker polarisiert und der Ja-, wie auch der Nein-Anteil im Verlauf des Abstimmungskampfes steigen. Aufgrund der positiven Prädisposition würde die Vorlage aber auch in diesem Fall angenommen.

Drittens könnte eine einseitige Polarisierung Richtung Nein einsetzen, sollte die Gegnerschaft argumentativ die Oberhand gewinnen. Aufgrund des grossen Vorsprungs der Ja-Seite und der Erstbeurteilung der Argumente wäre eine Umkehr der Mehrheitsverhältnisse aber selbst in diesem Fall eine grosse Überraschung.

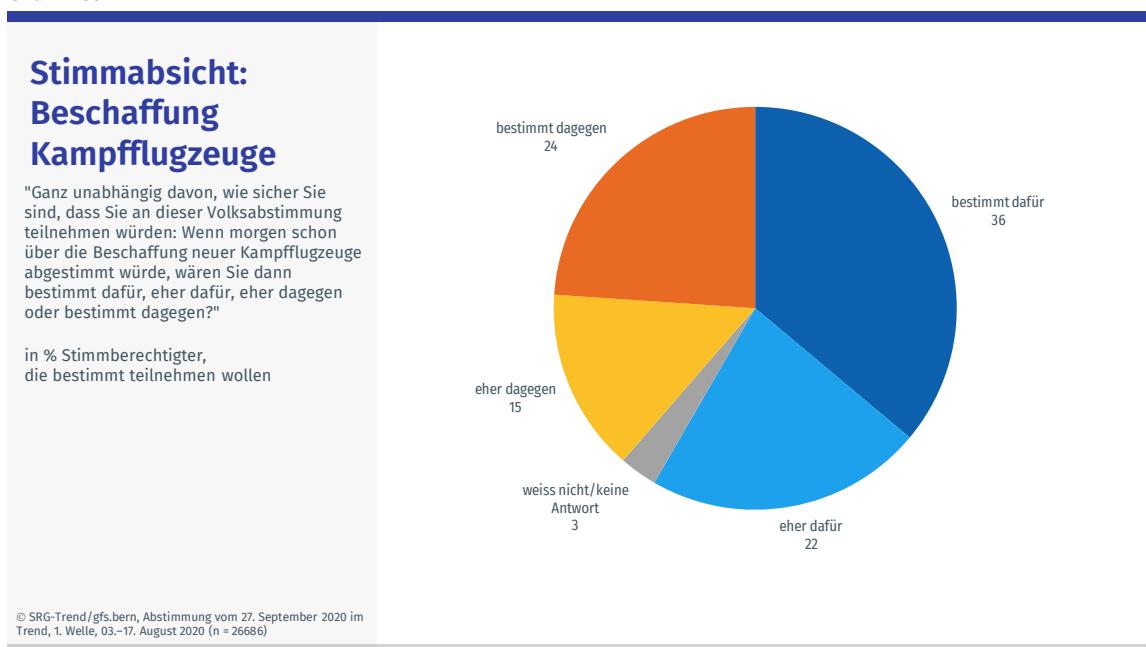
Ein Ja zum Vaterschaftsurlaub ist bei der vorgefundenen Ausgangslage das wahrscheinliche Szenario für den 27. September 2020. Einschätzungen zur Höhe des Ja-Anteils werden aber frühestens mit der zweiten SRG-Tendumfrage unter Kenntnis der Dynamik der Meinungsbildung möglich.

2.6 Kampfflugzeuge

2.6.1 Vorläufige Stimmabsichten

Rund zwei Monate vor der Abstimmung wollen die Stimmbürger*innen mit einer Mehrheit von 58 Prozent der Teilnahmewilligen "bestimmt" oder "eher" für den Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge stimmen. Mit dem Vorhaben bestimmt oder eher nicht einverstanden sind 29 Prozent. Sechs von zehn Stimmberechtigten wollen bestimmt dafür oder bestimmt dagegen stimmen. Das spricht für eine recht gefestigte Meinung.

Grafik 59



Die abgelehnte Beschaffung des Gripen ist mehr als sechs Jahre her und trotzdem sind die Meinungen teilweise gefestigt und sprechen nun eher für die Ja-Seite. Die Stimmenenden selber erwarten ein Ja. Allerdings kann im Verlauf der Debatte noch Einiges geschehen, was eher Personen betreffen dürfte, die sich noch nicht bestimmt auf eine Seite geschlagen haben.

2.6.2 Vorläufiges Konfliktmuster

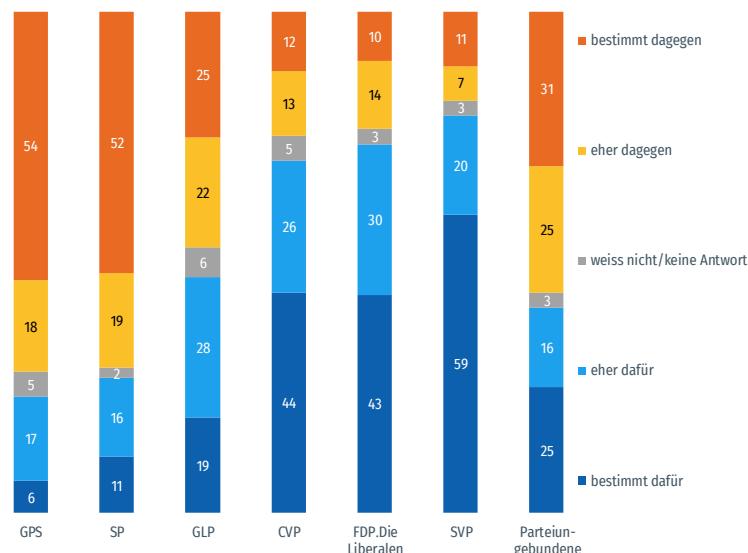
Die Anhängerschaften der bürgerlichen Regierungsparteien sind überwiegend für die Erneuerung der Flotte der Luftwaffe, während Anhänger*innen von Grünen und SP im Verhältnis von etwa 1:3 dagegen sind. Die GLP-Anhängerschaft positioniert sich sprichwörtlich zwischen den Polen: 47 Prozent wollen der Ja-Parole der GLP-Delegierten folgen, 47 Prozent neigen allerdings dem Nein zu. Die kritischste Gruppe sind die Parteiungebundenen: Sie wollen zurzeit mehrheitlich gegen die Beschaffung stimmen.

Grafik 60

Stimmabsicht nach Parteibindung: Beschaffung Kampfflugzeuge

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimberechtigter,
die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 1. Welle, 03.–17. August 2020 (n = 26686), sig.

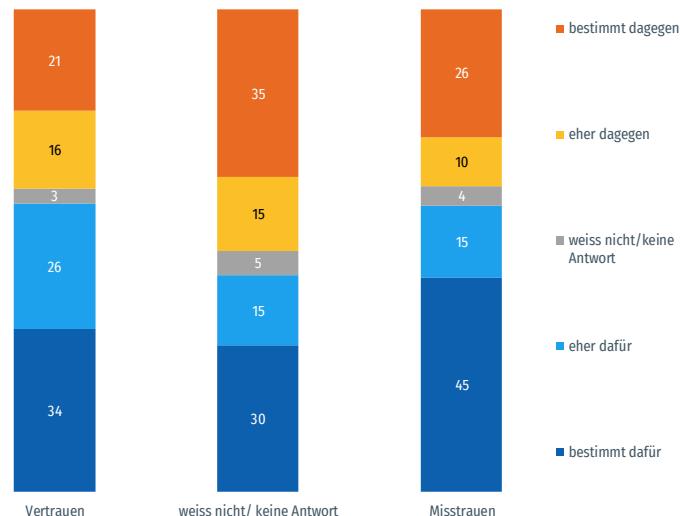
Bei der kritischen Gruppe handelt es sich um politisch weniger klar positionierte Bürger*innen. Wer der Regierung ausdrücklich misstraut oder auch vertraut, ist der Vorlage gegenüber positiver gestimmt als Personen, die sich in der Frage zum Regierungsvertrauen nicht festlegen wollen.

Grafik 61

Stimmabsicht nach Regierungsvertrauen: Beschaffung Kampfflugzeuge

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimberechtigter,
die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 1. Welle, 03.–17. August 2020 (n = 26686), sig.

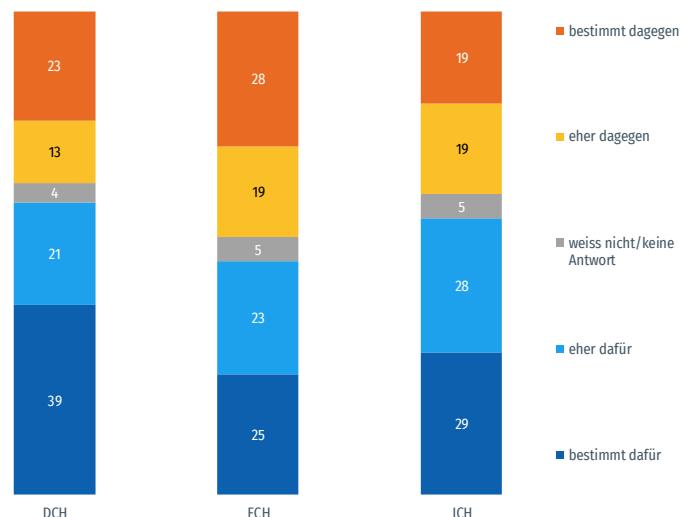
In den Sprachregionen wird die Vorlage unterschiedlich beurteilt. Offensichtlich kontrovers ist die Ausgangslage in der französischsprachigen Schweiz, wobei keine Seite zurzeit eine Mehrheit hat. Deutlich ist der Vorteil für den Bundesbeschluss in der deutschsprachigen Schweiz. In der italienischsprachigen Schweiz ist die Situation etwas offener als in der deutschsprachigen Schweiz, die Ja-Seite startet aber mit einem ansehnlichen Vorsprung in die Hauptphase der Kampagne.

Grafik 62

Stimmabsicht nach Sprachregion: Beschaffung Kampfflugzeuge

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 1. Welle, 03.-17. August 2020 (n = 26686), sig.

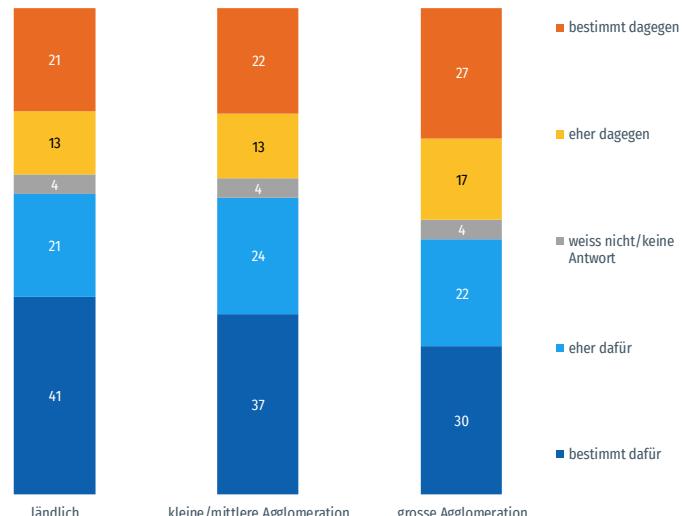
Während die Vorlage in den Städten kontrovers beurteilt wird und die Ja-Seite nur einen geringen Vorsprung hat, reduziert sich die Nein-Seite auf dem Land und in den Agglomerationen auf ein gutes Drittel der bisher mobilisierten Stimberechtigten.

Grafik 63

Stimmabsicht nach Siedlungsart: Beschaffung Kampfflugzeuge

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

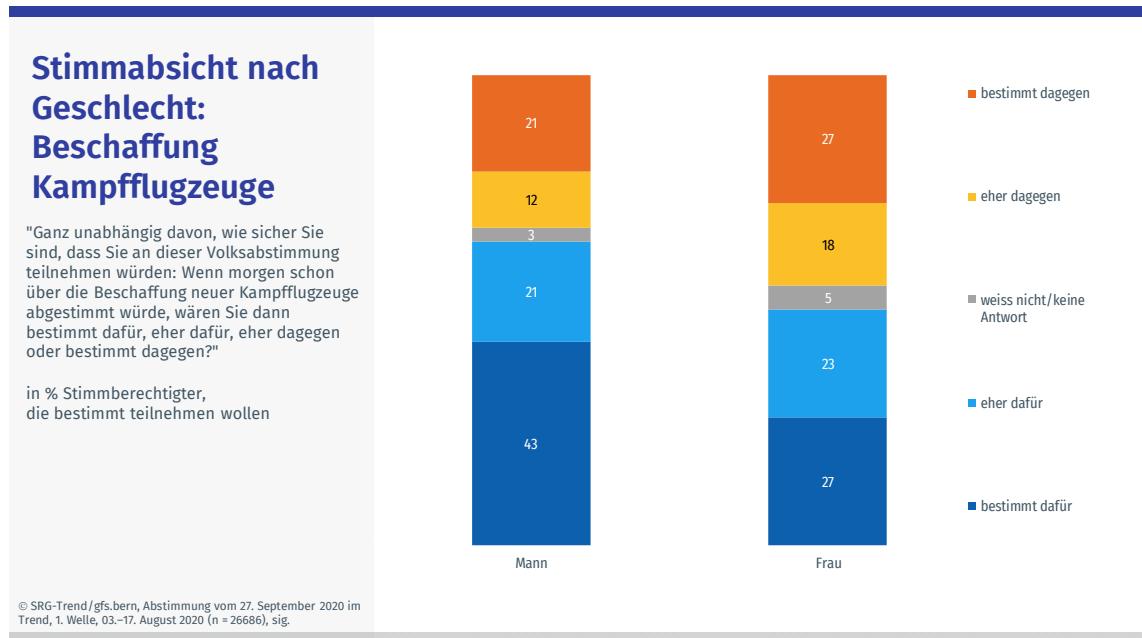
in % Stimberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 1. Welle, 03.-17. August 2020 (n = 26686), sig.

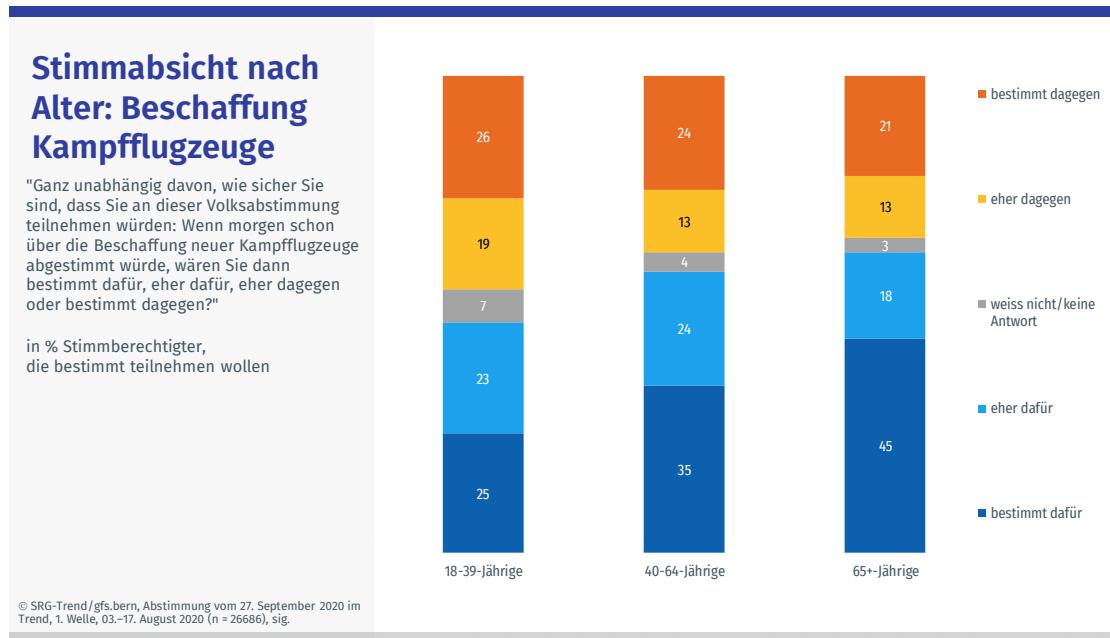
Ob am Schluss eine Mehrheit der Frauen für die Beschaffung stimmt, ist alles andere als sicher: Zurzeit sind 50 Prozent für und 45 Prozent gegen das Beschaffungsvorhaben. Bei den Männern ist das Verhältnis etwa zwei zu eins zugunsten der Vorlage. Für technische und militärische Vorhaben ist ein scharfer Graben zwischen den Geschlechtern nicht untypisch.

Grafik 64



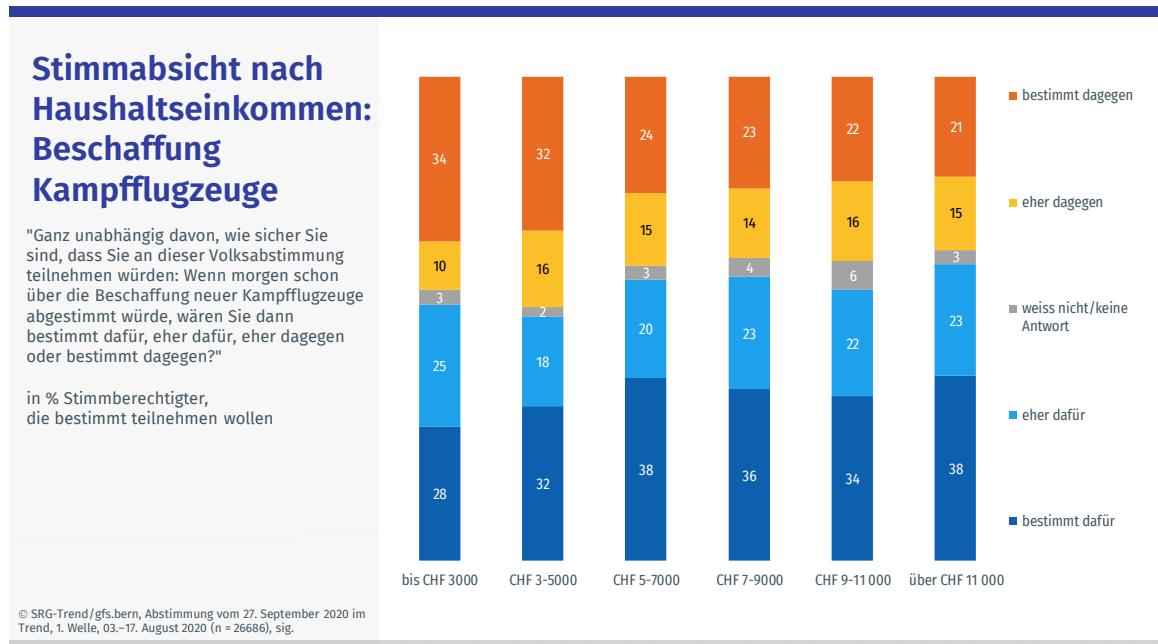
Der deutliche Vorsprung der Ja-Seite in der Ausgangslage kommt auch durch viele ältere Stimmberechtigte zustande, die weniger Zweifel an der Beschaffungsvorlage äussern. Jüngere sind zwar in der relativen Mehrheit auch für die Beschaffung, der Kreis der Kritiker*innen ist aber deutlich grösser.

Grafik 65



Ein Hinweis auf eine finanzpolitische Beurteilung der Vorlage, gerade angesichts der Corona-Herausforderungen, liefert schliesslich die differenzierte Betrachtung nach den beiden Schicht-Indikatoren: Während sich entlang der Schulbildung kein deutlicher Graben ergibt, wollen vor allem Haushalte mit tieferen Einkommen verstkt gegen die Vorlage stimmen.

Grafik 66

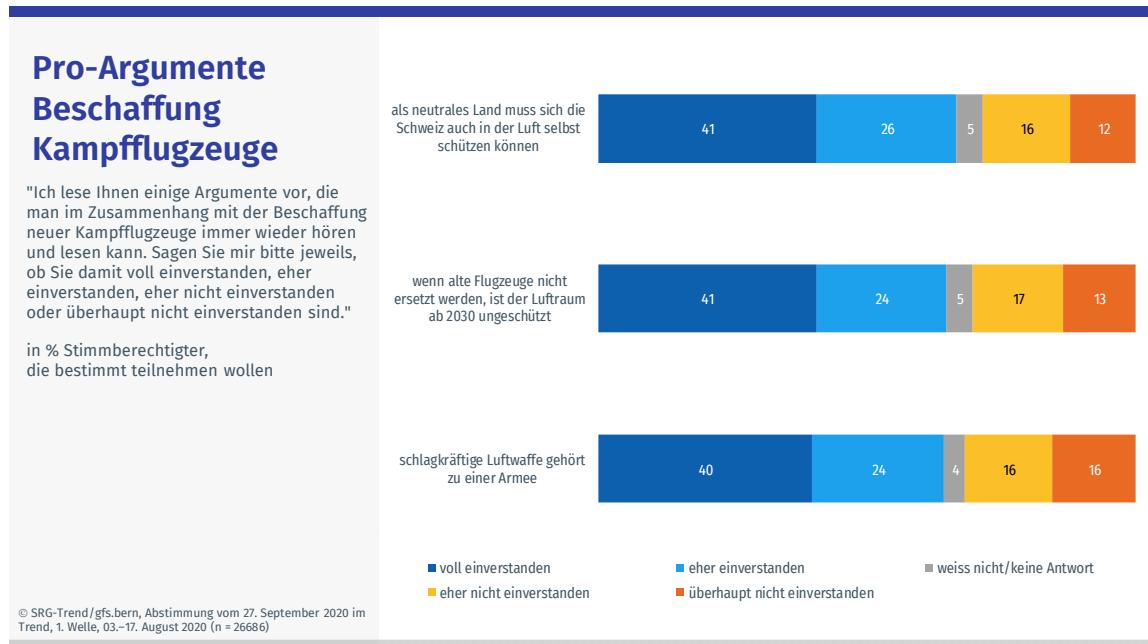


2.6.3 Argumententest

Bei der Beurteilung der Pro-Argumente bestätigt sich die Feststellung, dass zwei Drittel der mobilisierbaren Stimmberechtigten mehr oder weniger deutlich hinter dem Prinzip einer modernen Luftwaffe stehen. 64 Prozent der aktuell Teilnahmewilligen unterstützen das Argument, dass eine schlagkräftige Luftwaffe zur Armee gehört. 67 Prozent sehen diese Notwendigkeit einer autonomen Luftverteidigung auch angesichts der Neutralität der Schweiz.

In 2 Punkten unterschiedet sich die jetzige Abstimmung von jener zum Gripen im Jahr 2014. Erstens ist die Entscheidung zum Flugzeugtyp diesmal ausgeklammert. Zweitens sind zwei Drittel der Teilnahmewilligen damit einverstanden, dass der Luftraum ohne neue Kampfjets ab 2030 ungeschützt wäre. Die Diskussion um die am 18. Mai 2014 schliesslich abgelehnten Gripen-Beschaffung war diesbezüglich kontroverser.

Grafik 67



Die Nein-Seite hat zurzeit kein mehrheitsfähiges Argument unter den Teilnahmewilligen, kann aber weit über das klassisch linke Lager hinaus mit Inhalten punkten. Damit besteht Raum für eine Ausweitung der Kontroverse.

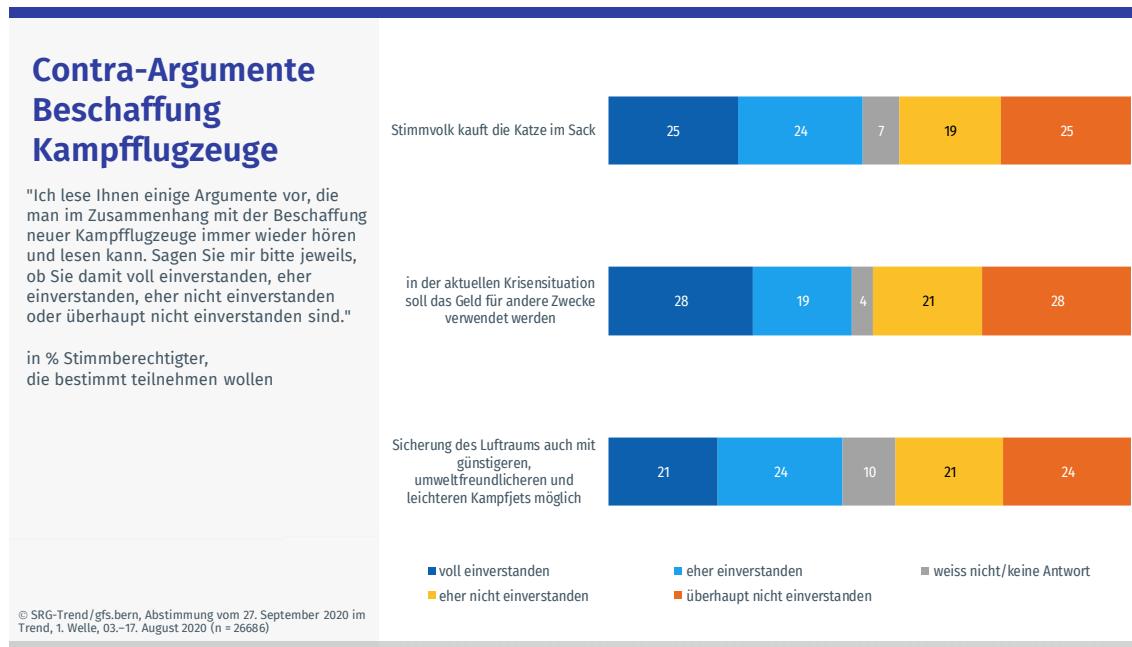
Die Umgehung einer Typendiskussion mit einer Abstimmung vor dem Typenentscheid ist nicht unproblematisch. Das belegen die 46 Prozent Zustimmung zum Argument, dass das Stimmvolk die Katze im Sack kauft. 44 Prozent beurteilen das gegenüber 2014 geänderte Vorgehen aber durchaus als gerechtfertigt.

Die hauptsächliche inhaltliche Argumentationslinie der armeekritischen Kreise erfährt ähnliche Zustimmungswerte: Einen leichten Kampfjet mit Vorteilen im Bereich Umwelt und Finanzen sehen 45 Prozent als interessante Alternative. Genau gleichviele Befragte mit Teilnahmeabsicht sehen diese leichtere Variante nicht als zielführend.

Seit sich der Bundesrat auf den September-Termin für die Beschaffungsvorlage festgelegt hat, interessiert vor allem die Frage, ob Corona etwas an der Ausgangslage ändert.

Dies sehen 47 der aktuell mobilisierten Stimmberechtigten so: Sie wünschen sich eine andere Verwendung des Geldes in der Krisensituation. 49 Prozent widersprechen dem mehr oder weniger vehement.

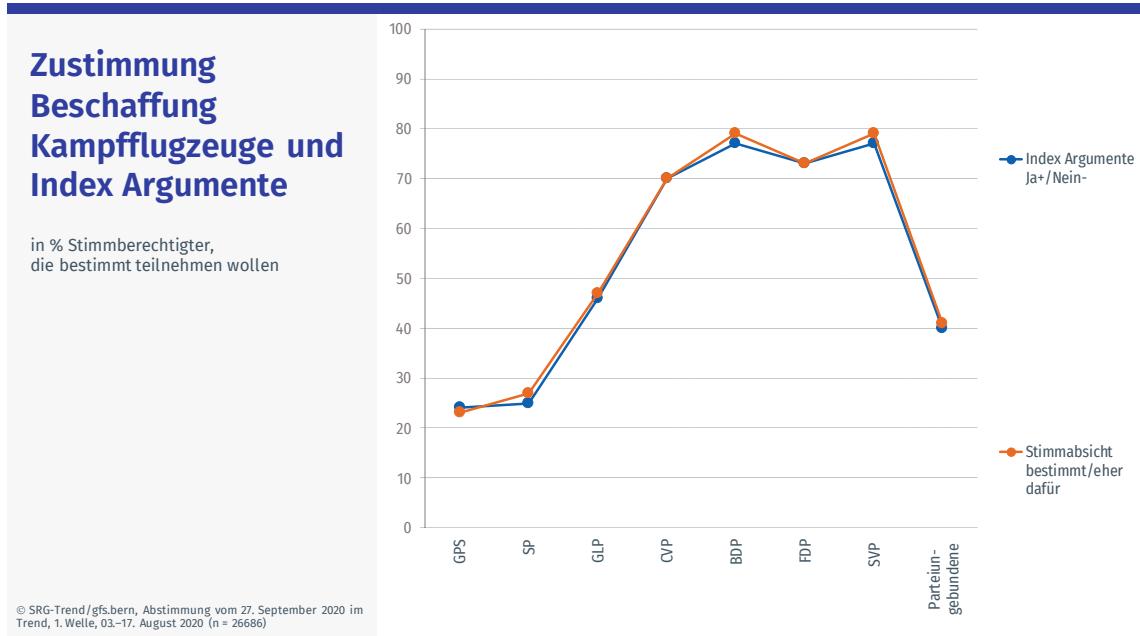
Grafik 68



Addiert man die Bewertungen der einzelnen Argumente, stehen 61 Prozent der teilnahmewilligen Stimmberechtigten den Botschaften der Pro-Seite näher. 35 Prozent stehen argumentativ der Haltung der Nein-Seite näher. Damit liegt der Anteil der Personen, welche auf der argumentativen Ebene eher für die Beschaffung sind, leicht über den geäußerten Stimmabsichten.

Die geäußerten Stimmabsichten stimmen recht gut mit den argumentativen Haltungen überein, wenn diese zu einem Index zusammengezogen werden. Das gilt selbst für Personen, die sich ausdrücklich nicht an eine Partei gebunden fühlen. Das verringert den Raum für eine Veränderung in die eine oder andere Richtung, wenn nicht noch eine Seite massiv zusätzlich mobilisieren kann.

Grafik 69

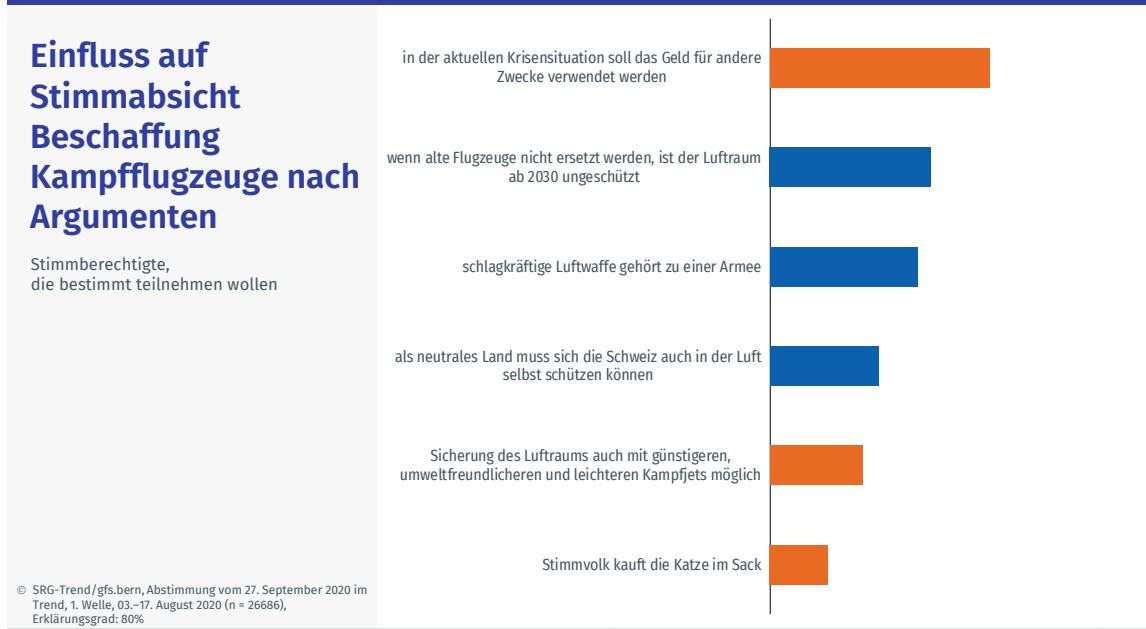


Erläuterung: Beim Argumentenindex werden die Argumente aufgrund ihrer Bedeutung für die Stimmabsicht recodiert. Die Zustimmung (sehr/eher einverstanden) zu den Pro-Argumenten und die Ablehnung zu den Contra-Argumenten (sehr/eher nicht einverstanden) wird als positiv definiert, die Ablehnung zu den Pro-Argumenten und die Zustimmung zu den Contra-Argumenten als negativ definiert. Keine inhaltliche Nennung (weiss nicht/keine Antwort) bei den Argumenten wird als Null definiert. Dies wird für jedes Argument berechnet und danach summiert. Entsteht eine positive Summe, liegt ein Überhang zur argumentativen Zustimmung vor, liegt eine negative Summe vor, eine argumentative Ablehnung. Eine summierte Null bedeutet neutral. Der ausgewiesene Wert ist der positive Überhang zu den Argumenten.

Zwar ist keines der drei Gegenargumente zur Beschaffungsvorlage mehrheitsfähig, sie fliessen aber relevant in die Meinungsbildung ein. Das Modell zur Erklärung der aktuellen Stimmabsichten entlang der sechs inhaltlichen Argumente weist vor allem dem Corona-Argument die grösste Relevanz überhaupt zu. Dies untermauert die bereits bei der Mobilisierung geäusserte Vermutung, dass dieses Thema zurzeit die Debatten überlagert. Zur Erinnerung: Würden alle aktuell Mobilisierten einzig über dieses Argument ihre Meinung bilden, wäre der Ausgang der Abstimmung offen. Das ist aber wenig realistisch, denn sämtliche drei Pro-Argumente, die auch eine komfortable Mehrheit hinter sich wissen, sind unter Kontrolle der auf Corona bezogenen Argumentation im Modell signifikant und können damit die aktuellen Stimmabsichten ergänzend erklären. Am deutlichsten gilt dies für das Argument eines ungeschützten Luftraums ab 2030, wenn nicht jetzt die Flotte erneuert werde.

Am Rande sind auch die Argumente zu den leichteren, umweltfreundlichen Kampfjets und zur noch offenen Typenentscheidung relevant: Sie erklären einen weiteren kleineren Teil der kritischen Haltungen.

Grafik 70



Erläuterung: Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt das Vorhandensein des Einflusses von unabhängigen Variablen – hier der Pro- und Contra-Argumente – (in abnehmender Reihenfolge) auf eine abhängige Variable, den Stimmentscheid. Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einer Ja-Stimmabgabe (blau) oder zu einer Nein-Stimmabgabe (orange) geführt hat. Der Erklärungsgrad/R2 gibt Auskunft darüber, wie erkläruungs-kraftig ein Modell ist – je näher der Wert bei 1 liegt, desto grösser ist der Anteil der Varianz in der abhängigen Variable, der mit den unabhängigen Variablen erklärt wird. Argumente, welche in der Grafik nicht erscheinen, haben keinen Einfluss.

Gegner*innen wie auch Befürworter*innen verfügen damit zum jetzigen Zeitpunkt über wirksame Argumente. Der grosse Unterschied zur Beschaffungsvorlage 2014 ist nicht primär die Typenentscheidung, sondern die breit wahrgenommene Notwendigkeit einer Erneuerung vor 2030.

Der Unterschied zwischen den beiden Lagern liegt aber darin, dass die Argumente der Pro-Seite nicht nur schlagkräftig sind, sondern auch von einer Mehrheit der Stimmbürger*innen geteilt werden. Die grosse Unbekannte ist der Einfluss der Corona-Situation bis zum Schluss.

2.6.4 Szenarien der weiteren Meinungsbildung

Die Stimmberechtigten, welche bisher motiviert sind, ihre Stimme am 27. September 2020 abzugeben, wissen recht genau, was zur Debatte steht. Eine klare Mehrheit will prinzipiell eine autonome Schweizer Luftwaffe. Sie bilden aber ihre Meinung wie schon 2014 nicht im luftleeren Raum. Waren damals Notwendigkeit und Typ umstritten, so gibt es aktuell vorhandene Zweifel am Zeitpunkt ausgerechnet wegen unsicherer Finanzen in der Corona-Krise. Diese Zweifel sind in der Gruppe der Parteiengruppen mitentscheidend für das aktuell mehrheitliche Nein. Darüber hinaus erreicht die kritische Debatte aber kaum breite Anhängerschaften der bürgerlichen Regierungsparteien. Sie befürchten einen ungeschützten Luftraum, wenn nicht rasch eine Beschaffung erfolgt. Die jetzt vorhandene Notwendigkeit dürfte in diesen Kreisen bis zum Ende der Debatte trotz oder gerade wegen vorhandener Unsicherheiten für klare Mehrheiten sorgen. Dafür spricht auch die Erwartung der Stimmenden selbst, die von einer Annahme der Vorlage ausgehen.

Die Ja-Seite startet mit Vorsprung in eine Debatte, die leicht positiv vorbestimmt ist. Der Meinungsbildungsprozess dürfte weiter in ähnlichem Masse polarisieren. Die Positionen dürften sich nur bei grösseren Ereignissen noch massiv verändert.

Als logische Folge davon ist auch der Raum für Veränderungen in den Stimmabsichten beschränkt, und die Ja-Mehrheit erscheint gefestigt.

Tabelle 6: Indikatoren der Einschätzung der Beschaffung Kampfflugzeuge

Ausprägung	Parlament	Parolen	Erwartung Stimmende	Index Argumente	Erklärung Argumente R^2	Stimmabsichten	Prädispositionierung
dafür	NR: 64% SR: 77%	GLP, CVP, BDP, (FDP), SVP	51%	57%		58%	
dagegen	NR: 36% SR: 23%	GPS, SPS		39%		39%	
							80%
							60%

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 1. Welle, 03.–17. August 2020 (n = 26686)

Für den weiteren Meinungsverlauf zur Vorlage sind grundsätzlich zwei Szenarien denkbar. Erstens: Die Meinungsbildung passt sich noch leicht zugunsten der Behördenposition an. Der Ja-Anteil steigt, während der Nein-Anteil sich bestenfalls halten kann. Aufgrund der positiven Prädisposition würde die Vorlage entsprechend deutlich angenommen.

Zweitens wäre es ebenso denkbar, dass die Vorlage stärker polarisiert und sowohl der Ja, wie auch der Nein-Anteil im Verlauf des Abstimmungskampfes steigen würde. Dazu bräuchte es eine regierungskritischeren Mobilisierung und zusätzliche Argumente, die Parteiungebundene bewegen würden. Aufgrund der positiven Prädisposition würde die Vorlage ohne breite Proteststimmung auch in diesem Fall angenommen.

Ein Ja zur Kampfjetbeschaffung ist bei der vorgefundenen Ausgangslage das wahrscheinliche Szenario für den 27. September 2020. Einschätzungen zur Höhe des Ja-Anteils werden aber frühestens mit der zweiten SRG-Trendumfrage unter Kenntnis der Dynamik der Meinungsbildung möglich.

3 Anhang

3.1 gfs.bern-Team

LUKAS GOLDER

Co-Leiter und Mitglied des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management, Dozent an der ZHAW

✉ lukas.golder@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen / Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, gesundheitspolitische Reformen

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet

MARTINA MOUSSON

Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin

✉ martina.mousson@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, nationale Abstimmungen und Wahlen (SRG-Trend, VOX-Analysen, Wahlbarometer), Image- und Reputationsanalysen, integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, qualitative Methoden, Gesellschaftsthemen (Jugendforschung, Rassismus, Familien, Mittelschicht)

AARON VENETZ

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Politikwissenschaftler

✉ aaron.venetz@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Datenmodellierungen, qualitative Methoden, Recherchen, Datenanalyse, Programmierungen, Medienanalysen, Visualisierungen



THOMAS BURGUNDER

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Mathematiker

✉ thomas.burgunder@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Programmierung und Auswertung quantitative Projekte, Modellierungen, Visualisierungen, qualitative Datenanalyse



DANIEL BOHN

Projektmitarbeiter, Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

✉ daniel.bohn@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Quantitative und qualitative Datenanalyse, Datenaufbereitung, Visualisierung



ROLAND REY

Projektmitarbeiter/Administration

✉ roland.rey@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

